

33. Sitzung

am Mittwoch, dem 11. November 2009, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 2526

Gedenkstunde: Der Mauerfall vor 20 Jahren

Begrüßung durch die Landtagspräsidentin..... 2526

Filmeinspielung des BR über die Ereignisse vor 20 Jahren an der Grenze..... 2527

Rede von Frau Landtagspräsidentin a. D. Prof. Dr. Dagmar Schipanski..... 2527

Dichter Dr. h. c. Reiner Kunze
Lesung aus ausgewählten Werken..... 2531

Erinnerung an die Reichspogromnacht vom 9. November 1938

Erster Vizepräsident
Reinhold Bocklet..... 2535

Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Susann Biedefeld, Martin Neumeyer und Staatsministerin Christine Haderthauer 2535

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten "Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung - Auswirkungen auf Bayern"

Ministerpräsident Horst Seehofer..... 2535
Markus Rinderspacher (SPD)..... 2543
Hubert Aiwanger (FW)..... 2551
Margarete Bause (GRÜNE)..... 2557
Thomas Kreuzer (CSU)..... 2562 2563 2569
Christine Kamm (GRÜNE)..... 2569
Dr. Leopold Herz (FW)..... 2569
Thomas Hacker (FDP)..... 2570

**Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs
Neuwahl und Wiederwahl berufsrichterlicher Mitglieder**

Geheime Wahl..... 2576

Ergebnis 2583

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD)

**Bayern, aber gerechter
Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern (Drs. 16/2548)**

Christa Steiger (SPD)..... 2576
Bernhard Seidenath (CSU)..... 2577 2578 2579
Kathrin Sonnenholzner (SPD)..... 2578
Alexander Muthmann (FW)..... 2579
Dr. Martin Runge (GRÜNE)..... 2580 2583
Karsten Klein (FDP)..... 2581
Staatssekretär Markus Sackmann..... 2582 2583

Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage 1)..... 2583

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 2592

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion (FW)

Übermäßige Beanspruchung der Bereitschaftspolizei an Wochenenden (Drs. 16/2549)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u. a. und Fraktion (SPD)
Starke Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei und Sondereinheiten an Wochenenden
(Drs. 16/2559)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschlossene Einheiten der Polizei entlasten; verbindliche Dienst- und Freizeitplanung einhalten; vorhandene Potenziale nutzen
(Drs. 16/2561)

Joachim Hanisch (FW).....	2584
Harald Schneider (SPD).....	2585 2588 2591
Susanna Tausendfreund (GRÜNE).....	2585
Manfred Ländner (CSU).....	2587 2588
Christine Kamm (GRÜNE).....	2588
Dr. Andreas Fischer (FDP).....	2589
Staatsminister Joachim Herrmann.....	2590 2591
	2592
Dr. Thomas Beyer (SPD).....	2591

Namentliche Abstimmung zum FW-Dringlichkeitsantrag 16/2549 (s. a. Anlage 2)..... 2592

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/2559 (s. a. Anlage 3)..... 2592

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/2561 (s. a. Anlage 4)..... 2592

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Jobcenter retten! - Zentrale Anlaufstellen erhalten (Drs. 16/2550)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Diana Stachowitz u. a. und Fraktion (SPD)
Keine Zerschlagung der Job-Center! Hilfe aus einer Hand muss erhalten bleiben!
(Drs. 16/2560)

Maria Scharfenberg (GRÜNE).....	2593
Angelika Weikert (SPD).....	2593
Joachim Unterländer (CSU).....	2595
Mannfred Pointner (FW).....	2596
Jörg Rohde (FDP).....	2598
Staatssekretär Markus Sackmann.....	2599

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 16/2550..... 2600

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 16/2560... 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Thomas Dechant u. a. und Fraktion (FDP)
Benachteiligung von Biogas als erneuerbare Energie im EEWärmeG beseitigen
(Drs. 16/2551)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Alexander König, Albert Füracker und Fraktion (CSU),
Thomas Hacker, Tobias Thalhammer, Thomas Dechant u. a. und Fraktion (FDP)
Wettbewerbsfähigkeit von Biokraftstoffen wiederherstellen (Drs. 16/2552)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Martin Güll u. a. und Fraktion (SPD)
Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP in Bayern hier: Bildung
(Drs. 16/2553)

Verweisung in den Bildungsausschuss 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Manfred Pointner u. a. und Fraktion (FW)
Auswirkung des Koalitionsvertrags beim Bund auf die Gemeindefinanzen (Drs. 16/2554)

Verweisung in den Haushaltsausschuss 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige (Drs. 16/2555)

Verweisung in den Kommunalausschuss 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Angelika Weikert u. a. und Fraktion (SPD)

Bayern, aber gerechter Gesetzlicher Mindestlohn für gute Arbeit (Drs. 16/2556)

Verweisung in den Sozialausschuss 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FW)

Bestellung eines Generationsbeauftragten (Drs. 16/2557)

Verweisung in den Sozialausschuss 2600

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kultur- und Kreativwirtschaft fördern (Drs. 16/2558)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 2600

Erste Lesungen

zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:

Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (Drs. 16/2369)

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss 2601

Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Christa Naaß u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (Drs. 16/2485)

Verweisung in den Dienstrechtsausschuss 2601

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes und des Transfusionsgesetzes (Drs. 16/2437)

Verweisung in den Umweltausschuss 2601

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Dolmetschergesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (Drs. 16/2438)

Verweisung in den Verfassungsausschuss 2601

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (Drs. 16/1517)
- Zweite Lesung -
Beschlussempfehlung (Drs. 16/2486)

Beschluss..... 2601

Schlussabstimmung..... 2601

Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO, betr. **Ausschussbesetzungen** 2601

Mitteilung gem. § 27 Abs. 2 GeschO, betr. **Wahl zum stellv. Vorsitzenden des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen** 2601

Schluss der Sitzung..... 2601

(Beginn: 13.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir die Sitzung aufnehmen können.

Ich eröffne die 33. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer vorweg erteilt. Hörfunk und Fernsehen des Bayerischen Rundfunks übertragen die anschließende Feierstunde sowie die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Horst Seehofer live. Dafür danken wir auch. In Bezug auf Übertragungen geht es uns in Bayern gut. An dieser Stelle möchte ich mich deshalb dafür bedanken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor zwei Tagen jährte sich zum 20. Mal die Öffnung und dann der Fall der Mauer. Wir wollen heute am Beginn der Vollsitzung im Rahmen einer Feierstunde an dieses historische Ereignis im November 1989 erinnern. Dazu darf ich zunächst eine Reihe von Ehrengästen sehr herzlich willkommen heißen, die auf der Besuchertribüne Platz genommen haben. Ich begrüße den Präsidenten des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, Herrn Dr. Karl Huber.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße Herrn Bundesminister a. D. Dr. Theo Waigel und seine Frau Dr. Irene Epple-Waigel.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße ganz herzlich den Generalkonsul der Republik Ungarn, Herrn Jozsef Kovács.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlich willkommen, Herr Generalkonsul. Ebenso herzlich begrüße ich den Generalkonsul der Tschechischen Republik, Herrn Josef Hlobil.

(Allgemeiner Beifall)

Herzlich willkommen, Herr Generalkonsul. Ein ebenso herzliches Grüß Gott richte ich an den Beauftragten der evangelisch-lutherischen Kirchen Bayerns, Herrn Kirchenrat Dieter Breit.

(Allgemeiner Beifall)

Ein besonderes Anliegen ist es mir, dass heute auch Gäste dieser Feierstunde beiwohnen, die Zeitzeugen des Mauerfalls waren, oder auch junge Menschen, die damals noch gar nicht geboren waren. Ich freue mich sehr, dass Sie anschließend bei einem kleinen Empfang miteinander ins Gespräch kommen können. Ich

begrüße stellvertretend für Sie alle, verehrte Gäste, das Ehepaar Günter und Petra Wetzel, denen 1979 - also vor 30 Jahren - mit einem selbst genähten Heißluftballon eine abenteuerliche Flucht aus der DDR gelang. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Ich begrüße sehr gerne Helferinnen und Helfer, Betreuerinnen und Betreuer und Flüchtlinge aus dem Aufnahmefanglager in Vilshofen an der Donau und der Aufnahmestelle in Nürnberg. Einen ganz herzlichen Gruß richte ich ebenso an die früheren Bürgermeister des lange Zeit geteilten Dorfes Mödlareuth. Für die junge Generation begrüße ich eine 12. Klasse des Johann-Christian-Reinhardt-Gymnasiums in Hof sowie Studierende aus ganz Bayern. Danke schön, dass Sie heute stellvertretend für viele junge Menschen hier sind.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso begrüße ich den Bildhauer Wolfgang Fritz, der zusammen mit anderen Künstlerinnen und Künstlern an dem Kunstprojekt "Deutsche Einheit" beteiligt war.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Mittelpunkt dieser Feierstunde stehen zwei Persönlichkeiten, die anschließend jeweils aus ihrer Sicht zu uns sprechen werden. Ich darf sie beide sehr herzlich im Bayerischen Landtag willkommen heißen. Ein ganz herzlicher Gruß gilt der bisherigen Präsidentin des Thüringer Landtags, Frau Prof. Dr. Dagmar Schipanski.

(Allgemeiner Beifall)

Einen ebenso herzlichen Gruß entbieten wir Ihnen, dem Schriftsteller, sehr geehrter Herr Dr. Kunze. Herzlich willkommen. Außerdem schicke ich einen Gruß nach oben zu Ihrer Gattin. Danke schön.

(Allgemeiner Beifall)

Herr Dr. Kunze, Sie haben heute bei den 13. Landshuter Literaturtagen noch eine Verpflichtung. Sie werden dort heute Abend zu einer Lesung erwartet.

Verehrte Frau Prof. Schipanski, sehr geehrter Herr Dr. Kunze, wie wir alle, die die Nacht des 9. November 1989 bewusst erlebt haben, werden Sie den Fall der Mauer und die Zeit danach mit ganz persönlichen Erinnerungen verbinden. Für mich gehört es nach wie vor zu den bewegendsten Erlebnissen meines politischen Lebens, wie ich damals als Staatssekretärin im Sozialministerium viele Flüchtlinge aus der DDR in Bayern empfangen und begrüßen konnte - Menschen jeden Alters, aber besonders auch viele junge Eltern mit ihren Kindern, die sich auf den Weg in die Freiheit gemacht

hatten. Für mich war damals klar, was ich vielen von Ihnen zur Begrüßung sagte: "Sie tragen die Wiedervereinigung im Herzen".

In den vergangenen Tagen und Wochen haben die Medien häufig an die Ereignisse vor 20 Jahren erinnert. Ich sage bewusst "erinnert"; denn man hat oft den Eindruck, dass das, was damals war, inzwischen schon vergessen ist oder zumindest verdrängt wurde. Natürlich ist seitdem eine neue Generation herangewachsen, die nichts anderes als das geeinte Deutschland kennt. Trotzdem scheint immer mehr aus der gemeinsamen Erinnerung verschwunden zu sein, warum die Menschen in der DDR aufgestanden sind und weshalb sie friedlich, aber mit Nachdruck und oft mit großem persönlichen Mut für mehr Freiheit und bessere Lebensbedingungen demonstriert haben. Statt dessen beobachten wir, dass sich immer mehr das ausbreitet, was etwas beschönigend Ostalgie genannt wird, also die fast schon wehmütige Erinnerung an ein scheinbar behagliches Leben in der DDR. Gewiss, es hat auch das gegeben, was der Journalist Günter Gaus einmal die Nischengesellschaft in der DDR nannte: kleine persönliche Freiräume, in die man sich flüchten konnte. Doch dies war in erster Linie Ausdruck der Unzufriedenheit mit den Lebensverhältnissen und Schutz vor drohenden Repressalien des Staates.

Ich meine deshalb, es ist notwendig, die Erinnerung an die 40 Jahre vor dem 9. November 1989 wachzuhalten und uns gleichzeitig bewusst zu machen, was in den zwei Jahrzehnten seit dieser denkwürdigen Nacht in ganz Deutschland und in Europa schon erreicht worden ist: Frieden und Freiheit für Millionen von Menschen und das Ende des Kalten Krieges. All das hätte es nicht gegeben ohne die mutigen Menschen in der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung und die friedliche Revolution vor 20 Jahren, an die wir uns heute dankbar erinnern.

Bevor wir anschließend unsere beiden Festredner das Wort ergreifen lassen, darf ich Sie nun bitten, zunächst einen kurzen Film über die Ereignisse vor 20 Jahren an der deutsch-deutschen Grenze einzuspielen. Frau Professor Schipanski, dann darf ich Sie nach diesem Filmbeitrag um Ihre Ansprache bitten.

(Folgt Filmeinspielung des Bayerischen Rundfunks über die Ereignisse vor 20 Jahren an der Grenze)

Frau Professor Schipanski, Sie haben das Wort. Sie haben selbst den Titel gewählt: "Wunder dauern etwas länger". Bitte schön.

Landtagspräsidentin a. D. Prof. Dr. Dagmar Schipanski: Frau Landtagspräsidentin Stamm, sehr verehrter Herr Ministerpräsident Seehofer, meine sehr

verehrten Landtagsabgeordneten, sehr geehrte Gäste! Liebe Barbara Stamm, ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung zur heutigen Feierstunde. Sie haben mich eingeladen, um an den 9. November zu erinnern, als die Mauer fiel und die innerdeutsche Grenze geöffnet wurde.

Meine Damen und Herren, unser Land durchzog eine der grausamsten Grenzen der Welt, gespickt mit Minen, Selbstschussanlagen, Panzersperren, mit einem sorgfältig gepflegten Todesstreifen, abgerichteten Hunden und unzähligen Stacheldrahtzäunen, bewacht von Tausenden junger Grenzsoldaten, denen der Hass auf den Klassenfeind tagtäglich anezogen wurde. In Berlin zeugte die Mauer vom tödlichen Hass zweier Systeme, gebaut von Walter Ulbricht und seinen Genossen, die sich in Wandlitz selbst vor dem eigenen Volk versteckt hielten.

Diese Grenze war aber auch das nach außen gekehrte, weithin sichtbare Zeichen einer abgeschotteten und eingeeengten Gesellschaft, die unter der Kontrolle und Überwachung der DDR-Machthaber stand. Diese Grenze war das Symbol für die Isolation von der westlichen Welt, der Isolation von Informationen und von Kenntnissen über das Leben jenseits des Eisernen Vorhangs. Wir waren abgeschnitten von geistigen Strömungen, künstlerischen und wissenschaftlichen Entwicklungen und, nicht zu vergessen, vom wirtschaftlichen Aufschwung. Hinter dieser Grenze lag eine Welt außerhalb unseres Erfahrungshorizonts.

Auch für Sie lag hinter dieser Grenze eine Welt außerhalb Ihres Erfahrungshorizonts. Auch Sie hatten nur vage Vorstellungen davon, wie sich der Alltag in der sozialistischen Diktatur abspielte. Was tägliche Angst und Rechtsunsicherheit bewirken, das spüren wir noch heute bei unseren vielfältigen Gesprächen. Wir haben uns auch zwanzig Jahre nach dem Mauerfall gegenseitig viel von verschiedenen Erfahrungen, andersartigen Erlebnissen und unterschiedlichen Bewertungen zu berichten. Denn wir alle - Sie und wir - trugen die Grenze auch in unseren Köpfen. Wir in dem Bewusstsein, dieses Land nicht verlassen zu können, nicht zu Urlaubsreisen, nicht um Geschäfte zu tätigen oder wissenschaftliche Kongresse zu besuchen. Die meisten trugen schwer an diesem Bewusstsein. Tatsache ist aber auch, dass viele der Täter offensichtlich bis heute nicht bereuen und noch immer der alten Ideologie anhängen.

(Allgemeiner Beifall)

Die meisten von uns Ostdeutschen bekamen diese Grenze erst zu Gesicht, als sie ihren Schrecken verloren hatte. Wir waren durch Sperrgebiet und sorgfältigste Überwachung sogar von der Grenze isoliert, die uns

eingesperrt hielt. Umso größer waren Jubel und Freude - wir haben es eben noch einmal gesehen -, als am 9. November 1989 in dieser Grenze Lücken entstanden, feine Risse sich ausbreiteten zu begehbaren Pfaden und wir Deutschen aus Ost und West uns in den Armen lagen. Uns interessierte nicht: War es ein Versprecher von Schabowski? War es Absicht? - Wir genossen den Augenblick. Ich glaube, wir sollten in unserer heutigen Berichterstattung die Gefängniswärter von damals nicht zu Freiheitsbringern hochstilisieren; denn die Öffnung der Mauer hat das Volk erzwungen - die Menschen der DDR.

(Allgemeiner Beifall)

Ich glaube, niemand kann die Kraft der Kerzen der Demonstranten gegen die Macht der Stasizentralen vergessen, die schweigende Entschlossenheit der Demonstranten in vielen kleinen und großen Städten, als die Angst vor den Herrschenden überwunden wurde und der Ruf "Wir sind das Volk" uns befreite. Auch an dieser Stelle möchte ich daran erinnern, dass wir immer die "chinesische Lösung" auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Hintergrund unserer Gedanken hatten.

Am denkwürdigen 9. Oktober in Leipzig, als 70.000 Menschen demonstrierten trotz schussbereiter Armee auf allen Dächern, trotz mobilgemachter Kampfgruppen, trotz bereitgestellter Blutkonserven und Leichensäcke, da war unsere eigentliche innere Befreiung. Um es mit Joachim Gauck zu sagen: Wir haben uns mit dem Verlust der Angst unsere Würde zurückgeholt.

(Allgemeiner Beifall)

Wir sind damals von Untertanen wieder zu Bürgern geworden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deshalb hat dieser 9. November eine so ungeheure Bedeutung für unsere deutsche Geschichte. Es war eine Revolution. Es war eine Revolution der ostdeutschen Menschen, die die SED-Machthaber zwangen, abzudanken und Demokratie anzuerkennen. Es war die erste gelungene Revolution in der langen Geschichte der Deutschen, und dass sie friedlich verlief, das erfüllt uns mit besonderer Dankbarkeit. Denn mit dem Ruf "Wir sind das Volk" und später "Wir sind ein Volk" haben wir Ostdeutschen der deutschen Geschichte ein besonderes Kapitel hinzugefügt. Ich glaube, wir können auf dieses Kapitel beide gleich stolz sein - Sie im Westen und wir im Osten.

(Allgemeiner Beifall)

Denn Demokratie und Freiheit, das war für uns im Herbst 1989 eine Sache des Herzens. Diese politische

Erfahrung ist etwas außerordentlich Kostbares, gerade weil unser Land eine so lange Tradition der Unterdrückung und Unfreiheit kennt. Deshalb ist der Wille zu Freiheit, Demokratie und politischer Mitverantwortung das wichtigste Erbe des Herbstes 1989.

Bürgerrechtler der DDR, Bürgerrechtler aus Polen, Ungarn und Tschechien haben zur Bedeutung dieses Herbstes in besonderer Weise beigetragen, und dafür gilt allen Bürgerrechtlern in Osteuropa unser herzlicher Dank.

(Allgemeiner Beifall)

Ich möchte uns auch an die Freude und Erleichterung erinnern, an die Freude, die Grenze überwunden zu haben, die Isolation aufgebrochen zu haben, frei zu sein von Bevormundung, von Zensur, von Gesinnungsdiktat, Beobachtung und Bespitzelung, und vor allem die Freude, wieder vereint zu sein, wieder ein deutsches Volk zu sein.

Viele haben dieses Ereignis am 9. November 1989 als Wunder bezeichnet. Auch ich empfinde die Beendigung der Teilung Deutschlands noch heute als das Wunder meines Lebens. Doch, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie sind wir Deutschen mit diesem Wunder umgegangen? Haben wir uns den Sinn für das Wunder bewahrt, oder sind wir nicht allzu oft von Larmoyanz, Nörgelei und gegenseitiger Besserwisseri geprägt, sind Verzagtheit und Passivität an die Stelle von Mut und Freude getreten? - In der öffentlichen Debatte könnte man das manchmal so wahrnehmen, wenn wir uns die Talkrunden im Fernsehen oder bestimmte Presseberichte ansehen.

(Allgemeiner Beifall)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, wer sich wirklich umschaute in unserem vereinten Vaterland, ohne Vorurteil, der wird mit stiller großer Freude ein enorm verändertes Land sehen. Die neuen Länder erstrahlen heute wirklich in neuer Schönheit. Wir haben eine ausgezeichnete Infrastruktur mit Gewerbegebieten. Autobahnen, Straßen und Schienenwege durchkreuzen unser Land von Nord nach Süd, von Ost nach West. Städte und Dörfer haben ein farbiges Gesicht bekommen. Alte Stadtkerne sind liebevoll restauriert worden; sie sind in modernes Design eingebunden. Die Fernwärmeversorgung wurde von Braunkohle auf Gas umgestellt. Wir können unsere Luft wieder atmen. Wir nutzen moderne Müllentsorgungsanlagen. Krankenhäuser, Schulen, Sportanlagen, Forschungsinstitute und Hörsäle sind gebaut worden. Es ist eine einmalige Erfolgsgeschichte der deutschen Einheit, die unser Leben grundlegend verändert hat.

(Allgemeiner Beifall)

Wir in den neuen Ländern sind dankbar für die Hilfe, die in den vergangenen Jahren von Ihnen gekommen ist. Ich bedanke mich ausdrücklich für diesen Milliarden-transfer. Aber ich sage auch deutlich: Wir sind nicht das Milliardengrab von Deutschland, wir sind die Milliardenchance für Deutschland.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren gemeinsam - wir: die Menschen aus Ost und West - Enormes geleistet. Über die Ausgangssituation der Wirtschaft gibt ein Gutachten vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, vom Genossen Schürer, an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, den Genossen Egon Krenz, vom Oktober 1989 Auskunft. Bedenken Sie bitte, am 9. Oktober war die große Demonstration in Leipzig, dieser Bericht ist nur ein paar Wochen später entstanden. In diesem Bericht wird wörtlich festgestellt:

Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR um 40 % hinter der Bundesrepublik Deutschland zurück.

Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist seit dem VIII. Parteitag auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR infrage stellt.

Es gipfelt in der Feststellung: "Ein Stoppen der Verschuldung im Jahre 1990 würde eine Senkung des Lebensstandards um 25 bis 30 % erfordern und die DDR unregierbar machen." Wer aber wusste um diesen Stand der Wirtschaft? Die OECD, die weltweit anerkannte Organisation for Economic Cooperation and Development, hatte die DDR als zehntstärkste Wirtschaftsmacht der Welt definiert. Das zeigt den hohen Grad an Nichtwissen auf westlicher Seite und die Verschleierungstaktik auf östlicher Seite, die natürlich zu gegenseitigen Fehleinschätzungen beim Wiedervereinigungsprozess führen mussten.

Wie konnte denn eine solche Wirtschaftsmacht sang- und klanglos untergehen? Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Ursache war nicht die Währungsunion, wie vielfach behauptet wird. Die Währungsunion hat den Zustand nur klar und schonungslos gezeigt. Sie war wie ein Offenbarungseid über den wirklichen Zustand der DDR-Wirtschaft, die durch einen Ausrüstungsgrad der Betriebe auf dem Stand der Fünfziger- und Sechzigerjahre gekennzeichnet war, wobei 20 % der Beschäftigten staatliche, gewerkschaftliche und parteiliche Aufgaben erfüllten.

Was war das Ergebnis dieser Misswirtschaft? Im Ergebnis waren die neuen Länder im Jahre 1993 faktisch deindustrialisiert. Mehr als die Hälfte der Arbeitsplätze

war vernichtet. Ich sage Ihnen: Wir waren fassungslos - ich eingeschlossen. Wir müssen aber bei allen heutigen Diskussionen bedenken - ich betone das auch immer wieder -, dass das SED-Regime mit seiner sozialistischen Planwirtschaft das Land in den Ruin getrieben hat. Die DDR hat über ihre Verhältnisse gelebt. Daran ist sie zugrunde gegangen, nicht am Wiedervereinigungsprozess.

(Allgemeiner Beifall)

Zwanzig Jahre danach leben wir in den blühenden Landschaften, die der Kanzler der Einheit, Dr. Helmut Kohl, einst als Vision voraussah. Wir haben aber noch keinen selbsttragenden wirtschaftlichen Aufschwung erreicht. Die Arbeitslosigkeit ist viel zu hoch. Deshalb sind wir immer noch auf Ihre Solidarität angewiesen, und das bitte ich Sie, auch bei Ihren Haushaltsberatungen mit zu berücksichtigen.

(Allgemeiner Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ganz Deutschland braucht aber auch eine Diskussion über die Wirkungsmechanismen der Sozialen Marktwirtschaft unter den Bedingungen der Globalisierung; denn die Probleme der Weltwirtschaftskrise überlagern heute die Probleme des Wiederaufbaus in den neuen Ländern. Wir brauchen diese Diskussion auch deshalb so dringend, weil heute Die Linke unverhohlen wieder Volkseigentum und Planwirtschaft als Lösung für die derzeitige Krise vorschlägt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wer wie ich ein solches System 40 Jahre lang ertragen hat, weiß um seine absolute Inkompetenz, die komplexen Probleme unserer Zeit zu lösen.

(Allgemeiner Beifall)

Die große Chance der Wiedervereinigung liegt in der Analyse und Bewertung unserer unterschiedlichen Vergangenheit, um daraus Schlussfolgerungen für eine gemeinsame Zukunft zu ziehen. Unsere gemeinsame Zukunft bedeutet gleichwertige Lebensverhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland in Demokratie, Freiheit, Selbstbestimmung und mit der Sozialen Marktwirtschaft. Gleichwertige Lebensverhältnisse haben unendlich viele Facetten. Lassen Sie mich einige benennen:

Die Herstellung eines einheitlichen Rechtssystems und die Durchsetzung gleicher Staatsbürgerrechte und -pflichten.

Die Herstellung eines einheitlichen Gefüges von Institutionen auf der staatlichen und der nichtstaatlichen Ebene.

Die Ausbildung einer Zivilgesellschaft von freien Assoziationen, Vereinen und Interessenverbänden.

Die Ausbildung eines gemeinsamen Kerns von Grundwerten und einer gemeinsamen politischen Kultur.

Aber auch die Entwicklung einer vergleichbaren materiellen Infrastruktur, die Herstellung vergleichbarer Besitzverhältnisse und eines vergleichbaren Lebensstandards sowie die Ausbildung ähnlicher Mentalitäten und Sozialcharaktere.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie spüren bei der Aufzählung dieser Bedingungen, wie vielfältig die Facetten des Einigungsprozesses und wie unterschiedlich die Zeitkonstanten der einzelnen Bereiche sind. Vielleicht verstehen Sie jetzt den Titel meines heutigen Beitrages, "Wunder dauern etwas länger". Wir haben uns bisher viel zu häufig auf die materiellen Dinge konzentriert. Wie sieht es aber mit den sozialen, wissenschaftlichen, kulturellen und geistigen Dimensionen aus, die in meiner Zusammenstellung ganz deutlich zum Ausdruck gekommen sind? Hier brauchen wir Geduld; denn Mentalitäten ändern sich eben nicht in der Nacht vom 9. auf den 10. November, wenn die Mauer fällt. Lassen Sie mich aus dieser Analyse, die ich eben dargestellt habe, einige Aspekte herauspicken, von denen ich annehme, dass sie für unser heutiges gegenseitiges Verständnis von großer Bedeutung sind.

Ich beginne mit dem Rechtssystem. Mit dem am 31. August 1990 unterzeichneten Einigungsvertrag wurde das Rechtssystem der alten Länder de jure auf die neuen Länder ausgedehnt. Es handelte sich hier nicht um eine gegenseitige Anpassung oder Angleichung, sondern um eine bloße Ausdehnung. In personeller Hinsicht hat sich das Rechtssystem durch die schrittweise Entlassung von DDR-Richtern und die Zuwanderung von Richtern und Verwaltungsbeamten aus den alten Ländern sehr schnell angeglichen. Dieser Prozess war einer der ersten, die abgeschlossen wurden, auch durch die hilfreiche Unterstützung aus Bayern, wofür ich mich noch einmal sehr herzlich bedanken möchte. Aus Bayern sind zu Beginn der Neunzigerjahre unmittelbare Impulse gekommen.

Das Ergebnis dieses schnellen Prozesses war aber auch eine Schicht von Richtern, die von Rechtsbeugung nichts wussten und denen clevere Rechtsanwälte mit DDR-Erfahrung und Seilschaften gegenüberstanden. Die Auswertung 20 Jahre nach dem Mauerfall hat deutlich gemacht: Alle Funktionäre, die interviewt wurden, sind heute Mitglieder von Rechtsanwaltskanzleien. Der Transformationsprozess beim Rechtssystem wurde deshalb in seiner inhaltlichen Dimension von vielen Menschen in den neuen Ländern kritisch betrachtet.

Für das normale Empfinden des Bürgers war mit dem neuen Recht zu wenig Gerechtigkeit verbunden. Die Mauerschützen-Prozesse, die nicht geführten Prozesse um Schalck-Golodkowski und das Anerkennen politischer Urteile der DDR-Klassenjustiz, etwa die künstliche Kriminalisierung von Ausreisewilligen in der früheren DDR oder auch die Pflicht, eine Rehabilitation für politisch Verurteilte extra einzuklagen, schafften ein Gefühl der Ohnmacht und des Nichtverständnisses. Das gilt auch für viele Urteile, die von Gerichten gesprochen wurden. Bei diesen Urteilen wurden ehemaligen Staatsangestellten und hauptamtlichen Stasi-Mitarbeitern große Vorteile im Vergleich zu den Opfern des Systems garantiert.

Dieses Gefühl kann von den Menschen aus den alten Ländern nicht nachempfunden werden, weil ihnen der unmittelbare Bezug und die eigene Erfahrung mit einer Diktatur und der Rechtsbeugung fehlen. Ich möchte einmal behaupten, dass dies in Ihrem politischen Alltag in den letzten 20 Jahren nur eine untergeordnete Rolle gespielt hat, während es in den neuen Ländern die Diskussion über das Rechtssystem erheblich belastet. Dazu gehört auch die Rentenfrage von nicht systemkonformen Akademikern, die erheblich niedrigere Renten als ihre West-Kollegen erhalten. Hier gilt es noch, Missverständnisse im Dialog auszuräumen. Ich sage: Das Rechtssystem ist nur bedingt geeignet, eine Revolution zu begleiten.

(Allgemeiner Beifall)

Der Neuaufbau der staatlichen Institutionen dagegen und die Transformation der sozialistischen Kaderverwaltung in eine klassische europäische Verwaltung verliefen sehr rasch und im Gegensatz zur öffentlichen Wahrnehmung sehr effektiv. Die Verwaltungstransformation zählt zu den Erfolgsseiten des Einigungsprozesses. Man kann das durchaus als staatszentriert bezeichnen. Auch hier bedanke ich mich wieder für die bayerische Hilfe, die rasch und unkonventionell zu Beginn der Neunzigerjahre erfolgt ist. Zuweilen lässt uns allerdings die übernommene Bürokratie an ihrer Sinnfälligkeit zweifeln.

(Allgemeiner Beifall und Heiterkeit)

Muss bei Gründung einer Garagenfirma für Softwareentwicklung in einem Villenviertel die Zustimmung von 30 Trägern öffentlicher Belange eingeholt werden? Braucht diese Firma eine Herrentoilette und eine Damentoilette, bevor sie überhaupt gegründet wird? Bedenken Sie eine solche Vorgehensweise im Jahr 1993, als wir über jeden Menschen froh waren, der den Schritt in die Selbständigkeit wagen wollte oder überhaupt gewagt hat. Dabei habe ich noch nicht einmal von den Kreditverhandlungen zwischen den Banken und Men-

schen, die mit 4.000 DM in die Deutsche Einheit gegangen sind, gesprochen. Ich kann Ihnen versichern, wir hätten manchmal die Ärmel gerne viel höher gekrempelt, wenn die anderen ihre Ärmelschoner abgelegt hätten.

(Allgemeiner Beifall)

Ebenso haben wir uns seit 1990 auf den Aufbau einer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft konzentriert, weil wir wussten, dass sich nur innovative wissenschaftliche Produkte dauerhaft auf dem Markt etablieren können. Die Umwandlung des Forschungssystems ist auch eine der Erfolgsgeschichten des deutschen Einigungsprozesses. Viele neue Forschungsinstitute wurden gegründet. Fachhochschulen und Universitäten erarbeiteten neue Studien- und Prüfungsordnungen mit modernen Lehrinhalten, guter Didaktik und mit interdisziplinärer Verknüpfung, woran es noch an manchen Universitäten in den alten Ländern mangelt. Die Zahl der Studierenden hat sich bei uns in den letzten 20 Jahren verdreifacht. 80 % der Studenten schließen ihr Studium in der Regelstudienzeit ab. Das G 8, meine verehrten Damen und Herren, das Reizwort bei Ihnen, ist bei uns seit mehr als 20 Jahren gut gelebte Realität.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich bin stolz auf unsere gemeinsamen Leistungen in den 20 Jahren seit dem Mauerfall. Ich muss Ihnen aber auch sagen, dass ich traurig und wütend bin, wenn ich höre, dass junge Menschen heute nicht mehr den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur kennen, dass sie keine Kenntnis über unsere vierzigjährige geteilte Geschichte haben. Da müsste doch eigentlich ein Protestschrei durch unser Land gehen, statt nur am 9. November daran zu erinnern.

(Allgemeiner Beifall)

Was können wir für die Zukunft erwarten, wenn unsere Kinder nicht begreifen, dass die staatliche Unterdrückung der Freiheit nicht nur eine individuelle Katastrophe für den einzelnen, sondern immer auch eine nationale Katastrophe darstellt? Sicher gehört das Wechselspiel von Erinnern und Vergessen zur Ökonomie unseres Gehirns. Erinnern heißt auswählen, bewerten und bewahren oder aber Unwichtiges aussortieren und vergessen. Es bedeutet aber auch: Was letztendlich vom kollektiven Kurzzeitgedächtnis unserer Gesellschaft transferiert wird, unterliegt unserer Entscheidung und unserem Willen. Deshalb erinnern wir heute an den 9. November, damit eben die Erinnerung nicht verwischt, verblasst oder von den vielen Eindrücken des Alltags überlagert wird. Für einen Menschen ist der Gedächtnisverlust eine schwere Erkrankung. Für eine Gesellschaft gilt das in gleicher Weise.

(Allgemeiner Beifall)

Deshalb gilt es, den Prozess der schleichenden Verklärung der Vergangenheit, der mit Tendenzen zur Revision des DDR-Geschichtsbildes einhergeht, entschieden zu stoppen. Verblüffend selbstbewusst treten offizielle Mitarbeiter des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in den Medien auf. Einige sprechen ganz offen über ihre Tätigkeit. Sie rechtfertigen ihr Handeln auch heute noch mit dem Hinweis darauf, dass sie mit ihrer Arbeit nur den Frieden gesichert hätten. Diese Dreistigkeit ist erschütternd und entlarvend zugleich. Es geht um die Deutungshoheit. Es geht darum, dass die Opfer und nicht die Täter die Deutungshoheit behalten.

(Allgemeiner Beifall)

Wir dürfen auch nicht zulassen, dass diejenigen, die sich in den scheinbar wohligen und warmen Nischen einer DDR-Existenz eingerichtet hatten, abermals ihr selbstständiges Denken aufgeben und mithelfen, die Wahrheit über die DDR als Menschen verachtende Diktatur zu verdrehen. Wir leben heute in einer offenen Gesellschaft, in der die Meinung eben nicht von oben zugeteilt wird. Darüber freue ich mich noch jeden Tag. Wir müssen unseren zukünftigen gemeinsamen Weg auch gemeinsam diskutieren und dürfen Gegensätze nicht verschweigen oder unter den Tisch kehren. Deshalb ist unsere Verpflichtung zur Erinnerung so aktuell.

Wir müssen allen nachfolgenden Generationen vermitteln, was Diktatur wirklich bedeutet. Ich weiß, wie schwer das ist. Wie will man etwas rational begreifbar machen, dessen Grausamkeit sich der Ratio entzieht? Wie kann man das ewige Gefühl der Angst und Rechtlosigkeit vermitteln? Das bleibt unsere Aufgabe, und deshalb danke ich Ihnen, vor allem Ihnen, liebe Frau Stamm, herzlich für diese Feierstunde. Mögen wir von heute mitnehmen, dass der 9. November 1989 unserem Volk wunderbare gemeinsame Perspektiven eröffnet hat, die wir mit Tatkraft und Elan, selten mit Skepsis und Zurückhaltung aufgegriffen haben.

Meine Damen und Herren, wir haben gemeinsam den Aufbau Ost mit großer Kraft vorangebracht. Wir sind zusammengewachsen. Wir werden uns noch besser verstehen, wenn wir uns unserer vierzigjährigen geteilten Geschichte in all ihrer Unterschiedlichkeit annehmen und uns gemeinsame Zukunftsperspektiven eröffnen. Lassen Sie uns bei unseren Zukunftsvisionen den Sinn für das Wunder der Wiedervereinigung bewahren und nicht vergessen.

(Lang anhaltender allgemeiner Beifall)

Dr. h. c. Reiner Kunze: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich lese Ihnen eine kleine Auswahl an Gedichten - das Gedicht "Hymnus auf eine Frau beim

Verhör" ist 1959 entstanden - und einen Prosatext aus dem Buch "Die wunderbaren Jahre" vor.

DIE BRINGER BEETHOVENS

Sie zogen aus, Beethoven zu bringen
jedermann
Und da sie auch eine schallplatte hatten
spielten sie zur rascheren einsicht
die sinfonie nr. 5 c-moll opus 67

Der mensch M. aber sagte,
es sei ihm zu laut, das
mache sein alter

Über nacht setzten die bringer Beethovens
maste an straßen und plätze
spannten drähte befestigten
lautsprecher und mit dem morgen
ertönte zur bessren gewöhnung
die sinfonie nr. 5 c-moll opus 67,
laut genug daß man sie hörte
auch in der ferne

Der mensch M. aber sagte, ihn schmerze der kopf,
ging heim gegen mittag schloß
türen und fenster und lobte
die dicke der mauern

Herausgefordert, knüpften die bringer Beethovens
draht an die mauern und hängten
lautsprecher über die fenster daß
durch die scheiben drang
die sinfonie nr. 5 c-moll opus 67

*Der mensch M. aber ging aus dem haus und zeigte an
die bringer Beethovens;
doch jeder fragte ihn, was er habe
gegen Beethoven*

*Angegriffen, klopfen die bringer Beethovens
am tore des menschen M., stellten als er es auftat
hinter die schwelle den fuß; die sauberkeit lobend
traten sie ein
Zufällig kam auch die rede
auf Beethoven
und zur belebung des themas hatten sie
zufällig bei sich
die sinfonie nr. 5 c-moll opus 67
Der mensch M. aber schlug mit der eisernen
schöpfkelle
ein auf die bringer Beethovens
Er wurde verhaftet zur zeit*

*Mörderisch nannten die tat des M.
anwalt und richter der bringer Beethovens
Doch hoffnung sei immer
Er wurde verurteilt*

*zur sinfonie nr. 5 c-moll opus 67
von Ludwig van Beethoven*

*Da trommelte M. und schrie
bis stille war*

*Er war schon zu alt, sagten die bringer Beethovens
Am sarge des M. aber, sagten sie,
stehn seine kinder*

*Und die kinder verfügten
daß gespielt werde
am sarge des menschen M.
die sinfonie nr. 5 c-moll opus 67*

AUF EINEN VERTRETER DER MACHT ODER GESPRÄCH ÜBER DAS GEDICHTESCHREIBEN

*Sie vergessen, sagte er, wir haben den
längeren arm*

*Dabei ging es
um den kopf*

HYMNUS AUF EINE FRAU BEIM VERHÖR

*Schlimm sei gewesen
der augenblick des
auskleidens*

*Dann
ausgesetzt ihren blicken habe sie
alles erfahren*

über sie

VON DER NOTWENDIGKEIT DER ZENSUR

*Retuschierbar ist
alles*

*Nur
das negativ nicht
in uns*

DEZEMBER

*Stadt, fisch, reglos
stehst du in der tiefe*

*Zugefroren
der himmel über uns*

*Überwintern, das
maul am grund*

*aus:
einundzwanzig variationen über das thema*

"die post"

1
Wenn die post
hinters fenster fährt blühn
die eisblumen gelb

2
Brief du
zweimillimeteröffnung
der tür zur welt du
geöffnete öffnung du
lichtschein,
durchleuchtet, du

bist angekommen

3
Tochter, briefträgerin vom
briefkasten bis zum
tisch, deine stimme ist
das posthorn

4
O aus
einem fremden land, sieh
die marken ... Wie
heißt das land?

Deutschland, tochter

5
O ist
die marke schön: der wolf und
die sieben geißlein und
seine pfote ist
ganz weiß ... Wer
hat den brief geschrieben?

Vielleicht
die sieben geißlein,
vielleicht
der wolf

... der wolf ist tot!

Im märchen, tochter, nur
im märchen

DICHTER SEIN

.... gehn wir in warme länder fort
(Jan Skácel)

Entlang dem staunen
siedelt das gedicht, da
gehn wir hin

Von niemandem gezwungen sein, im brot

anderes zu loben
als das brot

IN SALZBURG,
AUF DEM MÖNCHSBERG STEHEND

Nach ankunft im westen Europas

Wiederzukehren
hierher, können von nun an mich hindern
armut nur, krankheit
und tod

Im kupferlaub der dächer geht der blick
den abend ab

Heimat haben und welt,
und nie mehr der lüge
den ring küssen müssen

TAGESORDNUNGSPUNKT: DER FRIEDEN

Akademiesitzung in B.

Du reichst die hand
Zwei verweigern sie dir
Einer von dort
einer von hier
Und wir sind fast nur vier

DIE MAUER

Als wir sie schleiften, ahnten wir nicht,
wie hoch sie ist
in uns

Wir hatten uns gewöhnt
an ihren horizont

Und an die windstille

In ihrem schatten warfen
alle keinen schatten

Nun stehen wir entblößt
jeder entschuldigung

FRAGE UND ANTWORT

Den enkeln

Unser schicksal?

Vieles in uns
ist älter als wir

Unsere rechenschaft?

Mit der wahrheit haderten wir nicht,
weil wir uns irrten, sondern stets,

weil sie ist, wie sie ist

Unser rat?

Das mögliche trennen
vom unmöglichen

Unsere trauer?

Daß wir hatten sein können,
wie wir einmal waren - sie hatten uns geformt
nach ihrem bild
Bis wir uns erblickten
in verbotenen spiegeln

MÜNZE IN ALLEN SPRACHEN

Wort ist währung

*Je wahrer,
desto härter*

VERS ZUR JAHRTAUSENDWENDE

*Wir haben immer eine wahl,
und sei's, uns denen nicht zu beugen,
die sie uns nahmen*

Zum Schluss ein Text aus dem Prosaband "Die wunderbaren Jahre".

In diesen Text sind vier Zitate eingearbeitet: Ein Zitat von Johann Christoph Altnikol, einem Schüler und Schwiegersohn Johann Sebastian Bachs, der sich über die Naumburger Wenzelsorgel äußert, ein Zitat von Robert Schumann, der auf den Leipziger Kirchhof geht, die Ruhestätte eines Großen aufzusuchen, ein Zitat von Johann Gottfried Herder, der sich über die Begeisterung äußert, und eine Stelle aus einer Predigt über die Musik von Abraham a Santa Clara.

Dem Text vorangestellt ist folgende Anmerkung:

*Die Schulbehörde in N. wies die Direktoren an zu verhindern, daß Fach- und Oberschüler die Mittwochabend-Organerkonzerte besuchen. Lehrer fingen Schüler vor dem Kirchenportal ab und sagten den Eltern: Entweder-oder. Eltern sagten ihren Kindern: Entweder-oder. Bald reichten die Sitzplätze im Schiff und auf den Emporen nicht mehr aus.
(Meldung, die in keiner Zeitung stand)*

ORGELKONZERT (Toccat und Fuge)

Hier müssen sie nicht sagen, was sie nicht denken. Hier umfängt sie das Nichtalltägliche, und sie müssen mit keinem Kompromiß dafür zahlen; nicht einmal mit dem Ablegen ihrer Jeans. Hier ist der Ruhepunkt der Woche.

Sie sind sich einig im Hiersein. Hier herrscht die Orgel.

Alle Orgeln -

die namenlosen, von denen jede "unsere Orgel" heißt, die berühmten, die Silbermannschen, die Orgel im Dom zu Freiberg, die kleinen, die Orgel in der Wehrkirche zu Pomßen (zwölf Register, Cimbeldon und Vogelgesang), die machtvollen, die Naumburger Wenzelsorgel ("Man muß aber auch ein angenehmes Schrecken fühlen, und mit der bewenden Kirche gleichsam zu zittern anfangen, wenn die etlich und fünfzig Register mit dem durchdringenden Pedal zusammen gezogen werden, die mit einem so gewaltigen Schalle ertönen, daß das Gehör gleichsam davon betäubet wird, und man fast denken sollte, als wenn es ein Krachen von einem rollenden Donner wäre"),

alle Orgeln -

die im Westen: die Mühlhausener Orgel Johann Sebastian Bachs ("Eines Abends ging ich nach dem Leipziger Kirchhof, die Ruhestätte eines Großen aufzusuchen: viele Stunden lang forschte ich kreuz und quer - ich fand kein ‚J. S. Bach‘ ... und als ich den Totengräber darum fragte, schüttelte er über die Obskurität des Mannes den Kopf und meinte: Bachs gäb's viele"),

die im Norden: die Güstrower Domorgel über Barlachs "Schwebendem", dem entarteten, eingeschmolzenen und wiederauferstandenen,

die im Süden: die Orgel zu Weimar, unter deren Empore der Sarg Johann Gottfried Herders steht ("Ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes auf der Erde; die man für Schwärmer hielt, haben dem menschlichen Geschlecht die nützlichsten Dienste geleistet. Trotz allen Spottes, trotz jeder Verfolgung und Verachtung drangen sie durch, und wenn sie nicht zum Ziele kamen, so kamen sie doch weiter und brachten weiter"),

die im Osten: die Orgel zu St. Peter und St. Paul in Görlitz, die über und über mit Sonnen bedeckte, flammende, die Licht-, die Sonnenorgel ("Salve! meine schöne Grammatica und Rhetorica; Servitor! meine schöne Logica und Arithmetica; Bassio le man! meine schöne Geometrica und Astronomia. Aber sey mir tausendmal willkommen! mein löbliche, liebliche, künstliche, köstliche, vornehme und angenehme Musica! Andere seynd zwar freye Künsten, du aber bist eine freye und fröhliche Kunst; du bist eine Portion vom Himmel, du bist ein Abriß der ewigen Freuden, du bist ein Pflaster für die Melancholey, du bist ein Versöhnung der Gemüter, du bist ein Sporn der Andacht, du bist ein Arbeit der Engel, du bist ein Aufenthalt der Alten, du bist ein Ergötzlichkeit der Jungen"),

alle Orgeln -

unter wessen Dach auch immer - müßten mit einem Mal zu spielen beginnen, einsetzen mit vollem Werk, mit ihren tiefsten Pfeifen, den zehnmeterhohen, und mit ihren höchsten, den millimetergroßen, mit ihrem Holz und Metall, ihren Zungen und Lippen;

alle Orgeln -

die im Osten, Süden, Norden, Westen, die sechstausendeinhundertundelf klingenden Pfeifen in der Kreuzkirche zu Dresden, das Betstufenpositiv der Grube Himmelfürst zu Freiberg, die von Bach geprüfte Orgel zu Hohnstein, die zu Kirchdorf, die einfach "unsere Orgel" heißt -

sie alle müssten plötzlich zu tönen beginnen und die Lügen, von denen die Luft schon so gesättigt ist, daß der um Ehrlichkeit Bemühte kaum noch atmen kann, hinwegfegen - unter wessen Dach hervor auch immer, hinwegdröhnen all den Terror im Geiste ...

Wenigstens ein einziges Mal, wenigstens für einen Mittwochabend.

Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke, Frau Prof. Dr. Schipanski, danke, dem Schriftsteller Dr. Reiner Kunze!

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns die Feierstunde mit dem Deutschlandlied "Einigkeit und Recht und Freiheit" beenden.

(Es folgt die deutsche Nationalhymne - Allgemeiner Beifall)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich unterbreche die Sitzung für eine halbe Stunde. Ich würde bitten, für die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten pünktlich hier zu sein. - Danke schön.

(Unterbrechung der Sitzung von 14.13 bis 14.42 Uhr)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte, die Plätze einzunehmen. Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Lassen Sie mich zu Beginn der wieder aufgenommenen Sitzung noch eine Anmerkung machen, die mir heute wichtig erscheint. Der 9. November stand in diesem Jahr ganz im Zeichen des 20. Jahrestags des Mauerfalls. Dies ist verständlich und auch richtig. Gleichwohl bleibt dieses Datum in der deutschen Geschichte auch

immer mit der Reichspogromnacht des Jahres 1938 verbunden. Frau Landtagspräsidentin Stamm hat gestern bei der Eröffnung der Ausstellung "Shalom - gemeinsam gehen!" ganz bewusst auf diese schrecklichen Ereignisse hingewiesen und dabei betont, dass "wir Deutsche uns unserer besonderen historischen Verantwortung gegenüber Israel und den Menschen jüdischen Glaubens bewusst sind." Ich darf das auch hier im Plenum des Bayerischen Landtags für uns alle noch einmal bekräftigen, um der Ambivalenz dieses Datums gerecht zu werden.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich noch drei Geburtstagsglückwünsche aussprechen: Jeweils einen halbrunden Geburtstag feierten am 2. November Frau Kollegin Susann Biedefeld

(Allgemeiner Beifall)

und am 4. November Herr Kollege Martin Neumeier.

(Allgemeiner Beifall)

Heute hat Frau Staatsministerin Christine Haderthauer Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen im Namen des gesamten Hauses und persönlich alles Gute und viel Erfolg für Ihre öffentlichen Aufgaben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten "Ergebnisse der Koalitionsvereinbarungen der neuen Bundesregierung - Auswirkungen auf Bayern"

Das Wort hat der Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! "Wachstum, Bildung, Zusammenhalt", unter diesen Leitbegriffen steht die Arbeit der neuen Bundesregierung in den nächsten vier Jahren. Die Bayerische Staatsregierung wird die Bundesregierung auf diesem Weg unterstützen. Dieser Weg ist notwendig, und er ist richtig.

Wir befinden uns inmitten der größten und tiefsten Weltwirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte. Diese Krise ist längst noch nicht bewältigt, wir sind mittendrin. Wir werden erleben, dass sich diese Weltwirtschaftskrise in den nächsten Monaten auf dem deutschen Arbeitsmarkt noch spürbarer auswirken wird, auch in Bayern. Die Krise belastet die öffentlichen Haushalte aufs Äußerste. Deshalb unterstützt die Bayerische Staatsregierung und initiierte sie auch in ihrem eigenen Zuständig-

keitsbereich jede Maßnahme, die einen Wachstums- und Innovationsschub auslöst, jede Maßnahme, die geeignet ist, die Abwärtsspirale zu durchbrechen und die nachhaltig für neue Arbeitsplätze und verlässliche soziale Sicherheit in unserem Lande sorgt.

In den letzten Monaten haben Unternehmen und Arbeitnehmer größte Anstrengungen unternommen, um sich ihrerseits gegen diese Krise zu stemmen. Viele von ihnen haben auch große Opfer hingenommen. Vor diesem Hintergrund wäre ein Nichthandeln der Politik die schlechteste Antwort. Nörgeln und Besserwissen reichen nicht aus. Die Politik steht in Deutschland auf allen Ebenen in der Pflicht, ihren Beitrag zu leisten, damit diese Weltwirtschaftskrise abgemildert und eines Tages überwunden ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Welche Bedeutung jedes Instrument hat, das darauf gerichtet ist, Arbeitsplätze zu sichern und neu zu schaffen, zeigt allein eine Zahl: Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland 100.000 Arbeitslose weniger, das heißt, 2 Milliarden Euro Entlastung der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherung. Man kann - wer länger in der Politik ist, wird es bestätigen - durch Sparen nicht so viel erschließen, wie man durch die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen an Entlastung der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen gewinnen kann, nämlich 100.000 Arbeitslose weniger, also 2 Milliarden Euro Entlastung der Haushalte und der Sozialversicherung. Deshalb gehört es zu unserem Selbstverständnis, auch der letzten Monate, dass wir von München aus - der Landtag in seiner Mehrheit und die Bayerische Staatsregierung - in Berlin alles unterstützt haben, was als Beitrag zu dieser Wachstums- und Innovationspolitik bezeichnet werden kann und zwar parteiübergreifend, ohne auf Parteigrenzen zu schießen. Die Finanzmarktstabilisierung und der sogenannte Bankenschirm - ungeheuer wichtig, wie wir wissen - waren sehr schnell durch Bundestag und Bundesrat, ich glaube, innerhalb einer Woche. Es waren zwei Konjunkturpakete mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro aufgelegt, die einerseits Investitionen fördern, andererseits die Bürger entlasten und drittens die Wirtschaft stabilisieren. Auch diesen beiden Konjunkturprogrammen haben wir zugestimmt - auch im Bundesrat, Herr Kollege Zeil, weil es uns als geeignete Maßnahme erschien, hier der Krise trotzen zu können.

Wie Sie wissen, haben wir auch in Bayern mit Unterstützung dieses Hauses das Notwendige angepackt. Wir haben den bayerischen Doppelhaushalt 2009/2010 mit einem beachtlichen Steigerungsvolumen sehr schnell verabschiedet. Dieser Haushalt Bayerns für 2009/2010 ist in sich ein Konjunkturprogramm. Manchmal ist die Rede davon, man würde sich der Gefahr

unterziehen, sich totzusparen. Ich weise nur darauf hin, dass wir in diesen zwei Jahren im bayerischen Staatshaushalt eine Steigerung von etwa 10 % haben. Das ist genau die antizyklische Reaktion auf die Herausforderung. Worüber wir alle besonders froh sein sollten, ist, dass wir im Jahr 2009 in unserem Haushalt die staatlichen Investitionen um 8,8 % auf jetzt 5,5 Milliarden Euro gesteigert haben. Im nächsten Jahr werden wir die staatlichen Investitionen nochmals um 1,8 % auf dann 5,65 Milliarden Euro steigern. Wir haben auch in Bayern das Notwendige parallel zum Bund zur Abmilderung der Krise unternommen.

Wenn man die Prognosen mit dem vergleicht, was tatsächlich eingetreten ist, dann zeigt sich, dass alles, was von der Politik flankierend gegenüber der Wirtschaft und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern veranlasst wurde, in der Praxis seine Wirkung entfaltet hat. Ich darf sagen: Ohne das schnelle gemeinsame Handeln hätte die Krise für uns in Bayern und in Deutschland noch ganz andere Folgen haben können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die Wirkungen der Krise sind sehr tiefgreifend. Die Steuereinnahmen brechen weg: 10 % Minus 2010 gegenüber 2008. Das gab es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie.

Die Wirtschaft schrumpft: 5 % Minus gegenüber dem Vorjahr. Manche prognostizieren, es wird etwas weniger werden, aber das ist die offizielle Schätzerzahl.

Die Arbeitslosigkeit steigt um 8 % gegenüber dem Vorjahr.

Trotzdem, meine Damen und Herren, bleibt festzuhalten, dass das, was wir getan und was wir unterstützt haben, nicht ohne positive Wirkung war. Bayern ist bei der Arbeitslosenquote weiterhin mit Abstand das wirtschaftsstärkste Land in der Bundesrepublik Deutschland. Im letzten Jahr hat sich der Abstand sogar noch vergrößert. Nachdem wir heute mit Sicherheit noch viel über Finanzen reden werden, möchte ich darauf hinweisen, dass wir auch mit Abstand das finanzstärkste Land in der Bundesrepublik Deutschland sind. Das drückt sich darin aus, dass sich der Länderfinanzausgleich, in den wir einbezahlen, um fast 25 % erhöht hat und dass Bayern mittlerweile fast 10 % seines Haushalts über den Länderfinanzausgleich an andere Länder bezahlt. Das wollen wir auch berücksichtigt wissen, wenn andere über unsere Wirtschafts- und Finanzpolitik urteilen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sagte, wir rechnen in den nächsten Monaten damit, dass sich die Entwicklung auf die Arbeitslosenstatistik

stärker auswirken wird. Es bleibt unsere gemeinsame Sorge um die Arbeitslosen und um deren Familien. Das gilt nicht nur für Nürnberg und Fürth. Aber wegen der vielen Betroffenen möchte ich die Quelle-Insolvenz noch einmal anführen. Wir haben nichts unversucht gelassen - dafür bin ich dem Haus nachträglich sehr, sehr dankbar -, um dem Unternehmen und seinen fleißigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Chance zu geben. Ich war dort und habe der Belegschaft gesagt, wir eröffnen eine Chance, der Freistaat Bayern tut das in seinen Möglichkeiten Liegende, aber wir können keine Garantie dafür geben, dass das auch zum Erfolg führt.

Der Mittelstandsschirm, den Bayern neben dem staatlichen Investitionsprogramm des Staatshaushaltes aufgespannt hat, wird von Hunderten kleiner und mittelständischer Firmen in Anspruch genommen. Deshalb ist das Vorurteil, man würde in Deutschland nur den Großen helfen, jedenfalls für Bayern falsch. Der Mittelstandsschirm war eine sehr, sehr kluge, richtige Entscheidung. Wir hatten auch in vielen Fällen mit öffentlicher Aufmerksamkeit Erfolg, ich denke an Knaus-Tabbert, Rosenthal oder Edscha. Aber bei Quelle hatten wir leider keinen Erfolg.

Das Vorgehen des Freistaats Bayern war dennoch alternativlos. Meine Damen und Herren. Wir haben es in diesem wie in manchen kleineren Fällen erlebt, dass jahrelange Fehler und Versäumnisse eines Firmenmanagers eine Regierung nicht heilen kann. Das gehört leider Gottes auch zur Wahrheit.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Kollege Zeil und ich und andere Staatsminister waren mehrfach in Nürnberg und in Fürth. Meine Damen und Herren, wegen der besonderen Größenordnung der Quelle-Insolvenz werden wir uns gemeinsam, Bayerische Staatsregierung und Bayerischer Landtag, gezielte Maßnahmen zur Stärkung des Wirtschafts- und Beschäftigungsraums Nürnberg und Fürth zu überlegen haben. Wir werden das in unserer Kabinettsklausur vorbereiten und dann dem Landtag einen Vorschlag unterbreiten. Ich möchte für die gesamte Bayerische Staatsregierung sagen: Wir lassen die Region Nürnberg/Fürth in diesen harten Zeiten nicht allein. Darauf können sich die Menschen dort verlassen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

CSU und FDP haben bei den Koalitionsverhandlungen aus bayerischer Sicht viele gemeinsame Ziele verfolgt und wir haben auch eine Menge erreicht. Die erste und wichtigste Antwort ist das Wachstumsbeschleunigungsgesetz, das morgen im Deutschen Bundestag gelesen wird. Meine Damen und Herren, von diesem Wachstumsbeschleunigungsgesetz profitieren wir in

Bayern ganz besonders. Es war die gemeinsame Überzeugung, dass wir die wesentlichen Bestandteile dieses Beschleunigungsgesetzes brauchen, und zwar schnell, als Impuls für Wachstum und Arbeitsplätze.

Deshalb ist es nur logisch, dass die Unternehmensteuer in einigen Bereichen noch einmal korrigiert wird, um Wachstumsbremsen, die sich in den letzten Monaten herausgestellt haben, zu beseitigen. Das heißt: nicht mehr Geld für Unternehmer, sondern für Investitionen und Arbeitsplätze, meine Damen und Herren. Das ist die Korrektur der Unternehmensteuerreform.

Wir werden zweitens die Erbschaftsteuerreform noch einmal korrigieren. Es werden Unternehmensnachfolgen vor allem bei Familienunternehmen und im Mittelstand erleichtert. Es wird wieder einfacher werden, einen Betrieb im Erbfall fortzuführen und Arbeitsplätze zu erhalten. Ich denke, meine Damen und Herren, das ist die richtige Antwort. Wenn jemand im Erbfall oder im Schenkungsfall einen Betrieb übernimmt und die Arbeitsplätze im Wesentlichen fortführt, leistet er einen wichtigen Beitrag für Wachstum in der Bundesrepublik Deutschland. Deshalb ist auch eine Privilegierung bei der Steuer berechtigt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ein besonderes Anliegen war es, die Mehrwertsteuer für die Hotellerie auf 7 % zu senken. Wir können nicht damit leben, dass alle unsere Nachbarn, nicht aber wir, diese 7 % haben. Das ist ein wichtiger Einstieg, um Wettbewerbsverzerrungen zu beseitigen, vor allem im Hinblick auf Österreich. Mein Appell an unsere Hoteliers lautet: jetzt die Chancen nutzen, die die Politik zum 1. Januar eröffnet, und vor allem auch in die Zukunft investieren. Ich sage ganz frei, dass wir in Bayern, auch was die Qualität des Beherbergungsangebotes betrifft, durchaus noch etwas unternehmen sollten. Dazu dient auch diese Maßnahme.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir erhöhen den Kinderfreibetrag auf 7.008 Euro und das Kindergeld um 20 Euro pro Kind und Monat.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wer möchte etwas gegen eine bessere Familienförderung einwenden? Wer möchte etwas dagegen einwenden, wenn wir unsere bayerischen Beherbergungsbetriebe bei der Steuer so behandeln, wie ihre Wettbewerber auch behandelt werden? Wer möchte etwas dagegen haben, wenn wir bei der Erbschaftsteuer jene, die Betriebe übernehmen und die Arbeitsplätze erhalten, steuerlich privilegieren? Und wer möchte etwas dagegen haben, wenn wir bei der Unternehmensteuer die Investitionsbremsen wegnehmen?

(Beifall bei der CSU, der FDP und des Staatsministers Martin Zeil (FDP))

Wenn man die Dinge jetzt nicht nur punktuell betrachtet, sondern die Situation am 1. Januar nächsten Jahres generell, werden wir mit den von der Großen Koalition bereits beschlossenen 10 Milliarden Steuererleichterungen, mit den besseren Abschreibungsmöglichkeiten der Krankenversicherungsbeiträge von der Steuer und den 4 Milliarden zur Abflachung der Progression sowie den jetzt dazukommenden etwa acht Milliarden am 1. Januar 2010 insgesamt 21 bis 22 Milliarden Euro Steuerentlastung haben. Das ist neben der Stärkung der Investitionen für die öffentliche Infrastruktur und der Stärkung der Bildungs- und Forschungsausgaben ein ganz wichtiger Beitrag für den Konsum und die Investitionen in dieser Wirtschaftskrise, und deshalb ist das richtig.

(Beifall bei der CSU)

Natürlich belasten Steuerentlastungen zunächst die öffentlichen Haushalte. Ich rechne jetzt nicht die Selbstfinanzierung im mittelfristigen Verlauf dagegen, aber wir müssen uns immerhin mit den Auswirkungen im Jahre 2010 beschäftigen. Die Steuereinnahmen des Freistaates Bayern werden durch diese von mir gerade geschilderten Maßnahmen nach dem Wachstumsbeschleunigungsgesetz um 360 Millionen Euro geringer ausfallen; bei den bayerischen Kommunen fehlen 126 Millionen Euro. Es geht also um eine Größenordnung von 360 Millionen Euro für den Freistaat Bayern. Wir werden diese Summe bereitstellen und finanzieren können, und es gehört zu den Zielen der Staatsregierung, gleichwohl für das Jahr 2010 einen ausgeglichenen Haushalt durch die Inanspruchnahme von Rücklagen und durch eine strikte Ausgabendisziplin zu erreichen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Wir werden im Jahre 2010 keine neuen Kredite aufnehmen.

(Beifall bei der CSU - Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir erleben heute, wie segensreich es ist, wenn man in guten Zeiten Strukturveränderungen durchführt und Rücklagen schafft. Damit hat man nach der klassischen Wirtschaftstheorie in schlechten Zeiten eine Reserve, mit der man den wirtschaftlichen Herausforderungen begegnen kann. Genau dieser klassische Fall tritt jetzt ein. Deshalb möchte ich an dieser Stelle auch allen danken, die in den letzten Jahren dafür Sorge getragen haben, dass wir Rücklagen bilden konnten, die wir auch noch im

Jahre 2010 einsetzen können. Das ist der Ertrag der letzten Jahre.

Und zum Sparen möchte ich Folgendes sagen: Die Bevölkerung erwartet von der Politik, auch in schwierigen Zeiten mit ihrem Steuergroschen behutsamst umzugehen und sparsam zu sein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir werden dieses strikte und wie ich bereits sagte auch eiserne Sparen weiter pflegen und sorgsam mit dem Haushalt umgehen.

(Christa Naaß (SPD): Wo werden Sie sparen?)

Gleichwohl wollen wir keine Zukunftsinvestitionen beschädigen und wir wollen die Ausgaben für die Bildung, die Allgemeinbildung und für die Hochschulen weiterführen, weil das die beste Investition in die Zukunft ist.

(Christa Naaß (SPD): Und wo wollen Sie sparen?)

Und wir wollen auch die soziale Balance in unserem Lande nicht aus dem Gleichgewicht bringen.

(Beifall bei der CSU)

Auf unserer Kabinettsklausur werden wir uns mit dem Vorschlag zum Nachtragshaushalt 2010 beschäftigen und werden anschließend den Koalitionsfraktionen und dem Hohen Hause unsere Vorschläge unterbreiten. Ich möchte der Kabinettsklausur nicht vorgreifen, aber dass es eine Kombination aus Rücklagenentnahme und Sparen sein wird, habe ich bereits erwähnt. Dass es beim Sparen Leitplanken gibt, damit die Zukunft nicht beschädigt wird, habe ich ebenfalls schon erwähnt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das, was ich an Stichworten wie Schattenhaushalt und ähnliches von Ihnen höre, ist alles aus der Luft gegriffen.

(Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie werden es nachrechnen können; wir werden einen ausgeglichenen Haushalt 2010 vorlegen.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte nun noch etwas über die darüber hinausreichenden Zeiträume sagen. Dabei kann ich keinen Zweifel daran lassen, dass vor uns eine schwierige Wegstrecke liegt. Vor allem der Doppelhaushalt 2011/2012 wird uns vieles abverlangen. Das möchte ich nicht verschweigen.

Da immer wieder über das Sparen gesprochen wird, möchte ich eines meiner Leib- und Magenthemen erwähnen. Ich denke, da werden wir zu Lösungen innerhalb der Koalition kommen. Ich bin sehr dafür, vor allem die Strukturen zu verändern und durch die veränderten Strukturen Zukunft zu gestalten.

Meine Damen und Herren, wir werden auf Dauer nicht zulassen können, auf der einen Seite mehr Personal für Bildung und Sicherheit zu haben

(Lachen bei der SPD und den GRÜNEN - Unruhe und Zurufe)

und auf der anderen Seite an der Allgemeinen Inneren Verwaltung nichts zu ändern. Nun wäre es gegenüber den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes völlig ungerecht, zu sagen, wir reduzieren die Stellen, aber ihr müsst die gleiche Arbeit erledigen. Es ist aber sehr wohl des Einsatzes allen Gehirnschmalzes wert zu sagen, wir überprüfen die Aufgaben, wir machen eine Politikfolgenabschätzung und versuchen, in der Allgemeinen Inneren Verwaltung Aufgaben und infolgedessen auch Stellen einzusparen.

In der Landesplanung, in der Regionalentwicklung, in der Regionalplanung und in der Raumordnung besteht dabei aus meiner Sicht ein großer Spielraum.

(Beifall bei der CSU)

Mit weniger Bürokratie durch weniger Aufgaben und mit weniger Planstellen ist all dies zu realisieren.

(Beifall bei der CSU)

Das müssen wir leisten, meine Damen und Herren.

Und noch eines verschweige ich nicht an dieser Stelle. Ich bin jetzt seit gut einem Jahr im Amt und wusste schon bei meinem Start - das war bereits Gegenstand der Koalitionsverhandlungen -, was bezüglich der Landesbank auf mich zukommt. Aber niemand von denen, die sich da bei mir vorgestellt haben, die Wirtschaftswissenschaft, große und kleine Firmen und Verbände, niemand hatte vor einem Jahr das Ausmaß der Auswirkungen des Jahres 2009 infolge der Wirtschaftskrise auf dem Radarschirm. Deshalb bin ich doch manchmal erstaunt, wie oft die gleichen Leute jetzt exakt wissen, was in den Jahren 2011 und 2012 und folgende stattfindet. Daher plädiere ich dafür, weder abstrakt mit Cassandra noch mit Euphorie zu handeln. Ich bin auch nicht jemand, der dem Handelsblatt hinterherläuft, das gestern berichtet hat, im kommenden Jahr werde ein Wachstum von 2,5 % zu erwarten sein. Die offizielle Schätzung liegt bei 1,2 %. Ich bin gleichermaßen gegen Cassandra wie gegen Euphorie. Ich bin

dafür, uns immer zeitnah mit den Fakten zu beschäftigen, die uns die reale Wirtschaft präsentiert.

(Beifall bei der CSU)

Vor diesem Hintergrund werden wir die große Steuerschätzung vom Mai 2010 abwarten. Wir werden uns die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland und in Bayern ansehen. Wir wollen mit der Entlastung ab dem Jahr 2011 weiterfahren; das haben wir in der Koalition vereinbart. Da unterstützen wir auch die Bundesregierung, und wir werden dann im Herbst den Doppelhaushalt 2011/2012 auflegen. Da gilt für mich wiederum der Grundsatz, Sparen geht primär vor Schuldenaufnahme.

Meine Damen und Herren, diesen einfachen, bequemen Weg, da 20 Millionen, dort 10 Millionen und hier 5 Millionen Schulden aufzunehmen, halte ich nicht für richtig. Es muss primär der Nachweis gegenüber der Öffentlichkeit erbracht werden, einen ausgeglichenen Haushalt durch Strukturmaßnahmen, durch Rücklagenentnahme und durch Sparen zu gewährleisten. Das bleibt das oberste Prinzip dieser Regierung.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte ein Wort zur Landesbank sagen.

(Harald Güller (SPD): Eines! - Dr. Thomas Beyer (SPD): Das ist geboten!)

Ein Wort kann auch in einer Wortprozession bestehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Erstens. Ich unterstütze nachdrücklich - ich darf das auch im Namen des Finanzministers sagen - die Etablierung eines Untersuchungsausschusses wegen Hypo-Alpe-Adria.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Bravo!)

Ich bin sehr dafür, dass diese Vorgänge offen und transparent untersucht werden. Sie sollen wissen, dass wir als Staatsregierung - wenn das Parlament es so beschließt - das ausdrücklich unterstützen.

(Harald Güller (SPD): Da wollen wir doch mal Ihre Reaktion auf den Fragenkatalog sehen! - Hubert Aiwanger (FW): Papier ist geduldig!)

Das werden wir doch hinbringen, einen Fragenkatalog zu formulieren, der dann aufgearbeitet werden kann.

(Harald Güller (SPD): Die Frage ist doch, wo Sie blockieren! - Georg Winter (CSU): Wir geben da Gas!)

Über Sandkastenspiele reden wir an anderer Stelle. Ich finde, es ist wichtig, hier gemeinsam vorzugehen und die Dinge transparent aufzuarbeiten.

Zweitens. Was die aktuelle finanzielle Situation der Landesbank betrifft, so schreibt die Landesbank in München bei ihrem Geschäft hier derzeit schwarze Zahlen. Unser Problem ist in der Tat die Hypo Alpe-Adria. Da sind die Zahlen richtig, die gestern veröffentlicht wurden und die nach dem Gesetz zu veröffentlichen sind. In Absprache mit Herrn Finanzminister Georg Fahrenschon darf ich Ihnen sagen, dass wir das Problem der Abführung an den Staatshaushalt nicht dadurch lösen werden, dass wir neue Schulden aufnehmen.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben der Landesbank vor einem Jahr 10 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Wir sind nicht willens, mehr zur Verfügung zu stellen. Es wird nicht zu einer Aufnahme von Schulden kommen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Die Frage, die jetzt aktuell zum 01.01.2010 vor uns steht, können wir deshalb klar beantworten, meine Damen und Herren. Darin werden wir von Berlin unterstützt und es wird nicht dazu führen, dass wir von der Linie eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2010 abweichen.

Meine Damen und Herren. Anlass dieser Regierungserklärung ist es darzustellen, welche Rückwirkungen die Koalitionsvereinbarungen auf Bundesebene auf uns im Freistaat Bayern haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Zunächst einmal möchte ich klar sagen, was nicht kommt, obgleich pausenlos behauptet wird, dass es kommt. Es wird pausenlos behauptet, mit dieser Koalition würde das Zeitalter der sozialen Kälte eintreten, es würde zu tiefgreifenden Eingriffen in das Arbeits- und Sozialrecht kommen. Meine Damen und Herren, in den ganzen Koalitionsvereinbarungen, an denen ich beteiligt war, kann ich von diesen Grausamkeiten nichts erkennen.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

An die Adresse unseres bisherigen Koalitionspartners in Berlin sage ich aber: Die bürgerliche Koalition der Mitte aus CDU, CSU und FDP hat eine soziale Grausamkeit beseitigt, die Sie nicht beseitigt haben, und zwar das Schonvermögen bei Hartz IV.

(Anhaltenden Beifall bei der CSU und der FDP - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Das Schonvermögen bei Hartz IV haben wir verdreifacht, denn das war überfällig. Menschen, die für ihre Altersvorsorge etwas tun und dann arbeitslos werden, dürfen nicht dadurch bestraft werden, dass sie ihre private Altersvorsorge dafür hingeben müssen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Warum haben wir das gemacht? - Weil es mit CDU und CSU nicht anders machbar war!)

Das ist die Antwort!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir bleiben ein soziales Land. Es gibt keine einzige soziale Grausamkeit, und es wird auch keine geben.

(Christa Naaß (SPD): So eine Scheinheiligkeit!)

Nächstes Thema: Landwirtschaft. Meine lieben Kollegen aus dem Kabinett, Sie haben zum großen Teil in Berlin mitverhandelt. Wir durften dabei wieder einmal zur Kenntnis nehmen, und das sage ich jetzt völlig parteiunabhängig, dass es in Berlin niemanden mehr gibt, der für die Interessen der bäuerlichen Landwirtschaft mit dem Nachdruck eintritt, wie wir aus Bayern das tun. Das haben unsere Bauern auch verdient.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Bayern und die Bauern gehören zusammen. Die Bauern produzieren nicht nur unsere gesunden Lebensmittel, sie sind nicht nur wichtige Unternehmen in unserem Land, eine wichtige Wirtschaftsbranche, sondern sie gehören im ländlichen Raum auch zu unserer Landeskultur. Deshalb haben wir so für die Bauern gekämpft, und deshalb gibt es ein Sonderprogramm in Höhe von 750 Millionen Euro für die Jahre 2010 und 2011. Es gibt zugunsten der Bauern ein Grünlandmilchprogramm, einen Bundeszuschuss für die landwirtschaftliche Sozialversicherung, Hilfen beim Agrardiesel und Zinshilfen für überschuldete Unternehmen. Meine Damen und Herren, ich bin schon lange in der Politik, aber ein derartiges Hilfsprogramm für die Bauern hat es in diesem Volumen noch nie gegeben, noch nie.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich appelliere an die Bundesregierung, nachdem das ein Programm für die Jahre 2010 und 2011 ist, das Hilfsprogramm zügig im Parlament zu verabschieden, damit die Bauern, die jetzt die Schwierigkeiten haben - und diese Schwierigkeiten haben nicht nur die Milch-

bauern, sondern auch alle anderen Landwirte - diese Hilfen so schnell wie möglich bekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die 750 Millionen Euro haben keine finanziellen Rückwirkungen auf den Haushalt des Freistaats Bayern. Das gilt auch hinsichtlich des nächsten Punktes. Die Bundesregierung wird sich im Hinblick auf Bildung und Forschung, die wichtigste Zukunftsinvestition neben der Investitionen in öffentliche Infrastruktur, bis zum Jahr 2013 mit 12 Milliarden Euro engagieren. Wir haben lange überlegt, wie wir uns diesem Sachverhalt gegenüber verhalten, denn oft wird gesagt: Bildung ist Ländersache, der Bund soll sich, insbesondere nach der Föderalismusreform I, heraushalten. Wir haben uns aber darauf verständigt, und zwar alle Ministerpräsidenten und die Bundesregierung, dass die Bundesregierung die Bildungspolitik der Länder durch zusätzliche 12 Milliarden Euro unterstützt. Das gilt auch für den Bereich der Forschung. Meine Damen und Herren, Deutschland muss das Bildungsland Nummer 1 auf dieser Erde werden, denn wir haben keinen anderen Rohstoff als unseren Geist. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt!

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Das ist Rückenwind für die Politik in Bayern. Wir geben in der Hochschulpolitik eine Menge aus, wir wollen eine Menge verändern. Wir schaffen zusätzlich 38.000 Studienplätze und 3.000 Planstellen in den Hochschulen. Wir sind auch hinsichtlich der Allgemeinbildung sehr aktiv. Wir haben inzwischen 1.459 zusätzliche Lehrstellen geschaffen. Diese zusätzlichen Lehrer wirken vor allem in den Integrationsklassen.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FW))

Meine Damen und Herren, diese Investitionen in Bayern entspringen unserer eigenen Zuständigkeit und sie werden den Ganztagschulen, kleineren Klassen, zusätzlichen Lehrern, der Sicherung von Schulstandorten und den Hochschulen zugute kommen. Durch die Maßnahme des Bundes, der diese auch finanziert, werden unsere Anstrengungen segensreich unterstützt. Auch das gibt Rückenwind für Bayern.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Unruhe bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, nun zur Familienpolitik. Die Familien sind die Keimzellen unserer Gesellschaft. Ich bin deshalb froh, und wer hätte das noch vor einem Vierteljahr gedacht, dass diese Koalition mit einem breiten Hilfsangebot für die Familien startet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist doch eine Mogelpackung! Den armen Familien helfen Sie doch nicht! Sie helfen nur den reichen Familien!)

Das Hilfsangebot umfasst die Erhöhung des Kinderfreibetrags, 20 Euro Kindergeld und das Betreuungsgeld. Das Betreuungsgeld wird mit der Realisierung des Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung in Deutschland eingeführt werden, und zwar in Höhe von 150 Euro pro Monat. Das ist eine ganz wichtige Maßnahme.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich möchte zum Betreuungsgeld sagen: Gerade in Bayern, wo mehr als die Hälfte der Kinder in der Anfangsphase zu Hause erzogen wird, können wir nur dann von Wahlfreiheit reden,

(Isabell Zacharias (SPD): Ja, weil sie keine Plätze haben!)

wenn wir, Frau Kollegin Haderthauer, den bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen massiv weiter vorantreiben und damit vielleicht sogar ein Jahr früher fertig sind, als geplant. Wir müssen aber auch an die Menschen denken, die ihre Berufstätigkeit zeitweise unterbrechen, um ihre kleinen Kinder zu Hause zu erziehen. Das sollen die Leute aber selbst entscheiden, das ist Wahlfreiheit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, das belastet uns im Freistaat Bayern nicht besonders, jedenfalls nicht mit neuen Ausgaben. Der Bund hat sich nach den bisherigen Gesprächen - heute Nachmittag findet noch einmal ein Gespräch mit dem Bundesfinanzminister statt - bereit erklärt, die Mehraufwendungen beim Kindergeld zu fast drei Viertel selbst zu tragen. Nur der Rest, also ein Viertel, fällt auf uns. Das kommt uns in unserem Haushalt sehr zugute. Man muss wissen, würde dieser Schlüssel nicht gelten, müssten die Länder fast 60 % der Ausgaben für die Familien selbst tragen.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch etwas zur angedachten Reform der Pflegeversicherung sagen, weil auch dies Rückwirkungen auf den Freistaat Bayern und auf das Gesundheitswesen hat. Ich war Mitbegründer der gesetzlichen Pflegeversicherung. Die Pflegeversicherung ist segensreich und hilft den Familien, aber sie hilft auch den Kommunen. Das sollten wir nicht vergessen, denn vor der Pflegeversicherung mussten die Kommunen über die Sozialhilfe bezahlen. Jeder weiß, wenn die Lebenserwartung pro Jahrzehnt um zwei bis drei Jahre zunimmt, wenn die Bevölkerung also, Gott sei Dank, älter wird, dann wird die gesetzliche Pflegeversicherung, wie wir sie heute haben, nicht ausreichen, um alle finanziellen Lasten zu tragen. Wir kön-

nen die steigenden Kosten infolge der Demografie nicht über die Lohnnebenkosten finanzieren. Deshalb halte ich es für ein Gebot der Wahrhaftigkeit, dass rechtzeitig für die junge Generation eine Antwort auf folgende Frage gefunden wird: Wie können wir die gesetzliche Pflegeversicherung durch ein kapitalgedecktes Verfahren ergänzen, damit diese jungen Leute nicht ein ganzes Leben in eine Versicherung einzahlen, um am Ende festzustellen, dass sie nichts mehr oder nur noch sehr wenig bekommen? Die Pflegeversicherung soll durch eine kapitalgedeckte Ergänzung auch in 20, 30 oder mehr Jahren finanzierbar sein. Das ist ein ganz wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur Generationengerechtigkeit.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir sollten uns in Deutschland angewöhnen, bei Vereinbarung eines Grundsatzes der Gesellschaftspolitik erst einmal konkret zu rechnen und ein Modell zu entwickeln. Dann soll der Bevölkerung mitgeteilt werden, was auf sie zukommt. Die soziale Dimension soll berücksichtigt werden. Meine Damen und Herren, das erfordert Zeit. Wir werden uns in Bayern an der Entwicklung dieses Modells sehr stark beteiligen. Wir können es uns angesichts der Gesamtumstände nicht leisten, alles auszutreten, bevor wir in die Konkretisierungsphase eintreten. Das können wir uns nicht leisten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb sage ich der Bevölkerung: Wir halten an der sozialen Pflegeversicherung, wie wir sie kennen, fest. Wir werden die Pflegeversicherung insbesondere für die junge Generation durch ein kapitalgedecktes Verfahren ergänzen, und zwar im Interesse der jungen Generation. Eine Generation soll nicht nach einem erfüllten Erwerbsleben zum Sozialamt gehen, wenn sie pflegebedürftig wird. Diesen Zustand wollen wir nicht.

Das Gleiche gilt für die gesetzliche Krankenversicherung. Wir haben für die Arbeitslosenversicherung und für die Krankenversicherung - auch das ist wichtig für Bayern - noch einmal einen Arbeitnehmerschutzschirm gespannt. Wenn wir die Menschen im Jahre 2010 und 2011 bei der Steuer entlasten, weil es sich um Krisenjahre handelt, dann ist es nicht sinnvoll, dass wir Arbeitnehmern und Arbeitgebern durch Beitragserhöhungen bei der Arbeitslosenversicherung und bei der Krankenversicherung genau das wieder wegnehmen, was wir ihnen vorher bei der Steuerentlastung gegeben haben. Aus diesem Grund ist dieser Schutzschirm in den Krisenjahren für die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber, gerade im Mittelstand, notwendig. Wir haben einen Schutzschirm für die Banken. Wir haben einen Schutzschirm für große Firmen. Diese Schutzschirme

sind zuhauf in Anspruch genommen worden. Meine Damen und Herren, es ist verantwortbar gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, einen Schutzschirm für zwei Jahre zu spannen. Unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können ganz gewiss nichts für diese Weltrezession. Sie können zuallerletzt etwas dafür. Deshalb ist dieser Schutzschirm wichtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir verzeichnen ein Defizit bei der Bundesagentur für Arbeit. Ebenso bei der gesetzlichen Krankenversicherung. Diese Defizite werden nicht über Beitragserhöhungen kompensiert. Dieser Punkt erscheint mir wichtig.

Parallel dazu müssen wir eine Reform des Gesundheitswesens auf den Weg bringen, und zwar für die langfristige Struktur. Im nächsten Jahr wird sich gar nichts ändern. Ich kann das nicht oft genug sagen. Meine Damen und Herren, wir müssen jedoch einigen Dingen ins Auge sehen. Das ist die Frage der Regionalität versus Zentralismus. Ich habe während der Koalitionsverhandlungen selbst formuliert, dass wir wieder mehr Regionalität sowohl in Bezug auf die Arzthonorare und die Vertragshöhe als auch die Beitragsgestaltung in dieses Gesundheitswesen integrieren müssen. Das ist im Hinblick auf den Föderalismus eine wegweisende Entscheidung. Unser Koalitionspartner hat sich dafür eingesetzt, die Beitragshöhe wieder bei den Krankenkassen zu verankern, um mehr Wettbewerb und Pluralität zu erhalten. Dies ist auch ein Auftrag für die künftige Kommission und für die künftige Arbeit. Das ist auch Föderalismus.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Nun geht es um eine Frage, die wir alle beantworten müssen. Die Frage haben wir kurzfristig zwar immer beantwortet, jedoch haben wir sie nie mittel- und langfristig beantwortet. Wie finanzieren wir die steigenden Kosten des medizinischen Fortschritts und der steigenden Lebenserwartung? Gleichzeitig wollen wir - und das wollen wir hoffentlich alle -, dass sich die Menschen in unserem Lande unabhängig von ihrem Alter und unabhängig von ihrem Einkommen in der Zukunft darauf verlassen können, dass sie erstklassige Medizin und erstklassige Pflege bekommen. Es darf nicht vorkommen, dass ein 84-jähriger Mensch keine neue Hüfte mehr erhält. Das wäre kein humanes Land mehr. Wenn man den Menschen sagt, wir wollen Erstklassigkeit für alle, dann müssen wir als Politiker zuverlässig die folgende Frage beantworten: Wie finanzieren wir die Kosten des medizinischen Fortschritts? Wie finanzieren wir die Tatsache, dass wir zu unserer Freude immer älter werden? Das sind hohe Kosten für ein Gesundheits-

wesen. Eine Regierung muss sich die Frage stellen können, wie die daraus resultierenden Mehrkosten in Zukunft finanziert werden sollen. Wir haben ausdrücklich in die Koalitionsvereinbarungen hineingeschrieben, dass unabhängig von jeder Lösung der soziale Ausgleich sowie die Solidarität auch in der Zukunft gewährleistet sein müssen. Das steht ausdrücklich im Koalitionsvertrag. Das werden wir auch gewährleisten. Aus diesem Grund kann ich betonen: Es bleibt bei einer sozialen Krankenversicherung. Jedoch müssen wir die Fragen, die ich gerade angesprochen habe, beantworten.

Bayern soll sich massiv daran beteiligen. Gerade bei uns in Bayern hat das Gesundheitswesen nicht nur eine wichtige soziale, sondern auch eine wirtschaftspolitische Funktion. Das hohe Versorgungsniveau soll vor allem durch mehr Eigenbestimmung hier im Lande gestaltet werden. Ich lade Sie alle dazu ein. Das sind die Auswirkungen der Koalitionsvereinbarungen auf Bayern.

Meine Damen und Herren, all dies, was ich zur Bildung und zur Landwirtschaft ausgeführt habe, ist finanziell beim Bund angesiedelt. Es gibt die Rückwirkung aus der Steuerreform zum 01.01.2010. Es geht um 360 Millionen für Bayern. Ich möchte darauf hinweisen, dass noch die Große Koalition bisher 14 Milliarden Steuerentlastungen in Kraft gesetzt hat. Wer die 360 Millionen für Bayern für fragwürdig hält, der müsste sich die Frage stellen, warum plötzlich die 14 Milliarden, die noch von der Großen Koalition verabschiedet wurden, verantwortbar seien.

(Beifall bei der CSU)

Bis vor drei Monaten kann nicht alles richtig gewesen sein, was in Bayern heute für falsch erklärt wird. Sie wissen, wen ich damit meine.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das kommt immer darauf an, für was! - Thomas Kreuzer (CSU): Wir wissen es!)

Deshalb glaube ich, dass die in den Begriffen Wachstum, Bildung und Zusammenhalt niedergelegte Strategie als Ziel der neuen Bundesregierung sehr gut geeignet ist, unsere gesellschaftspolitischen und vor allem wirtschaftspolitischen Ziele in Deutschland zu erreichen. Wir haben durch den Mix der Investitionen in Bildung und Infrastruktur sowie durch die Steuerentlastung positive Wirkungen erzielt. Wir wollen diesen Weg fortsetzen.

Sie können sich ebenfalls international umsehen. Betrachten Sie einmal die skandinavischen Länder. Die skandinavischen Länder haben den Weg der Krisenüberwindung ebenfalls recht erfolgreich beschritten.

Die Ziele, die von der Koalition vereinbart worden sind, sind nicht nur für den Aufbruch Deutschlands dienlich, sondern bedeuten auch Rückenwind für Bayern. Gerade in den nächsten Jahren wird die Bayerische Staatsregierung die Maßnahmen mit einer Politik für starke Familien, für die beste Bildung und für nachhaltige Innovationen in allen Bereichen ergänzen. Ich möchte alle hier im Hohen Hause dazu einladen, sich an diesem großen Gemeinschaftswerk zu beteiligen. Wir wollen den Dialog, und wir wollen die Diskussion. Jedoch wollen wir ebenfalls, dass entschieden wird, und die Bevölkerung weiß, wohin der Weg führt. Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. Ich eröffne die Aussprache. Im Einvernehmen mit den Fraktionen wurde hierzu eine Redezeit von 30 Minuten pro Fraktion vereinbart. Nachdem allerdings der Herr Ministerpräsident 14 Minuten länger gesprochen hat als die 30 Minuten, die der Vereinbarung zugrunde lagen, erhöht sich nach der Geschäftsordnung die Redezeit für jede Fraktion ebenfalls um diese 14 Minuten. Es kann also jede Fraktion 44 Minuten reden.

(Widerspruch bei der CSU - Unruhe)

- Es tut mir leid, das steht so in der Geschäftsordnung. Deswegen verkünde ich das so.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das muss nicht ausgeschöpft werden!)

- Natürlich muss keine Fraktion diese Redezeit ausschöpfen, aber sie hat das Recht dazu.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): So weit kommt's noch!)

Ich erteile nun zu seiner ersten Rede als Sprecher der SPD-Opposition Herrn Kollegen Markus Rinderspacher das Wort. Bitte schön.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, eine solide Finanzpolitik, Bewahrung der natürlichen Ressourcen, wertgebundene soziale Marktwirtschaft - kommt Ihnen das bekannt vor? Das hatten Sie den Menschen in Bayern in Ihrer Regierungserklärung vom 10. Dezember 2008 versprochen.

(Zurufe von der CSU: Prima!)

An diesen Leitlinien wollten Sie die politischen Prioritäten und tagtäglichen Einzelentscheidungen orientieren. Das liegt nun fast auf den Tag genau elf Monate zurück. Heute ist noch ein weiteres Mal deutlich geworden: Nichts, aber wirklich nichts von alledem berücksichtigen Sie in Ihrer Politik seit Ihrem Amtsantritt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Deutlich ist heute wieder einmal geworden: Ihre Finanzpolitik ist unsolid, unstet und unseriös.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch und Lachen bei der CSU)

Natürliche Ressourcen stehen zur Disposition, und das Wertgebundene an der sozialen Marktwirtschaft wird im Koalitionsvertrag geradezu ausgeklammert. Es wird deutlich: Die neue Politik von Schwarz-Gelb in Berlin erschüttert die föderale Finanzordnung in ihren Grundfesten.

(Zuruf von der CSU: Ach, geh! - Unruhe)

Verfassungsrechtliche Zweifel sind angebracht. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wenn Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Böhmer, von der CDU und somit ein Unionskollege, eine Verfassungsklage erwägt, dann zwingt er damit zuvorderst seinen bayerischen Kollegen Horst Seehofer auf die Anklagebank. Dieser Vorwurf gegen einen Landesvater wiegt nun wirklich besonders schwer.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorwurf lautet: Politik wider die Interessen der Bürgerinnen und Bürger seines Landes.

(Christa Naaß (SPD): Der Ministerpräsident sollte halt zuhören!)

Herr Seehofer, Sie haben den Koalitionsvertrag als CSU-Vorsitzender unterschrieben. Als Ministerpräsident des Freistaates Bayern hätten Sie dieses Dokument niemals paraphieren dürfen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Da dachten wir: Der bayerische Steuerzahler steht für die Misswirtschaft der Landesbank gerade. Er steht für die Spielkasino mentalität ihrer Manager gerade; er steht für die mangelnde Aufsicht von CSU-Politikern im Verwaltungsrat gerade. 10 Milliarden Schulden musste Bayern deshalb im vergangenen Jahr aufnehmen. Über 800 Euro neue Verbindlichkeiten waren das auf einen Schlag für jeden Bayern, vom Kleinkind bis hin zu Senior.

Die Krise der Landesbank ist noch nicht vorüber. Auf Antrag meiner Fraktion wird ein neuer Untersuchungsausschuss eingerichtet. Es geht um die Frage, ob es beim Kauf der Hypo Alpe Adria mit rechten Dingen zugeht. Der Staatsanwalt ermittelt wegen Verdachts der Untreue. Womöglich wurde ein um 400 Millionen Euro überteuerter Kaufpreis für ein Abenteuer am Balkan gezahlt. Gestern erreichte uns die Nachricht: Die BayernLB stellt sich für dieses Jahr auf einen Verlust von mehr als einer Milliarde Euro ein.

Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer Rede heute die Probleme der Landesbank ausgeklammert. Insofern war Ihre Regierungserklärung nichts anderes als Verlautbarungspolitik.

(Christa Naaß (SPD): Wie immer!)

Gegenwärtig streifen Sie nur dieses zentrale Problem in Bayern. Das müssen die Mitglieder des Hohen Hauses und die Menschen in Bayern fast schon als eine bewusste Missachtung verstehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Damit nicht genug. Schwarz-Gelb türmt weitere Schuldenberge für den Freistaat Bayern und seine Gemeinden auf. Sie werden von den nächsten Generationen abgetragen werden müssen. Für den Schuldenberg von 32.600 Millionen Euro müssen jährlich aus dem Staatshaushalt Zinsen in Höhe von 1,4 Milliarden bezahlt werden, davon 400 Millionen Zinsen Jahr für Jahr für die abgewendete Pleite der BayernLB. Jene Zinszahlungen werden 2010 über Schulden bezahlt, kündigte gestern der Finanzminister gegenüber den Medien an. Das ist das Ende des Märchens vom ausgeglichenen Haushalt in Bayern entgegen Ihren nicht haltbaren Beteuerungen in Ihrer Regierungserklärung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Herr Finanzminister, vielleicht sollten Sie uns heute einmal darüber informieren, wie es denn eigentlich aussieht. Planen Sie die Kreditermächtigung für den Nachtragshaushalt, wie Sie es gestern gegenüber den Medien angekündigt haben, oder wollen Sie keine neuen Schulden aufnehmen? Wie sieht es denn nun aus?

Da erfahren wir nun aus einer aktuellen Meldung einer Agentur um 14.28 Uhr, Sie seien noch einmal in die Zahlen eingetaucht.

(Lachen bei der SPD - Ulrike Gote (GRÜNE): Abgetaucht!)

Sie sind heute vor dieser Sitzung noch einmal in die Zahlen eingetaucht.

(Harald Güller (SPD): Abgetaucht!)

Gestern sagten Sie noch, wir brauchen eine Kreditermächtigung. Heute, ausgerechnet vor der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten hier im Hohen Hause, tauchen Sie noch einmal in die Zahlen ein und sagen: Nein, wir brauchen keine Schulden zu machen.

(Zurufe von der CSU - Unruhe)

Meine Damen und Herren, genau das ist symptomatisch für die unstete Finanzpolitik der Bayerischen Staatsregierung.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Als würde das Geld nicht schon an allen Ecken und Enden fehlen, schneidet Schwarz-Gelb nun mit Steuergeschenken weitere Löcher in die ohnehin schon dünne Finanzdecke des Freistaats Bayern und seiner Gemeinden. Ich sage, damit kein Missverständnis aufkommt, auch wir Sozialdemokraten plädieren für Entlastungen mit Augenmaß. So hat die Große Koalition die verbesserte steuerliche Absetzbarkeit der Kranken- und Pflegeversicherung und die Anhebung des Grundfreibetrags beschlossen. Das war richtig.

(Markus Blume (CSU): Hört, hört!)

Es ist auch richtig, Herr Ministerpräsident, dass wir konjunkturelle Impulse brauchen. Es war regelrecht wohlthuend zu hören, wie Sie deutlich gemacht haben, dass die auf den Weg gebrachten Konjunkturpakete sozialdemokratische Handschrift tragen. Das haben wir gemeinsam gemacht, und all das war richtig.

Von den jetzt geplanten Steuersenkungen gehen aber keine Impulse für mehr Wachstum aus.

(Lebhafter Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Das ist der Unterschied!)

Sie tragen weder dazu bei, den Konsum zu stabilisieren, noch führen sie zusätzliche Investitionen herbei, im Gegenteil: Sie schwächen die Investitionskraft von Bund, Ländern und Gemeinden. In Berlin verteilt Schwarz-Gelb Geschenke an die Lobby, vom den Steuerberater angefangen bis hin zum Apotheker. In Bayern verschreibt Schwarz-Gelb das Tafelsilber. Da will die FDP nun Anteile des Freistaats am Energieversorger Eon verkaufen, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Die letzten Vermögensbeteiligungen sollen womöglich verkauft werden, und das in Zeiten niedriger Aktienkurse. Meine Damen und Herren, das ist blanker Aktionismus.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Freien Wähler - Zuruf des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

Auch hier erkennt man: Die Haushaltslage ist so schlecht wie noch nie zuvor in der Nachkriegsgeschichte Bayerns. Eine nachhaltige Finanzpolitik sieht nun wirklich anders aus.

(Widerspruch bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich füge als einer der Jüngeren hier im Hause hinzu:

(Alexander König (CSU): Haben Sie auch eigene Vorschläge?)

Mich stimmt es nachdenklich, wenn politisches Handeln nur im Hier und Jetzt verankert ist, wenn ohne Rücksicht auf das Morgen und das Übermorgen Entscheidungen mit weitreichenden Folgen für die nächsten Jahrzehnte der kurzfristigen politischen Rendite wegen getroffen werden; denn klar ist: Die Steuergeschenke von heute sind die Steuermehrbelastungen von morgen.

Die Steuergeschenke für finanzstarke Unternehmer und Besserverdienende werden von den Schwachen und den Armen, auch hier in Bayern, bezahlt.

(Beifall bei der SPD)

Das wird der Fall sein, Herr Ministerpräsident, wenn der eiserne Sparkurs Realität wird, den Sie hier heute noch einmal angekündigt haben, nachdem Sie das bereits in der vergangenen Woche dem "Münchner Merkur" erzählt haben. Klar ist: Die Menschen in Bayern werden die schwarz-gelbe Steuerpolitik in allen öffentlichen Bereichen zu spüren bekommen. Die Sanierung von Toiletten, Werkräumen und Turnhallen an bayerischen Schulen wird auf sich warten lassen. Mehr Polizisten auf Bayerns Straßen für mehr Sicherheit bleiben ein Wunschtraum. Die versprochene 40-Stunden-Woche für Beamte - woher soll dafür eigentlich das Geld kommen? Woher kommt das Geld für eine bessere Ausstattung der Hochschulen, die wir uns wünschen würden? Für die Justiz hatten Sie nicht einmal Geld, als es noch da war.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wo Sie die Einsparungen vornehmen wollen, Herr Ministerpräsident, haben Sie uns heute verschwiegen. - Kein Wort dazu.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Weil er feige ist!)

Sie sprechen von einem eisernen Sparkurs, aber kein Wort dazu, ob es Einschnitte im Sozialhaushalt geben wird.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, der Koalitionsvertrag hat keine große Leitüberschrift und keinen roten Faden, allenfalls rote Zahlen. Die Autoren waren vor allem mit Tricksen, Tarnen und Täuschen beschäftigt, mit dem Verschleiern von Ungereimtheiten und Schattenhaushalten. Probleme werden in unzähligen Prüf- und Evaluierungskommissionen auf die lange Bank geschoben: die Systemfrage in der Gesundheit, die Betreuungsorganisation von Langzeitarbeitslosen.

Doch Ihre Vernebelungsstrategien werden nichts nützen; denn sehr schnell werden die Menschen merken, "mehr Netto für alle" findet nicht statt. Der überwiegende Teil der Bürgerinnen und Bürger wird von den vermeintlichen Erleichterungen nichts spüren. Ein Drittel der Beschäftigten hat von den Steuersenkungen nichts; denn ein Drittel zahlt wegen des niedrigen Bruttoverdienstes ohnehin keine Steuern. Höhere Sozialversicherungsbeiträge sind programmiert. Der Arbeitgeberbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung wird eingefroren. Die Beschäftigten zahlen also alle künftigen Kostensteigerungen im Gesundheitswesen für den medizinisch-technischen Fortschritt selbst. Der Aufbau einer kapitalgedeckten Pflegeversicherung geht voll zu Lasten der Beschäftigten. Das bedeutet am Ende nicht mehr, sondern weniger Netto.

(Beifall bei der SPD)

Der Einstieg in die Kopfprämie ist der Anfang vom Ende der Solidarität im Gesundheitswesen.

(Beifall bei der SPD)

Der Vorstandsvorsitzende - und das ist das, was Sie wollen - zahlt dann genauso viel wie die Sekretärin. Der gesellschaftliche Zusammenhalt wird damit aufgekündigt. Die Jungen für die Alten, die Gesunden für die Kranken und die Stärkeren für die Schwachen, dieses System soll ersetzt werden - das ist Ihr Ziel - durch das Prinzip: Jeder ist für sich selbst verantwortlich.

(Zuruf von der CSU: Wer sagt das?)

Im Koalitionsvertrag findet sich kein einziger Absatz zur wirksamen Armutsbekämpfung. Es steht zu befürchten, dass die Schere zwischen Arm und Reich gerade in Bayern weiter auseinandergehen wird.

(Beifall bei der SPD)

Die von den Sozialdemokraten erkämpften Mindestlöhne stehen auf dem Prüfstand. Sie sollen bis Oktober 2011 evaluiert werden. Es besteht die Gefahr, dass weitere Lohnuntergrenzen, wie wir sie beispielsweise in der Leiharbeit bräuchten, überhaupt nicht zustande kommen und dass sogar bestehende Mindestlöhne zurückgenommen werden. Ihre Antwort, verehrte Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, auf die prekäre Beschäftigung lautet: Wir erhöhen die Verunsicherung der Menschen. Immer mehr Menschen haben Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren. 42% der Erwerbstätigen geben in der jüngsten Umfrage des ARD-Deutschlandtrends an, sich Sorgen um ihren Job zu machen - ein neuer Höchstwert seit Beginn der Wirtschaftskrise. Ihre Antwort darauf: die Ausweitung von Minijobs und Leiharbeit sowie die Verlängerung der Befristungsschleife bei Arbeitsverhältnissen. Das angekündigte Verbot sittenwidriger Löhne bedeutet ganz konkret, dass Stundenlöhne von vier Euro akzeptiert werden. Meine Damen und Herren, es wird deutlich: Wenn es darum geht, Menschen in Notlagen zu helfen, hat die Koalition keine Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Weil Sie das Thema angesprochen haben, Herr Ministerpräsident, sage ich ausdrücklich: Wir begrüßen, dass das Schonvermögen für Altersrückstellungen beim Arbeitslosengeld II auf 750 Euro pro Lebensjahr angehoben wird, auch wenn dies nur einer sehr kleinen Bevölkerungsgruppe zugute kommt und den Verdacht der Symbolpolitik nahelegt. Es ist aber schon ein gewisses Maß an Heuchelei - ich wollte heute eigentlich brav sein -; denn Sie wissen doch, dass es der sozialdemokratische Arbeitsminister Olaf Scholz war, der noch im Sommer gesagt hat, wir wollen auf das Schonvermögen verzichten. Damals hat die CSU gemeinsam mit der CDU gesagt, nein, da machen wir nicht mit. Wenn Sie uns das jetzt vorhalten wollen, ist dies nichts anderes als Heuchelei, aber wir begrüßen, dass Sie Ihre Position verändert haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich sage Ihnen, es wäre besser gewesen, wenn Sie den Hartz-IV-Regelsatz auf das Niveau, das die Wohlfahrtsverbände vorgeschlagen haben, erhöht hätten. Dass Sie hierfür noch nicht einmal eine Prüfung vorgesehen haben - und an Prüfungen mangelt es sonst im Koalitionsvertrag nicht -, dass Sie das trotz der Signale des Bundesverfassungsgerichtes nicht vorsehen, zeigt auch, dass Ihnen an der Besserstellung von Hartz-IV-Empfängern in Wahrheit überhaupt nichts gelegen ist.

(Beifall bei der SPD)

So ist auch die geplante Pauschalierung von Miet- und Unterkunftskosten für Arbeitslosengeld-II-Empfänger als eine angekündigte Leistungskürzung zu verstehen.

Klar ist auch, Familien mit Transfereinkommen haben von der angekündigten Kindergelderhöhung von 20 Euro nichts - sie wird nämlich auf die Leistungen angerechnet - und nur Familien mit hohem Einkommen profitieren von der Anhebung des Kinderfreibetrags.

(Beifall bei der SPD)

Kein Wort dazu, auch heute in Ihrer Regierungserklärung nicht, wie Sie die Kinderarmut in Deutschland und in Bayern wirksam bekämpfen wollen. 1,7 Millionen Kinder leben in Deutschland in Hartz-IV-Familien. In der Bundesrepublik landet das Geld, das für Familien und Kinder ausgegeben wird, jedoch nicht bei den Bedürftigen. Zu diesem Ergebnis kommt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung - OECD. Obwohl die Deutschen drei Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für Familienförderung ausgeben, leben mehr Kinder in Armut als in den meisten anderen OECD-Staaten. Die OECD beklagt vor diesem Hintergrund auch die Effekte des geplanten Betreuungsgeldes als - ich zitiere - desaströs. Ich teile diese Auffassung. Das Geld wäre besser in Kinderkrippen investiert als in den Konsum von Familien, ganz gleich ob man damit den Konsum von Dosenbier oder den von biologischen Feinkostartikeln meint.

(Beifall bei der SPD)

Der Ausbau von Kinderkrippen hilft Alleinerziehenden, ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen. Er gibt Kindern Chancen, die es von Haus aus schwerer haben.

Schein und Sein - das wird in allen Teilen des Koalitionsvertrages sichtbar, und auch in Ihrer Regierungserklärung ist das heute erkennbar geworden. Das gilt auch für den Bereich der Bildung. Sie definieren ein ambitioniertes Ziel, nämlich dass zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Bildung und Forschung auszugeben seien. - Wunderbar. Nach einer Studie der Hans-Böckler-Stiftung müssten Bund und Länder hierfür rund 32,3 Milliarden Euro zusätzlich investieren. Doch die Länderfinanzminister - so liest man jetzt - sehen überhaupt keinen Handlungsbedarf; denn das Zehn-Prozent-Ziel ist bereits erreicht, wie es heißt. Das ist nur eine Frage der Berechnung. Kurzerhand werden in die zehn Prozent fachfremde Leistungen wie zum Beispiel das Kindergeld oder Pensionen für Lehrer und Professoren mit eingerechnet. Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als ein dreister Etikettenschwindel.

(Beifall bei der SPD)

Oder um es auf den Punkt zu bringen: Wer Ruhestandsgelder für auf Gran Canaria urlaubende Lehrerinnen als Bildungsinvestition in die Zukunft unserer Kinder vermarktet, der verkauft die Menschen schlicht für dumm.

(Beifall bei der SPD)

Eine Nebelkerze sind auch Ihre Ausführungen, Herr Ministerpräsident, was den zügigen Ausbau der Ganztagschulen in Bayern angeht. Sie stellen nicht ausreichend pädagogisches Personal bereit und halten die Ausbauquote niedrig. Bayern ist nach dem Bildungsmonitor 2009 der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft bei der ganztägigen Bildung und Betreuung Schlusslicht unter allen deutschen Ländern. Bei den Ganztagschulen im Bereich der Grundschulen landet Bayern auf dem vorletzten Platz. Ganztagsbetrieb gibt es lediglich an 150 von 2300 Grundschulen in Bayern. Das entspricht einer Quote von 6,5%.

(Harald Güller (SPD): Ein Armutszeugnis!)

Die gebundenen Ganztagszüge an Gymnasien und Realschulen lassen weiter auf sich warten. Es bleibt bei zehn von 320 Realschulen und zwölf von 400 Gymnasien mit einer gebundenen Ganztagsklasse.

(Harald Güller (SPD): Das ist eine Leistung!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von CSU und FDP, Sie finden auf die Probleme der Bildung auch in diesem Koalitionsvertrag keine Antwort.

(Beifall bei der SPD)

Gerade in der Bildung liest sich Ihr Koalitionsvertrag wie ein großer Gemischtwarenkatalog: Unterrichtsgarantie, Hochbegabtenförderung, Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern - alles besser und viel mehr davon, doch alle wissen: Die Lieferung bleibt aus. Schwarz-Gelb setzt auf privates Bildungssparen und Stipendienprogramme. Wir brauchen jedoch ein starkes BAföG und die gebührenfreie Bildung von der Kita bis zur Hochschule. Wir brauchen die Beseitigung der Bildungsbarrieren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Folgen der Wirtschaftskrise für Deutschland beschrieben. Ich darf die Folgen für Bayern ergänzen. Das Wirtschaftswachstum brach in Bayern im ersten Halbjahr 2009 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum massiv ein und lag bei minus 6,6 %. Nur in Baden-Württemberg, im Saarland, in Nordrhein-Westfalen und in Rheinland-Pfalz fiel der Rückgang noch massiver aus. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich auf dem Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosigkeit

keit in Bayern ist in Zeiten der Krise stärker als in anderen Bundesländern angewachsen. Im Oktober 2009 gab es in Bayern fast 298.000 Arbeitslose. Das sind knapp 26 % mehr als im Vorjahr. Nur in Baden-Württemberg fiel der Anstieg der Arbeitslosenzahlen noch höher aus.

(Markus Blume (CSU): Das ist doch unseriös!)

Eine dritte Zahl: Wir haben in Bayern im ersten Halbjahr des Jahres 2009 mehr Unternehmensinsolvenzen zu verzeichnen. Der Anstieg beläuft sich auf 19,6 %.

(Alexander König (CSU): Ein Meister des Schlechtedens!)

Das Jahr 2009 ist also in der Tat ein schwieriges Jahr für Bayern. Wir wissen, dass der Ministerpräsident in seiner Doppelfunktion auch noch die Aufgabe hatte, für die CSU zwei schwierige Wahlkämpfe zu meistern, nämlich bei der Europawahl und der Bundestagswahl. Wir hätten aber in diesem Jahr auch eine kraftvolle politische Führung gebraucht.

(Beifall bei der SPD)

Diese drei Kernziffern machen deutlich: Wir brauchen in Bayern eine aktive Wirtschaftspolitik. Sie ist gegenwärtig notwendiger denn je. Wir brauchen eine nachhaltige Wirtschaftspolitik, die auch auf neue Technologien setzt. Wir brauchen eine Förderung strukturschwacher Regionen. Vor allem dürfen wir den Nordosten unseres Landes nicht vom ökonomischen Fortschritt abkoppeln. Meine Damen und Herren, wer will denn von gleichwertigen Lebensbedingungen sprechen, wenn zum Beispiel in Bayerisch Eisenstein zwischen 1998 und 2008 fast 26 % der Einwohner abgewandert sind? In zehn Jahren ist dort ein Viertel der ganzen Bevölkerung abgewandert. In Feldkirchen ist im gleichen Zeitraum die Einwohnerzahl um knapp die Hälfte gestiegen. Meine Damen und Herren, wie kann man hier von einer regionalwirtschaftlichen Ausgewogenheit Ihrer Politik sprechen, auch angesichts der Wirtschaftspolitik einer unverbesserlich marktgläubigen FDP?

(Beifall bei der SPD)

Ich sage: Wir brauchen Zukunftsperspektiven für die kommunale Wirtschaft. Das werden Sie zwar einerseits nicht bestreiten, aber andererseits belasten Sie kommunale Betriebe nun mit dem vollen Mehrwertsteuersatz. Darüber hat der Ministerpräsident heute natürlich geschwiegen. Kein Wort war heute von Ihnen zu den beschlossenen höheren Müll- und Abwassergebühren zu hören, die zu bezahlen sind, wenn Schwarz-Gelb den kommunalen Unternehmen die volle Mehrwertsteuer abverlangt.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe darin einen versteckten Angriff auf die kommunale Daseinsvorsorge. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir befürchten, dass der Frontalangriff mit der im Koalitionsvertrag angekündigten Abschaffung der Gewerbesteuer kommen wird. Die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth - sie weist bekanntermaßen zur SPD keinerlei Nähe auf - spricht von einer Demontage der kommunalen Selbstverwaltung.

Herr Ministerpräsident, Sie haben ausgeführt, dass Sie bei der Beherbergung einen neuen Steuertatbestand schaffen werden. Das ist eine Sonderbehandlung. Wir werden genau hinsehen, ob damit auch Investitionen in die bayerische Hotellerie verbunden sind, ob sich die Qualität im Tourismus erhöht und ob die Löhne in der Branche steigen werden. Irgendwie passt das aber nicht zusammen. Sie erhöhen die Steuern bei den kommunalen Unternehmen, bei der Beherbergung setzen Sie sie jedoch wieder herunter. Hier die Steuern rauf, dort die Steuern herunter. Meine Damen und Herren, das ist doch kein stringentes Steuerkonzept.

(Beifall bei der SPD - Alexander König (CSU): Bei der SPD gehen die Steuern nur rauf!)

Auch in der Wirtschaftspolitik gibt es keine klare Linie. Die FDP will keinen Ladenschluss. Bei der CSU weiß man das noch nicht. Ich glaube, sie ist dafür. Herr Zeil will 100 Millionen Euro für sein Haus. Herr Fahrenschoen winkt ab. Herr Thalhammer von der FDP will an stillen Feiertagen bis morgens um 3 Uhr tanzen, als hätten wir in Bayern gegenwärtig keine größeren Probleme.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, problematisch wird es dann, wenn die Streitereien in der Koalition auf dem Rücken von Unternehmen und Beschäftigten ausgetragen werden. Bei der Frage nach möglichen Staatshilfen für die von der Quelle-Insolvenz hart getroffene Region Nürnberg-Fürth warfen sich Regierungsmitglieder wochenlang gegenseitig Inkompetenz, Versäumnisse und Wortbruch vor. Herr Zeil, Sie waren mit der Situation überfordert. Das sind nicht meine Worte. Sie kennen diese Worte. Es war Ihr Kabinettskollege Dr. Markus Söder, der Ihnen dies attestiert hat. Heute ist er nicht da. Der CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt hat noch einmal nachgelegt: Frau Leutheusser-Schnarrenberger sollte lieber ihren FDP-Minister Zeil zu mehr Leistung motivieren, damit dieser endlich einmal aus den Pantoffeln komme. Für leistungslose Politik bekomme die FDP von der CSU kein Lob.

(Thomas Hacker (FDP): Aber vom Wähler!)

- Meinetwegen vom Wähler, wenn Sie das so sehen wollen.

Es gibt aber noch einen Dritten, der sich hierzu geäußert hat, nämlich der Ministerpräsident höchstpersönlich. Dieser hat Herrn Zeil ein Zwischenzeugnis ausgestellt: "Professionell ist so etwas nicht." Das war ein wörtliches Zitat. Dieses Zwischenzeugnis ist ernüchternd.

(Ministerpräsident Horst Seehofer: Das habe ich korrigiert!)

Herr Ministerpräsident, ich frage Sie: Sie haben einen Minister, der nicht aus den Pantoffeln kommt und von dem Sie sagen, er sei nicht professionell. Warum haben Sie Herrn Zeil eigentlich nicht entlassen? In anderen Kabinetten heißt es: Der ist unprofessionell. Der muss weg.

(Beifall bei der SPD - Harald Güller (SPD): Entweder zählt die Leistung oder nicht!)

CSU und FDP werfen sich wechselseitig Wählertäuschung vor. Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter halten sich gegenseitig für überfordert und für ihr jeweiliges Amt ungeeignet. Meine Damen und Herren hier im Hohen Hause, ich frage Sie: Wer von den beiden hat eigentlich recht?

(Zurufe von der SPD: Beide! - Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

"In der Koalition kracht es gewaltig" schrieb die "Augsburger Allgemeine" im August. "Der Feind in meinem Bett" titelte der "Münchener Merkur" am 24. August dieses Jahres. "Schwarz-gelbe Koalition streitet wie nie zuvor" schrieb die "Süddeutsche Zeitung". Die "Mittelbayerische Zeitung" hat ebenfalls, wie ich finde, eine sehr schöne Überschrift gefunden: "CSU und FDP pöbeln weiter". Eine weitere Überschrift: "Streit zwischen CSU und FDP verschärft sich - Bayern vor Regierungskrise". Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort Nachhaltigkeit in den letzten Monaten - insbesondere im Wahlkampf - reichlich überstrapaziert. Wirklich nachhaltig ist nur die Zerstrittenheit in Ihrer Koalition.

(Beifall bei der SPD)

Auch in Berlin waren die Koalitionsverhandlungen, wie man hört, offenbar schwierig. "Jeder, bloß nicht die Ilse" raunte es auf den Fluren bei den Koalitionsverhandlungen. Es sollte bloß keiner aus der CSU ins Agrarministerium. Das war offensichtlich der Hilferuf der CSU an die Kanzlerin: Nein, wir wollen für die bayerischen Bauern keine Verantwortung übernehmen. Das ist uns alles zu heiß. Bitte nicht mehr die CSU ins Agrarministerium. Die Kanzlerin hat Sie offensichtlich nicht erhört. Die

Ratlosigkeit der CSU bleibt im Amt. Ilse Aigner bleibt Agrarministerin.

Herr Ramsauer, dem der Parteichef, Medienberichten zufolge, vor einiger Zeit nicht einmal genug Zugkraft bescheinigen wollte, als Spitzenkandidat für die Bundestagswahl ins Rennen zu gehen, wird nun Verkehrsminister. Er hat auch gleich den ersten Vorschlag zur Finanzierung der Steuergeschenke gemacht, nämlich die Ramsauer-Maut. Das ist der CSU-Straßenzins, der dem Flächenstaat Bayern besonders viel Geld einbringt, der allerdings unökologisch und unsozial ist. Herr Ramsauer hat diesen Vorschlag auch schon einen Tag später wieder zurückgenommen. Er hat sich zu allen möglichen Ladenhütern der deutschen Verkehrspolitik geäußert, allerdings nicht zu den wichtigen Zukunftsfragen.

Von Januar bis September 2009 wurden über 550.000 Pkw neu zugelassen, davon nur ganze 17 mit Elektroantrieb. Das wäre ein Thema für Herrn Ramsauer. Darum sollte er sich kümmern. Ich sage: Die Verkehrspolitik des neuen Ministers darf nicht zulasten einer zukunftsorientierten Mobilität, zulasten der Umwelt und zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Transport und der Logistik gehen. Da gibt es auch noch einen weiteren Minister, nämlich Herrn Karl-Theodor Freiherr von und zu Guttenberg. Als Verteidigungsminister wird er keine Massekredite mehr vertrödeln können. Wir erwarten aber von ihm eine Strategie, bis wann die Bundeswehr aus Afghanistan abgezogen werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Die afghanischen Sicherheitskräfte sollten bis 2013 soweit aufgebaut sein, dass die Grundlagen für einen Abzug geschaffen sind. In Wahrheit ist es auch kein Zufall, dass K.T. - so nennt er sich selbst - 5.000 Kilometer weit entfernt von Bayern Politik machen darf. Ich sage: K.T. ist weg und H.S. ist froh. Das ist doch die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD)

Eines ist auch klar: Die 124 Seiten des Koalitionsvertrags haben auf Horst Seehofer offensichtlich wie ein kleiner Hormonschub gewirkt. Für kurze Zeit war die allgegenwärtige Amtsmüdigkeit des Ministerpräsidenten fast vergessen. Er kündigte an, 2013 noch einmal zwei weitere Verträge mit der FDP unterschreiben zu dürfen oder zu wollen - im Freistaat und im Bund. Das war gleich ein doppelter Schock. Zum einen ist das der Abschied von der absoluten Mehrheit der CSU, und zum anderen ist in die CSU-Mitglieder auch noch ein kleiner Schreck gefahren: Der Ministerpräsident tritt durch die Hintertüre noch einmal als Ministerpräsident an.

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass die Politik von Herrn Horst Seehofer auf den schnellen Augenblick ausgerichtet ist. Langfristig angelegt ist offensichtlich seine Karriereplanung. Sonst steht er für das stetige Hecheln nach kurzfristigen politischen Erfolgserlebnissen. Was für Manager der Quartalsbericht ist, sind für ihn Umfragen und Zeitungsmeldungen. Die Kurzfristigkeit des Shareholder Value in der Wirtschaft findet ihre Parallele in der Politik und im Handeln der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die mangelnde Nachhaltigkeit, die ich schon einige Male kritisiert habe, spiegelt sich auch in der Umweltpolitik wieder. Markus Söder, das fränkische Brennelement der CSU - er ist heute leider nicht hier -, ist ein Umweltminister, der von sich sagt, er stehe für die Bewahrung der Schöpfung ein. Gleichzeitig kämpft er aber für die Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken. Jeden Tag entstehen alleine in bayerischen Kernkraftwerken 400 Kilogramm Atommüll aus Brennelementen. Darunter sind vier Kilogramm hoch giftiges Plutonium. Diese Zahlen sollten uns wirklich veranlassen, darüber nachzudenken, ob es Herr Minister Söder wirklich so mit der Nachhaltigkeit seiner Umweltpolitik meint.

(Beifall bei der SPD)

Wer die Laufzeit von Atomkraftwerken verlängert, wer den Atomkonsens infrage stellt, wer einen jahrzehntelangen gesellschaftlichen Großkonflikt aufs Neue heraufbeschwört, wer das Endlagerproblem simplifiziert und in Bezug auf Gorleben dogmatisiert, wer die Energiewende behindert, wer Investitionen in erneuerbare Energien erschwert, wer für eine Generation Atomstrom den nächsten 30.000 Generationen der Menschheit mit Atommüll eine schwere Hypothek auferlegt, der hat als Umweltminister jegliche, aber wirklich jegliche Glaubwürdigkeit verspielt, sollte er sie jemals gehabt haben.

(Beifall bei der SPD)

Markus Söder ist ein Umweltminister, der hoch gefährlichen Atommüll aufhäuft wie sein Sitznachbar Schulden. Heute sitzen sie allerdings nicht nebeneinander, weil Herr Söder nicht da ist. Diese Regierung verkörpert das Gegenteil von Nachhaltigkeit.

Bleiben wir bei Georg Fahrenschon. Auch er macht Schlagzeilen: Rekordschulden, Milliardenhaushaltsloch hausgemacht. Er gibt widerwillig unbrauchbare Auskünfte zur Landesbankaffäre. Er verbreitet widersprüchliche Meldungen - gestern so, heute ganz anders. Hinzu kommt, dass der Finanzminister den Ministerpräsidenten eigentlich hätte warnen müssen: Halt, bis hierhin und keinen Schritt weiter! Ein bisschen

Bernd Weiß hätte Ihnen gut getan, Herr Fahrenschon. Sie sollten auch mal dem Ministerpräsidenten die Stirn zeigen und sagen, nein, das geht nicht mehr, das können wir nicht mehr machen. Sie dürfen das nicht erst dann tun, wenn es schon zu spät ist. Das Ja in Ihrem Amt ist kompliziert.

(Margarete Bause (GRÜNE): Er will halt noch länger Minister bleiben!)

Wir hätten von Ihnen erwartet, dass Sie regulierende Positionen als Konsequenz aus der Wirtschafts- und Finanzkrise in die schwarz-gelben Papiere mit einfließen lassen. Ganz offensichtlich werden aber die für die Finanzkrise Verantwortlichen nicht an den Folgekosten dieser Krise beteiligt. Es gibt keine Börsenumsatzsteuer und keine Tobin-Steuer. Die Managergehälter werden nicht ernsthaft eingeschränkt. Es gibt keinerlei Instrumente zur Eindämmung der Spekulation. Herr Fahrenschon, dazu hätten wir von Ihnen etwas erwartet. Es kam nichts.

(Beifall bei der SPD)

Ich rufe es noch einmal in Erinnerung: Eine solide Finanzpolitik, die Bewahrung der natürlichen Ressourcen, eine wertgebundene soziale Marktwirtschaft. Herr Ministerpräsident, Ihre Politik wird diesen Zielen nicht gerecht, sie läuft Ihnen sogar zuwider.

Ich komme nun zum Fazit meiner Ausführungen. Der Koalitionsvertrag atmet die Mentalität der Kanzlerin: Hauptsache, ich regiere. Er atmet den unbedingten Machtwillen eines Guido Westerwelle und die populistische Kurzatmigkeit von Horst Seehofer.

(Beifall bei der SPD)

Der Koalitionsvertrag hat keinen zentralen Leitgedanken. Eine Überschriftensammlung aus wohlklingenden Marketingbegriffen ist sicher kein in sich konsistenter Politikentwurf für die nächsten Jahre und Jahrzehnte. Der Koalitionsvertrag ist ein Schuldenvertrag. Er schafft in weiten Teilen mehr Probleme, als er löst. Die Trends sind erkennbar: Privat vor Staat, Eigensinn vor Solidarität. Die neue Bundesregierung - soviel scheint festzustehen - lässt das soziale Klima in Deutschland und in Bayern kälter werden. Der Koalitionsvertrag ist ein Dokument der vertagten Probleme. Wenn ich nicht mehr weiter weiß, schaffe ich einen Arbeitskreis. Die Probleme werden mit der Zeit jedoch nicht kleiner. Die damit verbundenen Kosten werden gewiss nicht geringer.

Wir Sozialdemokraten werden aus einer konstruktiven Opposition heraus die Schwachstellen der schwarz-gelben Politik sowohl im Bund als auch hier im Freistaat aufzeigen. Wir werden uns kraftvoll für eine lückenlose Aufklärung einsetzen, wenn wie etwa bei der Landes-

bank offensichtlich schwere Fehler gemacht werden. Meine Fraktion wird eigene Konzepte einbringen und dort, wo es sinnvoll und notwendig erscheint, mit der Staatsregierung auch kooperieren. Ich denke an die Gewährleistung schneller und unbürokratischer Hilfen in der Region Nürnberg-Fürth und auch an andere Fragen. Selbstverständlich stehen wir für den Dialog bereit.

Eines werden wir ganz sicher nicht tun: Die SPD steht nicht für ein Streichkonzert im Sozialhaushalt und im Bildungshaushalt zur Verfügung.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind hier im Hohen Haus das Sprachrohr derer, die auf ihre Probleme und Notlagen nicht immer selbst aufmerksam machen können.

(Zuruf von der CSU: Wir auch!)

Wir verstehen uns auch in Zukunft als programmatischer Schrittmacher in der bayerischen Bildungspolitik. In der Umweltpolitik werden wir außerparlamentarisch auch jene unterstützen, die gegen die Atomkraft mobil machen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der GRÜNEN)

Zum Abschluss darf ich noch folgendes sagen: Frau Bundeskanzlerin Merkel und der neuen Bundesregierung wünschen wir trotz des Koalitionsvertrags, der unseres Erachtens nicht nur Gutes verspricht, eine glückliche Hand. Es geht um unser Land. Es geht um die Zukunft von Deutschland und es geht um Bayern.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Auf die Regierungserklärung wird für die Freien Wähler Herr Kollege Aiwanger erwidern.

Hubert Aiwanger (FW): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich kommentiere den schwarz-gelben Koalitionsvertrag mit den Auswirkungen auf Bayern, ergänzt durch die Regierungserklärung von Herrn Ministerpräsident Seehofer. Sie haben Ihren Koalitionsvertrag mit "Wachstum, Bildung und Zusammenhalt" überschrieben. Richtiger wäre es gewesen, das Wort "Entsolidarisierung" darüberzuschreiben.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Entsolidarisierung hätte alles das getroffen, was wir in den Zeilen oder zwischen den Zeilen des Koalitionsvertrags wiederfinden.

Aufgefallen ist mir auch, dass dieser Koalitionsvertrag wahrscheinlich nur von einer handvoll Steuerberatern geschrieben worden ist. In erster Linie findet man nur Ausführungen zur Steuerpolitik. Man meint, durch das Drehen an Steuerschrauben Deutschland retten zu können. Ein sehr viel breiteres Angebot an politischen Lösungsansätzen ist nötig, um Deutschland und Bayern aus dem herauszumanövrieren, wo wir momentan drinstecken. In der Rede des Herrn Ministerpräsidenten zeigte sich, dass er ratlos hin- und herpendelt zwischen dem eisernen Sparwillen und dem unbedingt nötigen Investieren. Auf der einen Seite wurden die 100 Milliarden Euro schweren Konjunkturprogramme beschworen, auf der anderen Seite im nächsten Satz der eiserne Sparwille.

Meine Damen und Herren, wenn man nur mit diesen beiden Rezepten arbeitet, wird man das nötige Rezept nie finden. Das ist vergleichbar mit der Situation, dass sich eine Dame für einen Ball kleiden will, weil sie tanzen gehen will, und nur einen Badeanzug und einen Pelzmantel hat.

(Beifall und Heiterkeit bei den Fraktionen der Freien Wähler, der SPD und der GRÜNEN)

Nimmt sie den Badeanzug, ist sie zu dünn gekleidet, nimmt sie den Pelzmantel, dann ist sie zu dick gekleidet. Dass das richtige Kleid nicht im Kleiderschrank hängt, ist ihr nicht aufgefallen. Sie machen es wie die Dame und probieren nur zwei Dinge.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Meine Damen und Herren, mit diesem Bild begeben Sie sich in die Auseinandersetzung um die Zukunft unseres Staates. Sie versuchen durch Drehen an den Steuerschrauben die Situation zu retten. Zum Ziel kommen werden Sie damit nicht. Das ist so sicher wie das Amen in der Kirche.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Wir Freien Wähler denken von der Basis her, wenn wir Lösungsansätze suchen.

(Zurufe von der CSU)

Im Koalitionsvertrag steht eine halbe Seite zum Thema Kommunen. In der schriftlichen Vorlage zur Rede des Herrn Ministerpräsidenten - das sollten Sie an die Redenschreiber weitergeben - habe ich das Wort "Kommunen" kein einziges Mal gefunden. Zu Ihrer Ehrenrettung kann ich sagen, dass Ihnen in der freien Rede das Wort "Kommunen" über die Lippen gekommen ist. Ihren Redenschreibern und Einflüsterern ist es nicht in den Sinn gekommen, die Kommunen zu nennen, wenn von der Zukunft Bayerns gesprochen und wenn davon ge-

redet wird, wie es in unserem Land weitergehen soll. Meine Damen und Herren, das ist beschämend.

(Beifall bei den Freien Wählern - Jörg Rohde (FDP): Er ist Ministerpräsident und kein Bürgermeister!)

Damit kann die CSU ihren Wahlspruch "Keine Macht den Landräten" mit dem Satz ergänzen "Alle Last den Kommunen, sie aber bitte nicht erwähnen". Mit Ihrer Politik blenden Sie die Kommunen aus, belasten sie aber massiv. Darin sind sich Schwarz und Gelb einig, wenngleich sie sich ansonsten gerne in die Haare kriegen. Wenn es darum geht, einen unbeteiligten Dritten zu belasten, sind sie sich wieder einig. Den Kommunen die Lasten aufgebürdet, nicht darüber geredet - dann ist die Welt für Sie in Ordnung.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, die etwa 360 Millionen Euro zusätzliche Belastungen für Bayern, die Sie uns vorrechnen, werden zu wenig sein. Der Ministerpräsident hat die Belastungen aus der Regierungszeit von Schwarz-Rot schon ins Feld geführt mit rund 14 Milliarden Euro. Die Steuermodelle, die 24 Milliarden Euro bringen sollen, sind im Prinzip kaum erwähnenswert. Rechnet man das auf die Länder und Kommunen um, werden bei dem Einkommensteueranteil von 42,5 % die Länder leiden. Je 100 Euro Mindereinnahmen fehlen den Ländern 42,5 Euro. Die Kommunen werden mit dem Einkommensteueranteil von 15 % auch massiv belastet.

(Zurufe von der CSU)

Die von Ihnen vorgeschlagene Steuerreform geht eindeutig zulasten der Länder und Kommunen. Gegenfinanzierung? - Fehlanzeige. Sie spielen das Spiel weiter. Die Steuereinsparungen werden die Länder und Kommunen entweder zu neuen Schulden, zu Leistungseinschränkungen zuungunsten der Bürger oder zur Erhöhung der Beiträge für die Kindergärten, die Schwimmbäder, die Müllabfuhr und dergleichen mehr zwingen. Den Bürgern wird in der linken Tasche ein bisschen mehr belassen und aus der rechten Tasche wird es ihnen sofort wieder genommen. Das ist ein Nullsummenspiel. Es ist schade um die Zeit. Man tritt auf der Stelle.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Sie haben sogar die Gewerbesteuer infrage gestellt. Reden Sie mit den kommunalen Spitzenverbänden. Sie springen im Dreieck, wenn sie davon hören. Sie wissen, dass sie Ihnen nicht mehr über den Weg trauen können, obwohl Sie versprechen, dass die Gewerbesteuer durch höhere An-

teile an anderen Steuern ersetzt wird. Das glaubt mit gutem Recht niemand mehr. Lassen Sie die Finger von der Gewerbesteuer, sofern Sie keine tausendprozentige Lösung haben. Diese ist nicht in Sicht. Diese Steuer wird nach Kassenlage gewährt werden oder auch nicht. Auf alle Fälle können sich die Kommunen nicht darauf verlassen.

Das Konnexitätsprinzip ist im Koalitionsvertrag angesprochen. Sie haben das richtige Wort gewählt. Es ist aber nur zwischen den Zeilen zu finden. Die Inhalte zu diesem Thema fehlen. Es fehlen die konkreten geistigen Unterstützungen, um das Konnexitätsprinzip zu leben.

Die Belastung der Kommunen reicht weiter. Aktuell sind die ständig sich erhöhenden Ausgaben für die Grundversicherung. Dazu wurden Kürzungen des Bundes in den Raum gestellt. Der Schlüssel sind die Bedarfsgemeinschaften. Diese sind in den letzten Monaten zwar zurückgegangen, nicht aber die Kosten, weil die Energiekosten gestiegen und die Mieten hoch geblieben sind. Auch mit diesem Problem lässt man die Kommunen allein. Man weist ihnen weniger Geld zu, obwohl die Ausgaben mindestens gleich bleiben, wenn nicht steigen.

Wie geht es aus kommunaler Sicht weiter? - Sie haben den Wehr- und damit auch den Zivildienst auf sechs Monate gekürzt. Darüber kann man verschiedener Meinung sein. Aus Sicht des Wehrdienstes wird argumentiert, dass mehr Leute einberufen werden könnten, was die Möglichkeit bietet, eine größere Anzahl Längerdienende zu rekrutieren. Das ist die eine Sicht. Allerdings kann man in sechs Monaten nicht sehr viel mehr lernen als die Stiefelbänder richtig zu binden. Dann sind die sechs Monate vorbei.

(Thomas Kreuzer (CSU): Brauchen Sie so lange?)

- Ich war dabei, ich weiß das. Ich weiß nicht, ob Sie dabei waren, Herr Kreuzer.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Waren Sie dabei? - Er ist rot geworden. Er war anscheinend nicht dabei.

(Heiterkeit und Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, zur Auswirkung auf den Zivildienst sagen die Sozialverbände, dass damit kein hochqualifizierter Ausbildungsprozess eingeleitet werden könne. Ein Zivildienstleistender wird drei bis vier Monate ausgebildet und muss dann bald wieder entlassen werden. Für die minder qualifizierten Arbeiten werden dann Abiturienten eingesetzt werden müssen,

die das Essen ausfahren und dergleichen mehr. Für die Kommunen ist zu erwarten, dass die Sozialausgaben steigen werden. Das ist in den Berechnungen noch nicht enthalten.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Im anderen Fall müssen schlechtere soziale Dienstleistungen und die Vergrößerung des Pflegeproblems in Kauf genommen werden. Der Koalitionsvertrag bietet keinen Lösungsansatz. Darin werden auch nicht die 100.000 osteuropäischen Schwarzarbeiterinnen in der Pflege erwähnt. Wir brauchen eine durchschlagende Lösung für den Bereich der Pflege, für die vielen zusätzlichen alten Leute, die menschenwürdig betreut werden müssen. Dafür fehlt der Lösungsansatz.

Zur Bildungspolitik: Im Koalitionsvertrag sprechen Sie durchaus davon, den Anteil der Akademiker steigern zu wollen, weil mehr Studienabgänger benötigt werden. Sie entwickeln dazu ein hoch kompliziertes Stipendientensystem, wonach künftig nicht nur 2 %, sondern 10 % der Studierenden ein Stipendium erhalten sollen, wobei die Wirtschaft einbezogen werden soll. Sie soll dafür spenden.

Meine Damen und Herren, in Bayern gibt es nach wie vor Studiengebühren, was die Auswirkung hat, dass etwa 17.000 junge Menschen - genau wird man es nie wissen - wegen der Studiengebühren auf das Studium verzichtet haben.

(Zuruf von der Regierungsbank: So ein Schmarren!)

Im Koalitionsvertrag steht, Sie möchten mehr Studierende.

(Zurufe von der CSU)

Dazu fehlt der Lösungsansatz. Hier gibt es Widersprüche.

(Zurufe von der CSU und der FDP)

- Schreien Sie nur weiter so! - Was Sie völlig vergessen - schreien Sie nur ruhig weiter so -, ist der zunehmende Exodus der Hochqualifizierten aus unserm Land. Immer mehr gut ausgebildete Leute verlassen Deutschland. Ich hoffe, Sie schaffen es, diese Auswanderungswelle zu stoppen, weil es nichts nützt, wenn wir immer mehr Abiturienten und Studierende erzeugen, die im Anschluss wegen schlechter Rahmenbedingungen, sei es im Bereich der Medizin, sei es im Bereich des Ingenieurwesens, sei es im Bereich der Wirtschaft und so weiter ins Ausland gehen.

Hier halte ich Ihnen zugute, dass Sie im Bereich der Wirtschaft und Wissenschaft ernsthafte Anstrengungen unternehmen, um ein wirtschaftsfreundliches - "Klimapolitik" hätte ich fast formuliert - Klima für die Wirtschaft zumindest anzustoßen. Was wirklich herauskommt - wir werden uns überraschen lassen müssen. Ihr Hang zur Lobbypolitik ist unübersehbar. Der Mittelstand ist deutlich unterrepräsentiert in diesem Bereich. Es geht viel Richtung Lobbypolitik. Steuerentlastung für die Großen ist das große Schlagwort. Der Mittelstand wird nicht so groß davon profitieren. Das ist meine Sorge. Bürokratie, Einsparungswünsche in aller Ehren. Wir hoffen, dass Sie sich durchsetzen. Ich wünsche Ihnen dabei alles Gute. Es ist zumindest ein ernstzunehmender Ansatz. Viele, auch zu unterschreibende Lösungsansätze für weniger Bürokratie, das halte ich Ihnen zugute.

Thema Landwirtschaft: Es wird als der große Lösungsansatz die grüne Gentechnik hoch gelobt. In Bayern sind wir auf dem Weg: Keine grüne Gentechnik. Im Koalitionsvertrag öffnen wir Tür und Tor für die grüne Gentechnik und schreiben noch dahinter, dass das auch der Lösung des Welthungers diene. Meine Damen und Herren, das glaubt Ihnen heute niemand mehr,

(Beifall bei den Freien Wählern, der SPD und den GRÜNEN)

dass sich die Gentechnikkonzerne um die Bekämpfung des Welthungers bemühen. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn man genau hinschaut: Wo die ihre Spuren hinterlassen, da wächst in der Regel kein Gras mehr. Ob das Problem des Welthungers damit gelöst würde, das wage ich mehr als zu bezweifeln.

Zu unterstützen ist Ihr plötzliches neues Verhältnis zum Thema Bioenergie. Schwarz mit Rot war ja dabei, die Biokraftstoffe so hoch zu besteuern, dass sie nicht mehr konkurrenzfähig gewesen sind. Jetzt schreiben Sie gewissermaßen Wort für Wort die Freie-Wähler-Politik ab, die besagt: Wir brauchen Planungssicherheit, und wir brauchen Rahmenbedingungen, damit die erneuerbaren Energien eine Zukunft haben inklusive der Biokraftstoffe. Sie haben die Biokraftstoffbranche über viele Strecken bereits ruiniert.

(Beifall bei den Freien Wählern und des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Von 600 Betrieben ist schon etwa die Hälfte bankrott, bereits ruiniert. Jetzt versuchen Sie zu retten, was noch zu retten ist. Ich hoffe, es gelingt. Für viele ist es leider schon zu spät. Sie haben zu lange den Lobbyisten der Mineralölindustrie Ihr Ohr geschenkt und nicht denjenigen, die draußen betroffen waren und diese Technik einführen wollten.

Bioenergie - ich hoffe, es kommt hier ein Kurswechsel. Der ist bei der Besteuerung höchst überfällig. Ansonsten traue ich Ihnen nicht über den Weg. Die erneuerbaren Energien werden weiterhin das Stiefkind Ihrer Politik sein, weil Sie diese Entwicklung nicht zulassen wollen. Sie haben Ihr Herz bereits anderen Lobbyisten geschenkt. Man wird die erneuerbaren Energien vielleicht noch dulden, aber man wird sie nicht ernsthaft zum Durchbruch bringen. Könnte ja anderen schaden.

Ich honoriere Ihre Anstrengungen für die Milchbauern auf der einen Seite, indem Sie das Grünlandprogramm mit 500 Millionen Euro auflegen, indem Sie auch in die Sozialkassen mehr Geld stecken wollen. Das ist richtig so. Es ist leider nur die logische Folge einer Verwerfung in der Marktpolitik, die logische Folge des Zusammenbruchs des Milchmarktes, den auch eine CSU mit verschuldet hat.

(Widerspruch bei der CSU)

Auch eine CSU hat sich für die Erhöhung der Milchquote im Jahr 2007 eingesetzt, hat dafür in Brüssel die Hand gehoben. Als es dann zu spät war, hieß es, jetzt können wir es nicht mehr rückgängig machen, jetzt haben wir keine Mehrheiten mehr. Aber auch Sie waren damals dabei, als es erstmals darum ging, diese Quote zu erhöhen.

(Alexander König (CSU): Unwahrheiten werden durch Wiederholung nicht wahr!)

Damit ist unter anderem der Markt ruiniert worden. Das kann man so deutlich sagen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Ihre Lösungsansätze zu den milchpolitischen Problemen im Koalitionsvertrag laufen ins Leere.

(Ein Abgeordneter der CSU meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Ich lasse keine Zwischenfragen zu. Sie können das anschließend Ihrem Kollegen sagen. Der hat auch 45 Minuten lang Zeit.

Meine Damen und Herren, Ihre Lösungsansätze zur Milchpolitik gehen ins Leere. Man hat sich damit abgefunden, dass man sich von jeder Mengensteuerung verabschiedet, dass man alles dem Freien Markt überlässt. Es gibt keinen Ansatz, wie man die Menge in Zukunft steuern will. Das wird mit keinem Wort erwähnt. Genauso wenig wie der ländliche Raum als solches. Sechs Zeilen von 134 Seiten stehen im Koalitionsvertrag zum ländlichen Raum. Ein Schwerpunkt der Regionalpolitik, ein Schwerpunkt angeblich der Politik der

Staatsregierung. Der ländliche Raum ist im Koalitionsvertrag nicht vorhanden.

Der letzte Satz lautet zumindest: Die Breitbandinitiative: Der Bund will sich bemühen um den Breitbandausbau und will eine Verzahnung zwischen den Initiativen des Bundes und der Länder zum Thema Breitbandausbau. Das hört sich schön an. Aber auch hier will ich ein Bild prägen, meine Damen und Herren. Die Verzahnung von Bund und Land - wenn denn etwas da wäre. Das ist dasselbe, wie wenn sich zwei 90-Jährige ohne Zahnersatz einen Kuss geben. Die greifen auch ins Leere.

(Heiterkeit - Alexander König (CSU): Davon verstehen Sie am meisten! Experte für zahnloses Küssen!)

Verzahnung von Bund und Land ohne Zähne.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, da sage ich nur, Hut ab, da wird nichts herauskommen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Der ländliche Raum verdient auch in der bayerischen Politik mehr Unterstützung. Dass hier vom Bund nichts kommt, überrascht nicht weiter. Wir hoffen, dass in Bayern mehr kommt. Aber leider kommt auch aus Bayern nichts.

Jugendpolitik. Meine Damen und Herren, die Verschärfung des Jugendstrafrechts, die Erhöhung der Strafhöchstdauer bei Mord von zehn auf 15 Jahre - darüber kann man diskutieren. Es wird aber leider viele Probleme nicht lösen.

Ich will es auf den Punkt bringen: Sie haben wohl das Problem erkannt, dass die Jugendkriminalität angegangen werden muss. Aber der Präventionsgedanke ist verkümmert. Man setzt auf den Warnschussarrest, der eine gewisse Legitimation hat. Man setzt auf höhere Strafen. Man setzt aber nicht auf die Stärkung der Sozial- und Jugendämter, auf die Prävention, um diese Leute gezielt frühzeitig herauszuholen. Im Gegenteil, diese Initiativen werden in Zukunft sogar abgewürgt werden. Wenn die Kommunen finanziell schlechter dastehen, wird in der Prävention erfahrungsgemäß zuvorderst gespart, und übrigbleiben wird nichts mehr.

Ich glaube, eines der großen Politikfelder der Zukunft ist die Jugendpolitik. Von der Bildung bis zur Prävention Perspektiven für die Jugendlichen - die haben Ihre Steuerberater leider vergessen, als Sie diesen Koalitionsvertrag zusammengeschrieben haben. Da steht viel zu wenig drin.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Meine Damen und Herren, Sie haben ein weiteres Thema vergessen, das Sie im Europawahlkampf seitens der CSU und der FDP immer wieder in den Mittelpunkt gestellt haben. Volksbeteiligung, Bürgerbeteiligung, Volksabstimmungen zu europäischen Themen. Das hat der Herr Ministerpräsident immer wieder formuliert. Er wollte sich einsetzen für plebiszitäre Elemente, für die Volksabstimmung zu europäischen Themen. Nicht eine Zeile findet sich davon im neuen Koalitionsvertrag.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Nicht eine Zeile für mehr Bürgerbeteiligung. Warum? Weil man das Volk fürchtet.

(Alexander König (CSU): Das ist alles Quatsch!)

Wir haben heute einen Film angeschaut nach dem Motto: "Wir sind das Volk". Sie fürchten das Volk. Sie versprechen vor den Wahlen, die Leute einzubeziehen. Aber Sie wollen keine Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene, weil Sie Angst haben, damit keine mehrheitsfähige Politik mehr betreiben zu können.

Da muss ich auch fragen, meine Damen und Herren, wie der Gesinnungswandel eingetreten ist. Man hat von schwarzer Seite immer auf die FDP heruntergeschaut, man hat sie als Leichtmatrosen bezeichnet. Auch den Westerwelle. Das war ja der Leichtmatrose. Heute ist er der Außenminister zur See, nicht mehr der Leichtmatrose, weil man mit ihm ins Koalitionsbett geschlüpft ist. Und plötzlich sind diese Themen weg.

(Alexander König (CSU): Nur kein Neid!)

Volksbegehren und diese plebiszitären Dinge haben Sie vergessen. Sie müssen in Zukunft wieder mehr auf die Leute hören. Sie müssen dieses Thema in den Mittelpunkt stellen. Sie müssen sich auf die Seite der Bürgerrechte stellen. Auch beim Thema Datenaustausch mit Amerika hat sich die FDP im Vorfeld groß auf die Brust geschrieben, der Datenaustausch im Bereich Flugverkehr, der von den Amerikanern gefordert wird, sei gegen alle Rechte, die es irgendwo gibt. Plötzlich sind es ein paar dünne Zeilen geworden, die so schwammig sind, dass man durchsieht und die Amerikaner weiterhin alles von uns verlangen können, was sie wollen. Von der FDP hört man hierzu nichts. Dieser Passus ist weggefallen. Es tut mir leid das sagen zu müssen, aber hier ist die FDP umgefallen, hier hat sie vergessen, was sie vorher versprochen hat.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Auch beim Themenkomplex Bürgerrechte und Datensicherheit, Internetdurchsuchung und dergleichen befindet sich die Koalition auf einem Schlingelkurs. Man weiß nicht genau, worauf Sie hinaus wollen. Die Gelben haben auf alle Fälle ihre Bürgerrechtsmentalität aufgegeben, die Schwarzen wollen weiterhin - das sage ich so deutlich - schnüffeln. Unterm Strich rausgekommen ist eine Position des Nicht-Genau-Wissens. Wenn man sich den gesamten Koalitionsvertrag durchliest, so steht das Wort "Evaluierung" auf jeder Seite; man will alles neu erforschen, tut so, vor allem auf Seiten der Union, als sei man völlig neu in die Regierungsverantwortung gekommen. Meine Damen und Herren Sie wissen. Vieles, Sie regieren seit Jahren mit, und jetzt wird plötzlich alles evaluiert und neu erforscht. Diese Koalition wird wieder vorbei sein, bis und der nächste Wahlkampf beginnt und die nächsten vier Jahre wieder anstehen. Bezüglich Bürgerrechte: Fehlanzeige, hier ist Gelb eingeknickt.

Gesundheitspolitik, Meine Damen und Herren, wird uns noch einiges an Aufgaben zu beißen geben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Wenn wir Zähne haben!)

- Wenn wir noch Zähne haben, das ist ein gutes Bild. - Meine Damen und Herren, hier gilt wie in keinem anderen Politikfeld das Stichwort der Entsolidarisierung: Sie wollen Leistungen runterfahren, Sie fordern auf allen Gebieten mehr private Teilhabe und mehr Eigenverantwortung. Eigene Verantwortung ist ja schön. Aber wenn Eigenverantwortung nur heißt, dass man selbst mehr bezahlt, wenn man eine vernünftige Leistung will, und auf der anderen Seite den Arzneimittelkonzernen mehr Rechte einräumt, Prävention abblockt, aber höhere Arzneimittelkosten in Kauf nimmt, dann ist die Gesundheitspolitik ein Harakiri, eine Entsolidarisierungsaktion sondergleichen. Der Einzelne wird mehr bezahlen müssen, so er sich das leisten kann; so er sich das nicht leisten kann, wird die Gesundheitspolitik in Zukunft auf eine Zweiklassenmedizin hinauslaufen: Leistungen werden eingeschränkt und am Ende geht der Weg eindeutig in Richtung medizinische Versorgungszentren, private Klinikketten. Dem wird Tür und Tor geöffnet und der Bürger wird seinem Schicksal überlassen. Das ist eindeutig das Ergebnis eures Koalitionsvertrages im Bereich der Gesundheitspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Freien Wählern - Thomas Hacker (FDP): Sie müssen eine falsche Fassung haben! Wir schicken sie Ihnen zu!)

- Ja, gerne.

Meine Damen und Herren, im Sozialbereich sind einige positive Ansätze zu sehen. Das sage ich eindeutig. Dass Hartz-IV-Empfänger mehr sollen hinzuverdienen

können, dass sie einen höheren Eigenkapitalanteil solen besitzen dürfen, bevor ihnen eine Leistung gestrichen wird, dass man versucht, über einen besseren Ausbau der Jobvermittlung, die Leute gezielt auf Arbeitsplätze zu vermitteln, das ist ein lobenswerter Ansatz. Darin mögen Sie richtig liegen. Ich hoffe, es kommt ein gutes Ergebnis heraus. Das wünsche ich uns allen. Warum? Weil uns die sozialen Folgekosten überrollen würden. Das, meine ich, ist der Kerngedanke der Politik für die nächsten Jahre: Wir müssen verhindern, dass uns die Sozialausgaben über den Kopf wachsen. Das Herumdrehen an Steuerschrauben, sodass wir ein paar Euro mehr einnehmen und ein paar Euro weniger ausgeben, wird es nicht sein. Wir brauchen leistungsfähige Leute, die das Bruttosozialprodukt der Zukunft erwirtschaften. Dazu haben Sie in der Bildungspolitik keine gezielten Ansätze, dazu haben Sie in der Steuerpolitik nichts Umwerfendes vorgeschlagen, sondern dazu versuchen Sie, in der Arbeitsmarktpolitik rein auf Wachstum zu setzen. Wir müssen die Jugendlichen unterbringen - das ist ein ganz wichtiger Ansatz - dort müssen wir uns etablieren.

Zur Finanzpolitik, meine Damen und Herren, um das abzurunden: Noch einmal, die Steuerpolitik allein wird uns nicht retten. Ihre Rechenmodelle werden am Ende nicht aufgehen, die Steuersenkungen werden nicht in entsprechender Höhe gegenfinanziert werden können. Ein Rechenmodell besagt, wir bräuchten die nächsten 20 Jahre lang ein Wachstum in Höhe von 4 %, um die zusätzlichen Schulden wieder reinzuarbeiten. Ob uns das jemals gelingen mag, meine Damen und Herren, steht wohl in den Sternen. Ich glaube, wir sind aufgrund des schwarz-gelben Koalitionsvertrages relativ ratlos. Das kann ich Ihnen so sagen.

Abschließend noch zur Verkehrspolitik. Auch hier finden wir aus unserer Sicht nicht unbedingt Dinge, die uns zu Hurra-Schreien veranlassen. Angesprochen wird unter anderem der Punkt Ausweitung von Nachtflugerlaubnissen, um wettbewerbsfähiger zu werden. Trifft das auch auf den Flughafen München zu? Wie geht es weiter mit dem Donauausbau? - Hierzu hat man zu Papier gebracht, dass man sich nicht einig ist, und hat nichts Konkretes hineingeschrieben. Auch hierzu gebe ich Ihnen den Tipp, mit den Betroffenen zu reden, bevor Sie Schnellschüsse veranlassen. In Bezug auf das Thema Pkw-Maut - das ist hier angesprochen - lässt man in regelmäßigen Abständen einen Versuchsballon starten und sagt immer wieder, vielleicht mit einer gewissen Berechtigung: Wir zahlen bei den anderen, warum sollen nicht auch sie bei uns zahlen? - Leider Gottes ist es aber so, dass wir zu über 90 % als deutsche Autofahrer selbst davon betroffen wären und jede Regelung ein großes Problem nach sich ziehen würde. Machen Sie nur eine Autobahnmaut, haben wir den Ausweichverkehr - den haben wir schon bei den

Lkw-Fahrern nicht im Griff -, machen wir die Vignetten, müssen wir die Polizei in Zukunft auf Pickerljagd schicken, wozu wir ohnehin zu wenig Beamte haben, machen Sie On-Board-Units mit teureren Erfassungsgeräten, dann frage ich mich, wie das mit dem Thema Datenschutz aussieht; wenn jeder Autobahnkilometer minutiös abgerechnet wird, dann ist das sicherlich auch nicht das, was wir wollen. Ich bin der Meinung, bei diesen Dingen müssen wir sehr genau nachdenken und nicht zuerst einen Versuchsballon starten, was Herr Beckstein damals vor der Landtagswahl versucht hat und was sehr schnell wieder in die Schublade gekommen ist, was Ramsauer erneut versucht hat. Dort wird nicht viel zu holen sein außer viel Bürokratie, viele Kosten für die Steuerzahler und viele blutige Köpfe. Also hier bitte äußerste Vorsicht. Konzentrieren Sie sich auf das Verkehrsnetz, das wir heute haben, ob es Kommunalstraßen sind, ob es Stadtstraßen sind, ob es ein gezielter Ausbau des Autobahnnetzes an der einen oder anderen Stelle ist. Bleiben Sie auf dem Teppich, vergaloppieren Sie sich nicht.

Meine Damen und Herren, damit glaube ich, in etwa das abgerundet zu haben, was sich in diesem Koalitionsvertrag wiederfindet. Noch einmal auf den Punkt gebracht: Eine Endsolidarisierung, einige Problemfelder nicht erkannt, die Themen Bildung und Jugend ausgeblendet, ansonsten verliert man sich in Nebulösem, und bei der Finanzierung steht alles unter Finanzierungsvorbehalt, also sind wohl viele dieser angekündigten Entlastungen, die auf der anderen Seite aber die Kommunen belasten werden, wahrscheinlich nur Papiertiger, hoffentlich nur teilweise, weil diese Probleme, die auf uns zukommen werden, von der Landesbank bis zum Rückzahlen der Konjunkturprogramme, uns massivst betreffen werden. Ich meine, Sie haben den großen Durchbruch für die Problemlösung in Deutschland nicht geschafft. Sie verlieren sich in Kleinigkeiten und verlieren das große Ganze aus den Augen. Wir müssen unsere Volkswirtschaft insgesamt leistungsfähiger für die Zukunft machen unter Einbeziehung der Kommunen, mit einer soliden Finanzpolitik von unten, mit einer guten Bildungspolitik, mit einer vernünftigen Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik, wo man mehr auf den Mittelstand als auf die Großkonzerne sieht, wo man mehr auf den Bürger sieht als auf die Lobbyisten. Dann wären wir gut aufgestellt. Wir sind die nächsten Jahre weiterhin hier und werden Ihnen dazu die Tipps geben. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei den Freien Wählern)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN hat sich nun Frau Kollegin Bause zu Wort gemeldet, bitte.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Was bedeutet der schwarz-gelbe Koalitionsvertrag für Bayern?

(Zuruf: Seien Sie gnädig!)

- Ich weiß nicht, ob ich es gnädig machen kann. Das können Sie später klären.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

Sie, Herr Seehofer, haben sich damit gebrüstet, dass dieses umfangreiche Werk ein Erfolg für Sie persönlich und ein Erfolg für die CSU sei. Dafür, muss ich ehrlich sagen, war Ihre Rede eben ein ziemliches Sammelsurium, matt und uninspiriert. Ein Erfolg würde sich für mich anders anhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie sieht das für die Menschen aus? Welche Perspektiven haben die Menschen in Bayern mit diesem Koalitionsvertrag? Wie sehen ihre Chancen auf Teilhabe aus? Wie sieht es für die zukünftigen Handlungsmöglichkeiten aus? Wie sieht es für die Lebensqualität der Menschen aus? Wie sieht es für den sozialen Frieden aus?

Schwarz-Gelb bedeutet für Bayern: mehr Schulden, und zwar mehr Schulden im Staatshaushalt und mehr Schulden in den Kommunen - das wurde heute schon vielfach erwähnt -, dafür weniger Gestaltungsspielraum für dringend notwendige Investitionen in die Bildung, in die Integration und den Klimaschutz. Schwarz-Gelb bedeutet für Bayern: mehr Atommüll, mehr Sicherheitsrisiko durch die Laufzeitverlängerung der AKW, aber dafür weniger Engagement bei den erneuerbaren Energien. Schwarz-Gelb bedeutet für Bayern: mehr Beton beim Straßenbau, bei der Flächenversiegelung, beim Donauausbau, dafür weniger Engagement für Umwelt- und Naturschutz. Schwarz-Gelb bedeutet für Bayern: mehr Ungerechtigkeit durch Steuergeschenke für Besserverdienende und höhere Beiträge für die Pflege-, Gesundheits- und Arbeitslosenversicherung für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dafür weniger Netto vom Brutto für Geringverdienende und überhaupt keine Verbesserung für Hartz-IV-Empfänger.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Schwarz-Gelb bedeutet mehr Unterstützung für Mittel- und Oberschichtsfamilien, aber noch weniger Chancen für Kinder am Rande der Gesellschaft. Dieser Koalitionsvertrag enthält nichts Zukunftsträchtiges, keine einzige Modernisierungsidee, kein identitätstiftendes Projekt, nicht irgendetwas Neues; dennoch haben Sie im Koalitionsvertrag dauernd "innovativ" geschrieben. Ich muss ehrlich sagen, ich habe in diesem Koalitionsver-

trag nicht den Hauch irgendeiner politischen Innovation entdecken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dieser Koalitionsvertrag enthält überhaupt keinen Mut für irgendeine Art neuer Aufgaben. Wenn man überhaupt von einer Grundlinie sprechen kann, dann ist es zum einen das Festhalten an alten Strukturen und die Befriedigung des dazugehörigen Klientels, zum anderen ein Wachstums- und Fortschrittsverständnis, eine Wachstums- und Fortschrittsgläubigkeit, die ich eigentlich nur mehr als gefährlich naiv bezeichnen kann. Spätestens nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, nach den Chemie- und Umweltkatastrophen, nach der Klimaveränderung und in der jetzigen Finanz- und Wirtschaftskrise kann man diese Wachstums- und Fortschrittsgläubigkeit doch nicht mehr vertreten, wie sie hier in jeder Zeile an den Tag gelegt wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine weitere Grundlinie ist die soziale Spaltung, eine Verschärfung der sozialen Spaltung, eine weitere Entsolidarisierung der Gesellschaft. Das Ganze ist dann garniert mit jeder Menge Nichtigkeiten, Nebensächlichkeiten und nichtssagenden Floskeln.

Erstens, Wirtschaft und Finanzen: Herr Seehofer, der unverantwortliche Steuersenkungspopulismus von Ihnen und der FDP verursacht bei den Finanzen des Landes und der Kommunen ein weiteres Desaster. Es jagt eh schon eine Horrormeldung die nächste: Steuerausfälle, Bürgerschaftsausfälle, Mehrausgaben im sozialen Bereich, dazu noch die täglich größer werdende Belastung durch das Debakel der Landesbank, durch den dubiosen Kauf der Hypo Group Alpe-Adria - HGAA -. Sie selber haben gesagt, es gibt schon ein Defizit von 1,4 Milliarden Euro für das nächste Jahr. Das könne man aber irgendwie ausgleichen. Ich bin gespannt, wie Sie das hinricksen wollen. Und damit nicht genug: Der Herr Fahrenschon hat immer noch eine Lieblingsidee: Er will angeblich die Erbschaftsteuer regionalisieren, um sie für Bayern zu reduzieren oder möglicherweise sogar abzuschaffen.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

Dann haben Sie nochmals fast 1 Milliarde Euro weniger im Haushalt. Wie wollen Sie denn dann den Haushalt überhaupt noch decken, geschweige denn, Mittel für wichtige Investitionen zur Verfügung haben?

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wenn Sie schon sagen, Sie wollen die Abwanderung nach Österreich stoppen und verhindern, gebe ich Ihnen einen Tipp: Schaffen Sie doch die Studiengebühren ab

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

und verbessern Sie die Situation an den bayerischen Hochschulen. Dann würden Sie nämlich verhindern, dass bayerische Studierende nach Österreich gehen. Dann könnten Sie diese Leistungsträger hier im Lande behalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Koalitionsvertrag heißt es im schönsten Neusprech - und auch Sie, Herr Seehofer, haben heute wieder davon gesprochen -: Wir praktizieren eine generationengerechte Finanzpolitik. Für Bayern heißt "generationengerechte Finanzpolitik" á la Schwarz-Gelb: Schönrechnerei, Verscherbeln auch noch der allerletzten Reserven, Tricksereien mit Sonder-, Neben- und Schattenhaushalten und weitere Schulden.

Herr Seehofer, Herr Fahrenschon, hören Sie bitte endlich auf, hier noch irgendjemandem das Märchen vom ausgeglichenen Haushalt aufzutischen zu wollen. Das glaubt Ihnen in Bayern überhaupt niemand mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Was Sie hier betreiben, ist längst keine seriöse Finanzpolitik mehr; das war angeblich einmal das Aushängeschild der CSU und der Konservativen. Im Koalitionsvertrag steht, eine seriöse Haushaltspolitik und ein ausgeglichener Haushalt seien die Philosophie von Schwarz-Gelb. Ich kann nur sagen, die einzige Philosophie, die ich in diesem Steuerteil entdecken kann, ist ein finanzpolitischer Blindflug nach dem Motto: nach uns die Sintflut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir lieben unsere bayerische Heimat, die Berge, Täler und Seen. Aber wir wollen nicht, dass Bayern ein Land der Schuldenberge, ein Land der Haushaltsabgründe und ein Land der Steueroasen wird.

Auch wir GRÜNEN sind der Auffassung, dass der Staat gerade in der Krise etwas tun muss, dass er antizyklisch handeln und gegensteuern muss. Aber wenn man schon zukünftige Generationen mit milliardenschweren Schuldenlasten belastet, die sie irgendwann einmal zurückerzahlen müssen, dann haben diese zukünftigen Generationen zumindest ein Anrecht darauf, dass durch diese Politik für sie eine Dividende entsteht. Das heißt, dass sie eine bessere Umwelt und Lebensqualität

haben, dass für ihre Bildung, für den Klimaschutz und ihre Handlungsmöglichkeiten in der Zukunft etwas getan wird. Diese Generationen haben auch ein Anrecht darauf, dass man hier den Begriff der Nachhaltigkeit nicht dermaßen missbraucht und entwertet, wie es im Koalitionsvertrag dauernd geschieht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

"Nachhaltigkeit" ist ein wichtiger Begriff. Aber da dieser Begriff von Ihnen im Koalitionsvertrag so missbräuchlich verwendet wird, hätte ich einen Vorschlag, um die klammen Kassen ein wenig aufzubessern: Man sollte eine Strafsteuer auf den Missbrauch einführen, dann käme wieder ein bisserl etwas in die Kassen hinein.

Für Sie ein wenig Nachhilfe: Was heißt "nachhaltiges Wirtschaften"? "Nachhaltiges Wirtschaften" heißt erstens: ökonomische Profitabilität. Es bedeutet zweitens soziale Gerechtigkeit und drittens eine extra Dividende für die Schonung der natürlichen Ressourcen. Nichts davon steht in Ihrem Regierungsprogramm. Mit der Steuerpolitik, mit der Energie- und Verkehrspolitik, mit der Innovationsförderung und der Mittelstandspolitik wird eine reine Klientelwirtschaft betrieben. Hier werden die Hoteliers entlastet, dort werden die Firmenerben bessergestellt, und die Automobilbranche bekommt nicht nur das Versprechen, dass sie in den alten Strukturen fröhlich weitermachen darf, Stichwort: großzügige Abgasnormen, kein Tempolimit. Dafür, dass gerade die bayerischen sogenannten Premium-Autobauer die Zeichen der Zeit verpennt haben, dass sie zu große, zu teure und zu spritfressende Autos gebaut haben, dafür, dass sie sich nicht entwickelt haben, bekommen sie jetzt noch als Zuckerl eine Subvention zusätzlich. Jetzt sollen sie nämlich endlich das tun, was andere schon längst gemacht haben, nämlich Elektroautos entwickeln. Nachhaltige Wirtschaftspolitik sieht eindeutig anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nächstes Thema: Umwelt- und Klimaschutz: In Bezug auf die Energie- und Klimapolitik ist der Koalitionsvertrag äußerst vage formuliert. Er lässt jedes Hintertürchen offen. Schwarz-Gelb verspricht allen alles: längere Laufzeiten für Atomkraftwerke, neue Kohlekraftwerke, Effizienzsteigerung, Energieeinsparung und - den Ausbau der erneuerbaren Energien, ohne zu erkennen, dass sich die verschiedenen Ziele nicht nur widersprechen, sondern gegenseitig blockieren. Das ist das Problem.

Sie müssen eine energiepolitische Strategie auf den Weg bringen. Sie müssen sagen: Wo wollen wir hin und mit welchen Maßnahmen? und nicht meinen, Sie könnten in den verschiedenen Bereichen die Lobbyisten

zufriedenstellen. Das Ergebnis ist nämlich, dass die erneuerbaren Energien ausgebremst werden und unter die Räder kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Jutta Widmann (FW) und Hubert Aiwanger (FW))

Bei den erneuerbaren Energien sind Union und FDP gerade noch auf den Zug aufgesprungen, der von uns GRÜNEN in den Neunzigerjahren angeschoben worden war. Lange genug hat es gedauert. Aber auf diesem Zug wollen Sie in Zukunft vor allem die Bremsrolle übernehmen.

Natürlich trauen Sie sich nicht mehr - und das ist immerhin ein kleiner Fortschritt -, wie es Edmund Stoiber in seiner Amtszeit noch getan hat, das Erneuerbare-Energien-Gesetz abschaffen zu wollen. Aber man muss genau hinschauen, wie Sie die erneuerbaren Energien fördern wollen und was Sie daran fördern wollen. Da gibt es zwei sehr interessante Begriffe: Die erneuerbaren Energien sollen speicherfähig sein und sie sollen marktfähig sein. Mit anderen Worten: Erneuerbare Energien sind schön und gut, solange sie den teuren Spitzenlaststrom ersetzen. Aber unsere Grundlastkraftwerke, also Atom- und Braunkohlekraftwerke, sollen dadurch nicht gefährdet werden. Schwarz-Gelb schützt die vier großen Atomkonzerne und ihren veralteten Kraftwerkspark, und sie blockiert die erneuerbaren Energien.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Josef Miller (CSU))

Die erneuerbaren Energien sind so schnell gewachsen, wie Sie das gar nicht für möglich gehalten hätten und es auch heute noch nicht wahrhaben wollen. Sie kratzen an der Existenzberechtigung der nuklearen und fossilen Dinosaurier.

Der Kraftwerkspark der Zukunft braucht nicht diese nuklearen und fossilen Dinosaurier. Er braucht moderne, hocheffiziente und vor allem flexible Kraftwerke. Doch diese werden in Deutschland so lange nicht gebaut werden, wie Sie einen Bestandsschutz für Atom- und Kohlekraftwerke geben und die erneuerbaren Energien in engen Grenzen halten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie verhindern damit gerade Wachstum und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, viele zukunftsfähige Arbeitsplätze gerade in Bayern. Bayern ist bei den erneuerbaren Energien begünstigt: im Solarbereich, beim Biogas, bei der Geothermie und Bayern hat einen gewaltigen Nachholbedarf bei der Windenergie. Das bedeutet jede Menge Beschäftigungsmöglichkeiten, gerade im Handwerk, gerade im Mittelstand. Das bedeutet viele Chan-

cen, sich unabhängig zu machen von den schwankenden Weltmarktpreisen. Das bedeutet viele Chancen für zukunftsfähige Technologien. Diese Chancen werden von Ihnen fahrlässig vertan.

Am grusligsten wird es in Ihrer Atompolitik. Nach dem Text des Koalitionsvertrages bekommen die Atomkraftwerke quasi eine Ewigkeitsgarantie. Sie sollen so lange weiterlaufen dürfen, wie sie sicher sind. Und was bei Ihnen "sicher" heißt, das haben wir in der Vergangenheit hinlänglich erfahren. Da war angeblich auch das Lager Asse sicher, wo heute alle nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen, wie so etwas jemals passieren konnte. Selbst der größte Pannereaktor, der in Deutschland abgeschaltet wurde, ging nicht wegen Sicherheitsbedenken vom Netz, sondern weil die Industrie ihn zugemacht hat. Was Sicherheit in Bayern bedeutet, haben wir bei Isar 1 erfahren. Da ist für Sie eine 40 cm dicke Wand offenbar schon sicher genug gegen Flugzeugabstürze. Ihrem Sicherheitsverständnis trauen wir nicht. Ihre Atompolitik bedeutet ein permanentes Sicherheitsrisiko.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ohne Not kündigen Sie einen schwierigen, einen sensiblen gesellschaftlichen Konsens auf. Sie behindern den Ausbau der erneuerbaren Energie und Sie gefährden damit zukunftsfähige Arbeitsplätze gerade in Bayern.

Eines, Herr Seehofer, Kolleginnen und Kollegen von der CSU und der FDP, können wir Ihnen auf jeden Fall garantieren: Gegen diese Politik werden wir entschiedenen Widerstand leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Eine andere Risikotechnologie ist die Agrogentechnik - Sie werden verstehen, dass ich den Begriff "grüne Gentechnik" nicht so gerne habe. Im Sommer sind Sie übers Land gezogen und haben gesagt: Es gibt einen Kurswechsel in der CSU. Die CSU hat gelernt. Sie ist jetzt auch gegen die Agrogentechnik. Das ist in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in Bayern nicht zu machen. Die Risiken kennt man nicht so genau. Sie haben sich populistisch dem zu Recht wachsenden Druck gebeugt.

Aber wenn ich mir den Koalitionsvertrag anschau, frage ich mich: Was ist von Ihrem angeblichen Kurswechsel übriggeblieben? - Überhaupt nichts. Wieder mal ein Salto rückwärts. In diesem Koalitionsvertrag ist eindeutig ein Pro-Gentechnik-Kurs festgelegt worden. Da hilft es auch nichts, dass die Bundesländer flexibel irgendwelche Abstandsflächen selber definieren können. Herr Seehofer, mit der Unterschrift gerade unter

diesen Bereich haben Sie persönlich den letzten Hauch von Glaubwürdigkeit verspielt. Das ist ein absoluter Vertrauensbruch, den Sie sich hier geleistet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch hier können wir Ihnen unseren entschiedenen Widerstand versprechen. Das wird auf jeden Fall interessant werden.

Auch in der Verkehrspolitik werden die alten Strukturen zementiert, betoniert, asphaltiert. Zwar wird im Koalitionsvertrag dreist von einer "nachhaltigen" Mobilitäts politik gesprochen, aber es wird offensichtlich, dass Sie keinen Schimmer haben, was das bedeutet, wie so etwas aussehen könnte. Das Gegenteil ist der Fall: mehr Straßen, mehr Flugverkehr, mehr Lärm, kein Verzicht auf Staustufen, kein Tempolimit, keine Citymaut, keine Weiterentwicklung des ÖPNV, kein Abbau von Steuerprivilegien - etwas, womit sich die FDP immer brüstet. Wo ist denn der Abbau von Privilegien bei den Steuervorteilen für den Luftverkehr? Wieso müssen die keine Mehrwertsteuer zahlen? Wieso gibt es keine Kerosinsteuer? Da könnten Sie sich profilieren, Herr Zeil.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Stattdessen sollen Nachtflugverbote, Betriebsbeschränkungen und zusätzlicher Lärmschutz aufgehoben werden.

Damit werden nicht nur in Frankfurt, sondern auch in Nürnberg und in München wesentlich mehr Nachtflüge zu erwarten sein. Das ist eine Kampfansage an die lärmgeplagten Flughafenanwohner, und auch mit dieser Regelung, Herr Seehofer, werden Sie sich keine Freunde machen, gerade nicht in der Region um Freising.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Thema Bildung: Sie wollen uns glauben machen, dass viel getan wird. Ich muss sagen, angesichts der großen Worte, der hehren Ziele und der vollmundigen Ankündigungen ist für mich gerade dieses Kapitel im Koalitionsvertrag eine grandiose Enttäuschung. Wenn das unsere Bildungsrepublik sein soll, dann gute Nacht.

Zum einen: Den Ländern und den Kommunen, die für die Bildungspolitik zuständig sind, die investieren müssen, werden durch Ihre Steuerpolitik die finanziellen Grundlagen für Bildungsinvestitionen entzogen. Das Geld des Bundes, immerhin 12 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren, auch nicht gerade ein Pappentstiel, vertieft noch die soziale Spaltung und fördert mit viel Geld an den falschen Stellen diejenigen, die es am wenigsten brauchen, und lässt die im Stich, die es am dringendsten nötig hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am bedrückendsten finde ich, dass Sie den Kampf gegen die Bildungsarmut gar nicht erst aufnehmen.

Ich will an drei Beispielen deutlich machen, wie gerade mit Maßnahmen der Bildungspolitik die soziale Spaltung verschärft wird und wie sich Entsolidarisierung umsetzen wird.

Beispiel Kindergeld/Kinderfreibetrag. Familien sollen gefördert werden. Wunderbar, darüber kann man sich erst einmal freuen. Wenn man aber konkret ausrechnet, was das für die verschiedenen Gruppen der Bevölkerung bedeutet, dann sieht man, dass die Auswirkungen bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen sehr unterschiedlich sind. Reiche Kinder sind Ihnen im Jahr 440 Euro wert, Kinder aus der Mittelschicht kriegen noch 200 Euro jährlich, und arme Kinder - gehen völlig leer aus. Hier wird das zusätzliche Kindergeld noch nicht einmal von der Anrechnung auf Hartz IV freigestellt. Herr Seehofer, für so etwas sollten Sie sich in Grund und Boden schämen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ulrike Gote (GRÜNE):
Das ist eine Frechheit!)

Da werden zusammengerechnet wirklich hohe Summen ausgegeben. Schauen wir doch einmal, ob wir diese Gelder nicht besser investieren könnten. Allein mit zehn Prozent des Geldes, das nun in die Kindergelderhöhung fließt, könnte man jedem Kind in Deutschland ein kostenloses Kindergartenjahr ermöglichen und mit dem Rest könnte man einen Rechtsanspruch auf eine Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr realisieren. Damit könnte den Kindern ein wirksamer Weg aus der Armutsfalle geebnet werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit könnten Sie Bildung, Betreuung und Erziehung von Anfang an realisieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweites Thema. Sie nennen es Betreuungsgeld, ich nenne es Herdprämie. Ministerin von der Leyen hat dieses Betreuungsgeld schon vor Monaten als bildungspolitische Katastrophe bezeichnet.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ja!)

Recht hat sie. Das Betreuungsgeld hat überhaupt nichts damit zu tun, die Wahlfreiheit für die Eltern zu garantieren. Das Betreuungsgeld führt dazu, dass gerade den Kindern, die die Unterstützung am Nötigsten hätten, und für die in der frühkindlichen Bildung am

meisten getan werden müsste, der Zugang zu dieser frühkindlichen Bildung versperrt wird.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Genau!)

Es ist gerade für gering verdienende - häufig sind das auch gering qualifizierte - Eltern besonders lukrativ, die Kinder nicht in den Kindergarten, in die Kindertagesstätte zu geben, sich die Gebühren zu sparen und das Betreuungsgeld zu nehmen. Das heißt, dass gerade die Kinder aus bildungsfernen Schichten, die Sie selbst auch immer früh fördern wollen, diese Förderung nicht erhalten, weil Sie es ja bezahlen, dass die Kinder nicht in die Kinderkrippe kommen, sondern zu Hause bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist eine Verschärfung der sozialen Spaltung.

Drittes Beispiel, das Zukunftskonto. Das liest sich zunächst ganz interessant. Jedes neugeborene Kind in Deutschland soll in Zukunft 150 Euro Steuergeld auf ein Zukunftskonto bekommen. Das soll dann der Ausgangspunkt dafür sein, dass Eltern, Großeltern, Paten, Onkel und Tanten auf dieses Konto laufend Geld einzahlen für die Bildung der Kinder, und das soll dann mit entsprechenden Prämien aufgestockt werden.

Am Ende werden die einen Kinder ein reich gefülltes Zukunftskonto haben und die anderen, die nicht die Verwandten haben, die dieses Zukunftskonto zusätzlich auffüllen, werden mit 360 Euro dastehen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Ist das doch so viel?)

Auf diese Summe kommt man, wenn man 18 Jahre lang 150 Euro mit fünf Prozent verzinst.

Das Zukunftskonto armer Kinder wird auf diese Art und Weise genauso leer bleiben wie der Geldbeutel ihrer Eltern.

Und was soll dann, wenn diese Konten aufgefüllt sind, von diesem Geld bezahlt werden, wenn die Kinder 18 Jahre alt sind? Sollen damit die Studiengebühren bezahlt werden? Sollen vielleicht sogar ganze Studiengänge bezahlt werden? Soll die Ausbildung bezahlt werden? Können dann die Arbeitgeber bei der Ausbildungsvergütung sparen? Soll das Nachholen von Schulabschlüssen bezahlt werden?

(Alexander König (CSU): Das ist aber sehr weit hergeholt!)

- Was heißt weit hergeholt? Genau dieser Trend wird hier eingeleitet. Es heißt dann, es gibt ja dieses Geld und da brauchen wir nicht mehr in unsere Universitäten zu investieren; wir können dadurch die Studiengebüh-

ren erhöhen, weil genügend Menschen genügend Geld durch dieses Konto angespart haben. Genau in diese Richtung wird es gehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber was ist mit denen, deren Konto nicht angewachsen ist? Welche Bildungschancen, welche Zukunftschancen haben diese Kinder und Jugendlichen?

Hier wird mit viel Steuergeld, das wahrlich nicht im Übermaß vorhanden ist, der Grundstein für die weitere Privatisierung und Kommerzialisierung von Bildung gelegt. Das ist ein schleichender Abschied vom Grundrecht auf Bildung und von Bildung als öffentlichem Gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und hier muss ich gerade Sie, meine Damen und Herren von der FDP ansprechen. Es gab in diesem Hohen Hause einmal eine sehr engagierte Bildungspolitikerin Ihrer Fraktion, Frau Hildegard Hamm-Brücher, die ich sehr schätze. Sie weiß, warum sie heute nicht mehr der FDP angehören will. Frau Hamm-Brücher hat sich mit ihrem ganzen Engagement für Bildung als Grundrecht eingesetzt. Ich finde es wirklich schade, dass das für die FDP heute kein Anliegen mehr ist. Wir brauchen Bildung als Grundrecht, wir dürfen nicht noch mehr Privatisierung und Entsolidarisierung in der Bildung erlauben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Trotz erklecklicher Investitionen wird diese Politik also zu einer Verschärfung der Bildungsarmut führen und nicht zu einem Abbau. Sie wird zu einer weiteren Entsolidarisierung führen und zu einer wachsenden Bildungsungerechtigkeit. Ist das wirklich das, was Sie wollen?

Ich fordere Sie auf, Kolleginnen und Kollegen, investieren Sie in mehr Bildung! Das ist einer der zentralen Punkte.

(Alexander König (CSU): Das machen wir seit Jahren! Kein Bundesland stellt für die Bildung so viel zur Verfügung wie Bayern und die CSU!)

- Ja, aber investieren Sie an der richtigen Stelle, Herr König. Mehr Geld heißt nicht automatisch bessere Bildung. Investieren Sie an der richtigen Stelle, an der Sie die Bildungsarmut bekämpfen und diese Bildungsungerechtigkeit überwinden können. Stecken Sie die Mittel in gute Kinderkrippen, in gute Kindergärten und in kleine Gruppen. Stecken Sie es in eine gute Bezahlung für die Erzieherinnen und stecken Sie es in einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz. Stecken Sie es in einen wirklich flächendeckenden Ausbau von

gebundenen Ganztagschulen mit individueller Förderung. Das, was Sie heute hier so gelobt haben, ist den Namen nicht wert, der ihm gegeben wird, nämlich Ganztageschule.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Na na na!)

Beenden Sie die Unterfinanzierung unserer Hochschulen, schaffen Sie ausreichend Studienplätze und streichen Sie die Studiengebühren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): 38.000 neue Studienplätze!)

Das wäre eine Strategie für ein nachhaltiges Wachstum, für wirkliche Innovation, für Kreativität, für die Stärkung des Einzelnen und gleichzeitig für die Stärkung der gesellschaftlichen Solidarität.

Fazit: Der Koalitionsvertrag lässt sich in drei KKK zusammenfassen: Klein-klein, Klientelpolitik und jede Menge Kommissionen.

(Alexander König (CSU): Es sind vier K! - Thomas Kreuzer (CSU): Richtig zählen!)

- Ich weiß nicht, ob Sie richtig zählen können; vielleicht sollten Sie auch noch einmal in die frühkindliche Förderung gehen.

(Alexander König (CSU): Lesen Sie doch im Protokoll nach, dann werden Sie es sehen!)

Eine erfolgreiche Krisenbewältigung, ein wirkliches Zukunftsprogramm und ein mutiger Aufbruch sehen definitiv anders aus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Vielen Dank, Frau Kollegin Bause. Nächste Wortmeldung für die CSU der Kollege Kreuzer. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was ich bisher von der Opposition gehört habe - ich höre es schon 15 Jahre so -, kann man kurz zusammenfassen: Nichts Neues, immer der gleiche Vortrag, keine Lösungsansätze.

(Beifall und Zurufe von der CSU: Bravo!)

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass wir heute vor einer vollkommen anderen Situation stehen wie noch vor etwas mehr als einem Jahr. Ich glaube, bei diesen Reden ist es höchste Zeit, einmal kurz zurückzublicken.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wir standen mit dem Zusammenbruch der Lehman-Bank am Abgrund der Finanzmärkte. Ein weiterer solcher Vorfall hätte einen Dominoeffekt zur Folge gehabt und zum Zusammenbruch der internationalen Finanzmärkte mit der Folge des Ausfalls der Finanzierung der Wirtschaft geführt. Wir hatten vor einem Jahr verunsicherte Sparer und waren knapp davor, dass die Leute massenweise ihr Geld von den Banken abgeholt hätten. Die Finanzkrise begann bereits damals auf die Wirtschaft durchzuschlagen, und das hat sich bis heute fortgesetzt. Wir hatten Wachstumsprognosen von minus sechs Prozent und mehr für das laufende Jahr.

Und wo stehen wir heute? Der Zusammenbruch weiterer Bankensysteme konnte verhindert werden; das Wirtschaftswachstum ist zwar zurückgegangen, aber Gott sei Dank nicht im befürchteten Maß von sechs Prozent, sondern um weniger. Viele Prognoseinstitute hatten sogar weit mehr als sechs Prozent für dieses Jahr vorausgesagt.

Wie konnte das alles erreicht werden? Zum einen - darauf will ich nur kurz eingehen - durch ein weltweit vernetztes Handeln im Finanzsektor zwischen den Staaten. Nur so war es möglich, durch verschiedene Rettungsprogramme, diese Entwicklung aufzuhalten. Dabei hatte die Bundeskanzlerin einen erheblichen Anteil an der Vorbereitung dieser Programme.

Das konnte zum Zweiten durch entschlossenes Handeln im Inland erreicht werden. Die Sicherheit der Einlagen der Sparer wurde garantiert, es wurden Konjunkturpakete im Bund verabschiedet, Investitionen angeregt, und es wurden Entlastungen von Steuern und Abgaben für die Bürgerinnen und Bürger in die Wege geleitet. Bayern hat im Doppelhaushalt 2009/2010 mit einem Wachstum von zunächst 7 % und dann 3 % - und das Investitionswachstum war noch höher - einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Wirtschaft geleistet.

Warum konnte das erreicht werden, meine Damen und Herren? - Es wurde erreicht, weil in dieser schwerwiegenden Krise in der deutschen Politik Gemeinsamkeit erzielt werden konnte. Die verantwortlichen Parteien haben sich in den Dienst der Sache gestellt, in der Großen Koalition, aber auch die FDP, damals zwar im Bundestag noch in der Opposition, hat das über den Bundesrat getan. Wo stehen wir heute, meine Damen und Herren? - Wir können davon ausgehen, dass wir die Talsohle erreicht haben. Das bedeutet aber, wir stehen ganz unten und haben noch einen weiten Weg nach oben vor uns, um die Krise zu überwinden. Das heißt, auch weiterhin ist konsequentes und entschlossenes Handeln in diesem Land unbedingt erforderlich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Was trägt aber die Opposition dazu bei? - Kaum ist die SPD aus der Regierungsverantwortung in Berlin ausgetreten, schon verabschiedet sie sich von der politischen Verantwortung in diesem Land.

(Alexander König (CSU): Sehr richtig!)

Was gestern richtig gewesen ist, nämlich die Bürgerinnen und Bürger von Steuern zu entlasten und das Konjunkturpaket II, das ist heute angeblich falsch und wird von Ihnen aus populistischen Gründen abgelehnt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das ist doch Quatsch! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Derart hohe Steuerentlastungen!)

Wir erleben das übliche und seit 15 Jahren gleiche parteipolitische Hickhack: Zerreden, ablehnen, keine Lösungskompetenz und keine Vorschläge.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da haben Sie wohl nicht zugehört!)

Wenn ich Ihre Rede höre, Herr Rinderspacher, fällt mir dazu nur ein: Wenig Unterhaltungswert, keine Neuigkeiten. Ich frage mich, ob Sie vielleicht den gleichen Redenschreiber haben wie Herr Maget in den vergangenen 15 Jahren.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das kann nicht sein, ich schreibe meine Reden selbst! - Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir denken selbst, Herr Kreuzer!)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, auch von Ihnen nichts Neues. Auf Herrn Kollegen Aiwanger werde ich später noch zu sprechen kommen. Wir alle wissen, dass wir Lösungen brauchen. Von Ihnen habe ich aber in keinem einzigen Bereich der Politik einen Lösungsvorschlag auch nur zu einem einzigen Punkt gehört. Das ist bedeutend zu wenig!

(Alexander König (CSU): Sehr richtig! - Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie hätten die Tipps, die Sie uns angekündigt haben, gern schon heute geben dürfen. Wir hätten sie gerne zur Kenntnis genommen.

(Hubert Aiwanger (FW): Die erneuerbaren Energien habt ihr doch schon übernommen!)

Meine Damen und Herren, das Programm der Bundesregierung ist sozial ausgewogen. Ich möchte das an drei Beispielen aufzeigen. Zunächst zum Kinderfreibetrag und zum Kindergeld. Das ist eine Maßnahme, die den Familien zugute kommt. Familien werden mit Si-

cherheit getroffen, teilweise haben sie schon jetzt unter der Wirtschaftskrise zu leiden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und sie müssen die neuen Steuern zahlen!)

Es reicht nicht, hier immer wieder zu betonen, Kinder von Hartz-IV-Empfängern hätten nichts davon. Das System ist so angelegt, dass Hartz IV den Bedarf decken muss. Wenn irgendetwas nicht stimmt, dann muss Hartz IV erhöht werden. Bei der Diskussion über die Kindergelderhöhung darf man aber nicht immer auf dieses eine Problem hinweisen.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Frechheit! Wieso bekommen die nicht mehr! - Zurufe von der SPD)

Die Mehrheit der Menschen in diesem Land, die Mehrheit der Familien, profitiert von dieser Kindergelderhöhung. Sie können doch deshalb nicht allen Ernstes gegen eine Erhöhung des Kindergeldes sein, so wie diese jetzt vorgeschlagen worden ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Die armen Kinder brauchen wohl nicht mehr? Das geschieht ihnen wohl recht? - Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Oder geht Ihre Kritik in die gleiche Richtung wie beim Betreuungsgeld, meine Damen und Herren?

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich zitiere hier Franz Müntefering: "Der Staat weiß besser, wie er mit dem Geld umgeht als der einfache Bürger."

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Sie haben doch nichts verstanden!)

Das ist die Philosophie der SPD und der GRÜNEN: Der Staat weiß besser, wie man mit dem Geld umgeht als der einfache Bürger.

(Zurufe der SPD und von den GRÜNEN)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Herr Kollege Kreuzer, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Thomas Kreuzer (CSU): Nein, keine Zwischenfrage. Meine Damen und Herren, wir können deshalb auch mit Widerstand beim Betreuungsgeld rechnen. Sie sagen, wenn wir den Menschen Betreuungsgeld geben, dann geben die Menschen das zweckentfremdet aus. Also geben wir es ihnen gar nicht, und der Staat soll es ausgeben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nein, nein! - Weitere Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das erleben wir doch auch beim Bayerischen Erziehungsgeld. Auch hier fordert die SPD die Abschaffung. Soll das die aktive Unterstützung der Familienpolitik sein?

(Beifall des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Eine solche Politik ist mit der bürgerlichen Koalition nicht zu machen. Wir sind der Auffassung, den Menschen sollte das Geld gelassen werden. Den Menschen ist das Geld zu geben, denn in aller Regel wissen diese selbst am besten, wie sie es für ihre Familien ausgeben können. Das ist der richtige Weg und nicht, dass der Staat die Aufgaben in diesen Fragen übernimmt.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Hubert Aiwanger (FW): Die Milliarden der Landesbank wären in der Tat besser bei den Menschen aufgehoben gewesen!)

Wir haben Steuermittel für die Lösung der Probleme bei der Arbeitslosen- und der Krankenversicherung ausgegeben. Ich glaube nicht, dass Sie dagegen sind, doch Sie haben nichts dazu gesagt. Ansonsten müssen sie aber den Menschen sagen, dass Sie nicht nur gegen Steuerentlastungen sind, sondern auch noch für Beitragserhöhungen eintreten. Bei Ihnen würden die Menschen jedenfalls doppelt getroffen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Hören Sie doch zu! Wir sind auch für Entlastungen!)

Dies ist eine Maßnahme, die von einer Koalition durchgesetzt wurde, die Sie hier in Ihren Beiträgen immer als unsozial bezeichnen. Dabei werden die Arbeitnehmer und die Unternehmen massiv entlastet, um die wirtschaftliche Erholung massiv voranzutreiben.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und was ist mit den Arbeitnehmern?)

Als Drittes ist die Verbesserung bei Hartz IV zu nennen. Sie haben Olaf Scholz erwähnt und von Scheinheiligkeit gesprochen. Es gibt aber nichts Scheinheiligeres, als eine ganze Legislaturperiode zu regieren, ein Gesetz nicht zu verändern, auch nichts vorzuschlagen, dreieinhalb Jahre lang, und dann wenige Woche vor der Wahl Veränderungen vorzuschlagen, von denen man genau weiß, dass man sie nicht mehr wird durchführen können. Das war scheinheiliger Wahlkampf von übelster Sorte, auf Kosten der Menschen, die hiervon betroffen sind.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Unruhe bei der SPD)

Wir haben das Schonvermögen erhöht, wir haben die Möglichkeiten des Zuverdienstes verbessert, und wir haben die Eigenheime geschützt, die sich die Menschen aufgebaut haben. Hierzu stehen wir. Wir haben den Fehler, den Rot-Grün bei der Einführung dieses Gesetzes gemacht hat, korrigiert.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Dr. Thomas Beyer (SPD): Ihr habt das gewollt!)

Sie haben Leute, die 30 Jahre gearbeitet haben, mit Leuten gleichgestellt, die ein Jahr gearbeitet haben. Das war von Anfang an eine schwere soziale Schiefelage, für die Sie sich schämen müssen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Immer schön bei der Wahrheit bleiben!)

Nun zum steuerpolitischen Teil Ihrer Ausführungen, die mir zeigen, dass der Satz von Konrad Adenauer über die Finanzen zeitlos gültig ist: Alles was Sozialisten vom Geld verstehen, ist die Tatsache, dass sie es von anderen wegnehmen wollen.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das beweisen Sie bei der Landesbank! - Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Landesbank! Landesbank!)

Oder sind Sie vielleicht gegen die Korrekturen der Körperschaftsteuerreform? - Dann sagen Sie das. Jeder Steuerberater und jeder Wirtschaftsprüfer weiß heute, dass die bisherige Regelung Krisen extrem verschärft und Arbeitsplätze in vielen Betrieben gefährdet. Sind Sie dafür, dass in wirtschaftlich derart schweren Zeiten wie jetzt, Betriebe wegen einer verfehlten Körperschaftsteuerregelung aufgeben müssen? - Leidtragende sind doch die Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze verlieren. Deshalb war diese Reform richtig.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das gleiche gilt für die Erbschaftsteuer. Die Regelung war so kompliziert gestrickt und so langfristig angelegt,

(Markus Rinderspacher (SPD): Und jetzt ist sie leichter?)

dass etliche Betriebe der Steuerpflicht unterfallen und somit nicht fortgeführt werden können. Das war mit der SPD in der Großen Koalition nicht anders durchzusetzen. Wir haben das jetzt korrigiert, und wir haben auch die vollkommen ungerechte Besteuerung bei nahen Verwandten wie Geschwistern, Cousins und Cousinen korrigiert, die man vorher mit jedem anderen gleichgestellt hat. Das war völlig ungerecht, und deshalb ist das richtig.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wenn Sie das nicht wollen, dann sagen Sie das den Leuten: Wir nehmen es in Kauf, dass Betriebe nicht übergeben werden, wir sind dafür, dass bei Geschwister-Erben die Leute bluten.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist nicht wahr!)

So werden die Leute beispielsweise ihr Wohneigentum verlieren. Das ist nicht die Politik, die wir vertreten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da sind wir aber mal gespannt!)

Für die Hotellerie wurde das Notwendige gesagt. Wer Aufklärungsunterricht braucht, der kann ins Allgäu fahren. Auf dem Oberjoch zum Beispiel kann er ansehen, wie ein Vier-Sterne-Hotel mit 19 % Mehrwertsteuer mit einem nur zwei Kilometer entfernt liegenden Hotel konkurrieren muss, welches nur 7 % Mehrwertsteuer bezahlt. Ich habe den Hoteliers schon oft gesagt, ich bewundere euch, dass ihr das überhaupt so lange durchgehalten habt.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist eine höchst überfällige Angelegenheit, und das war mit der SPD nicht zu machen.

(Hubert Aiwanger (FW): Das haben auch die Freien Wähler vorgeschlagen, da habt ihr lange gebraucht!)

Das Gleiche gilt auch für die Bergbahnen. Hier gab es einen ungeheuren Widerstand der SPD. Das sind alles Themen, die gerade den Freistaat Bayern in besonderem Maße betreffen, weil wir ein Tourismusland sind und von diesen Einnahmen leben.

Für die Gastronomie war das aufgrund der Höhe nicht in einem Schritt umzusetzen. Das bleibt aber auf der Tagesordnung. Wir werden auch die Mehrwertsteuer insgesamt auf der Tagesordnung belassen. Wir müssen überprüfen, wofür der niedrige und wofür der hohe Satz gelten soll. Wenn ich an Tierfutter und Ähnliches denke, dann weiß ich, dass da manches überprüft werden muss.

Jetzt kommen wir zur Einkommensteuer, meine Damen und Herren. Ich kann es überhaupt nicht leiden, dass man in diesem Zusammenhang immer von Steuergeschenken redet. Herr Rinderspacher, wenn Sie mir in einem Jahr 100.000 Euro aus einer Beteiligung geben müssten und im Jahr darauf 105.000 Euro ich dann sagen würde, seien Sie froh, dass es nicht 115.000 sind und Sie dann sagen würden, ich bedanke mich für das Geschenk - genauso wäre das. So sehen die Dinge

aus. Sie wissen ganz genau, dass der Einkommensteuertarif in diesem Land eine große Progression aufweist. Wenn wir beim Einkommensteuertarif nichts verändern, dann wird die Steuerbelastung für die Bürger nicht nur absolut, sondern automatisch bei jeder Lohnerhöhung höher. Der Finanzminister bräuchte nur einfach nichts zu machen, und dann würde der Anteil des Staates am Bruttoinlandsprodukt, würde die Staatsquote kontinuierlich jedes Jahr mit jeder Lohnerhöhung steigen. Die Menschen haben immer weniger zur Verfügung und der Finanzminister und der Staat immer mehr. Meine Damen und Herren, das ist eine Politik, die mit der CSU und in dieser bürgerlichen Koalition nicht zu machen ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Alexander König (CSU): Die auch unsozial ist!)

Eine solche Politik untergräbt den Leistungsgedanken. Eine solche Politik trifft die Fleißigen in diesem Lande, nicht nur Großverdiener, sondern auch Mittelverdiener. Wir haben es geschafft, dass der Alleinstehende bereits mit einem Einkommen von ungefähr 55.000 Euro in den Spitzensteuersatz hineinfällt. Wenn man nichts ändert, fallen immer mehr Bürger unter den Spitzensteuersatz. Der Steuertarif muss daher in regelmäßigen Abständen korrigiert werden, damit die Steuerbelastung nicht unerträglich ansteigt. Sie reden von Leuten, die sehr viel Steuern zahlen und die in Zukunft noch mehr zahlen werden als heute, und trotzdem wollen Sie noch mehr. Sie reden von einem Geschenk dann, wenn sich der Staat einmal bescheidet und nicht unglaubliche Summen vom Steuerzahler insgesamt abziehen will.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wie viele Stufen macht ihr denn?)

Zu diesen Aussagen zur Einkommensteuer stehen wir; denn wir können den Mittelstand, von dem vorhin auch die Freien Wähler gesprochen haben, den Normalverdiener jedes Jahr bei jeder Einkommenserhöhung prozentual nicht noch stärker belasten.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Wie viele Stufen macht ihr denn?)

Besonderen Spaß macht es mir immer, wenn SPD und GRÜNE von soliden und zukunftsfähigen Staatsfinanzen in Bayern sprechen, meine Damen und Herren.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist wirklich wunderbar. Seit 15 Jahren kann man nämlich verfolgen, dass gerade diese Parteien bei jedem Doppelhaushalt millionen- und milliardenschwere Ausgaben fordern. Wenn wir dem über zehn oder 15 Jahre nachgekommen wären,

(Harald Güller (SPD): Dann hätten wir jetzt genügend Lehrer!)

hätten wir heute doppelt so hohe Schulden in Bayern. Das ist von Ihnen doch wohl nicht ernst gemeint.

(Harald Güller (SPD): Die Landesbank habt ihr an die Wand gefahren!)

Sie haben überhaupt noch nie zu einer Haushaltskonsolidierung oder zu irgendeiner Einsparung in diesem Lande beigetragen, sondern Sie haben immer zusätzliche Ausgaben gefordert, welche die bayerischen Staatsfinanzen ruiniert hätten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Bei Ihrer Ausgabenpolitik hätten wir heute keinen einzigen Euro an Reserve, um die Krise zu überstehen, sondern wir hätten wesentlich mehr Schulden.

(Alexander König (CSU): Richtig, alles wäre weg!)

Wir könnten dann überhaupt nicht auf die Herausforderungen reagieren, vor denen wir im Moment stehen. Dies ist ausgesprochen unglaublich.

(Zurufe von der SPD)

Wenn Sie wollen, können wir Ihnen wieder einmal eine Rechnung geben, wie viele Milliarden an Schulden Bayern hätte, wenn wir Ihre politischen Forderungen insgesamt realisiert hätten.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben nach den jetzigen Prognosen mit 360 Millionen Euro Mehrausgaben zu rechnen. Kollege Aiwaner hat hier zwar etwas anderes vorgerechnet, aber das war wohl mehr nach der Methode Pi mal Daumen errechnet und ohne Grundlage. Ich zumindest habe nicht nachvollziehen können, wie er zu diesen Zahlen kommt. Der Betrag, den ich genannt habe, stammt aus der Steuerschätzung und wurde vom Finanzministerium errechnet. Das ist viel Geld, meine Damen und Herren. In der Talsohle müssen wir aber die wirtschaftliche Belebung in diesem Land befördern, damit die Wirtschaft wächst und wir aus der Talsohle wieder herauskommen. Hierfür müssen wir investieren, was wir mit dem Doppelhaushalt tun, und wir müssen den Bürgern für ihre wirtschaftliche Gestaltungsfreiheit mehr Geld geben. Das tun wir, und das kostet Geld. Bayern ist dazu als einziges Bundesland in der Lage aufgrund seiner Rücklagen und seiner soliden Finanzpolitik in den letzten Jahren; ich sehe hier Erwin Huber und andere Finanzminister.

(Lachen bei der SPD - Lebhaftige Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir sind als einziges Bundesland in der Lage, diesen Haushalt auszugleichen. Wir sind nicht zu einer Nettokreditaufnahme im Jahr 2010 für den laufenden Haushalt gezwungen.

Wenn Sie zugehört hätten, wüssten Sie, dass der Ministerpräsident gesagt hat, dass die Programme für Bildung und Sicherheit unangetastet bleiben und wir hier nichts kürzen werden, wie wir vor der Wahl beschlossen haben.

Es wurde ebenfalls angedeutet, dass wir sparen müssen. Wir müssen da in uns gehen. Wir werden nicht sparen, indem wir die Sozialleistungen von Bedürftigen und derer, die darauf angewiesen sind, beschneiden. Wir haben aber in diesem Land einen erheblichen Spielraum. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Wenn man sieht, was in der Landesplanung von oben bis unten passiert und wie viele Akten hin- und hergeschoben werden, dann weiß man, dass es bei einem entsprechenden Aufgabenabbau sehr wohl möglich ist, hier entscheidende Summen einzusparen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir müssen Aufgaben abbauen und die entsprechenden Summen einsparen. Wir brauchen in dieser Krise selbstverständlich eine solide und vernünftige Haushaltsführung.

Herrn Rinderspacher ist nach dem Koalitionsvertrag aufgefallen, dass der Arbeitgeberbeitrag in der Sozialversicherung eingefroren ist. Das ist unter Ulla Schmidt passiert. Wenn man die Vorgänge natürlich nur ganz sporadisch verfolgt, dann weiß man so etwas nicht. Der Arbeitgeberbeitrag zur Krankenversicherung ist unter der Gesundheitsministerin Ulla Schmidt eingefroren worden. Das sage ich nur zur Klarstellung. Das war also eine glatte Falschinformation.

(Beifall bei der CSU)

Ich unterstelle Ihnen aber keine böse Absicht; das wäre doch etwas zu kurz gesprungen.

Sie sagen, es gebe in Bayern bei der Arbeitslosigkeit einen Anstieg und beim Wachstum einen Einbruch. Das ist schon richtig, aber Sie müssten hinzufügen, dass wir innerhalb der ganzen Republik noch am besten dastehen. Sie müssten auch dazusagen, dass wir aufgrund der neuen Maßnahmen zwar 360 Millionen weniger Einnahmen haben, dass wir aber in der Zeit von der Steuerschätzung im Mai bis jetzt 500 Millionen mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen mussten für Länder wie das knallrot regierte Berlin, das voll über seine Verhältnisse gelebt hat und nur noch am Tropf der Länder und des Bundes hängt, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Wenn wir nicht 500 Millionen zusätzlich abgeben müssten, dann hätten wir trotz des Maßnahmenpakets 140 Millionen mehr in der Kasse. Das will ich hier nur erwähnen, damit das wirklich klar wird. Von Ihnen hören wir das natürlich nicht, weil Sie an der Verbreitung von guten Nachrichten über Bayern als Steuerkraft nicht interessiert sind.

Meine Damen und Herren, nun komme ich zum berufsmäßigen Anwalt der Kommunen, zu Herrn Aiwanger, der leider im Moment nicht auf seinem Platz sitzt. Er ist so kommunalfreundlich, dass er die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände bei Weitem überflügelt. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass die kommunalen Spitzenverbände, welche die Gemeinden, Städte und Landkreise vertreten, nicht kommunalfreundlich sind, sondern dass das nur Kollege Aiwanger ist. Zur Gewerbesteuer ist zu sagen, dass im Koalitionsvertrag hierzu keine Festlegungen getroffen worden sind, sondern dass die Frage der Gewerbesteuer zusammen mit den Kommunen in einer sachlich orientierten Diskussion überprüft wird.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Die Gewerbesteuer ist für die Kommunen wichtig und unverzichtbar. Sie hat aber, wie wir jetzt sehen, auch erhebliche Nachteile, zum Beispiel ihre massive Konjunkturabhängigkeit. Deswegen ist es nie verkehrt, mit den Kommunen gemeinsam darüber nachzudenken, wie ihre Finanzierung gesichert werden kann. Erstens sage ich Ihnen, ohne Bayern gäbe es die Gewerbesteuer schon nicht mehr. Zweitens wird es mit dieser CSU-Fraktion und Bayern in Berlin keine andere Lösung geben, die nicht mindestens genauso gut für die Kommunen ist.

(Beifall bei der CSU)

Herr Aiwanger, ich könnte jetzt zum kommunalen Finanzausgleich viele Zahlen vortragen.

(Zuruf von der SPD: Der ist nicht da!)

- Typisch, dass er nicht da ist.

Ich weise nur darauf hin, dass wir den kommunalen Finanzausgleich laufend erhöht haben, und zwar stärker als den Staatshaushalt. Wenn man selber Stadtrat ist, weiß man, dass die Kommunen in den letzten Jahren im Schnitt gute Jahre hatten - nicht alle, es streut natürlich. Es gibt auch Kommunen, die bei guten Rahmenbedingungen größte Schwierigkeiten haben, aber im Schnitt war die Lage gut. Tatsächlich sind die Kommunen im Vergleich von Bund, Ländern und Gemein-

den in den letzten Jahren am besten gefahren, was die Finanzsituation und den Schuldenabbau angeht.

Wenn wir aber ein Projekt starten und sagen, wir müssen zur Ankurbelung der Wirtschaft die Menschen entlasten und Investitionen fördern, dann muss die Last auf alle Schultern verteilt werden - auf Bund, Länder und Kommunen. Das Ganze muss für die Kommunen zumutbar sein, das ist klar. Sie müssen ihren Aufgaben nachkommen können. Ich sage dazu, wir befinden uns in besten Gesprächen mit den Kommunen zum kommunalen Finanzausgleich. Gespräche haben auf Regierungsebene stattgefunden. Wir werden in die Verhandlungen eintreten. Seien Sie sicher: Wir werden uns mit den kommunalen Spitzenverbänden wieder auf einen Finanzausgleich einigen, mit dem alle leben können. Auch die kommunalen Spitzenverbände und die Kommunen wissen, dass jeder in einer solchen Krisensituation seinen Beitrag zu leisten hat.

Ich komme zum Thema Landwirtschaft. Die 750 Millionen Euro sind schon angesprochen worden - ein nie da gewesenes Programm. Bezüglich der Milch will ich nur feststellen, wir haben im Moment eine massive europäische Unterlieferung und trotzdem einen schlechten Milchpreis. Das zeigt, dass ganz offensichtlich große Teile der Märkte weggebrochen sind. Wir müssen alles tun, um hier gegenzusteuern.

Nicht akzeptabel ist es in diesem Zusammenhang, wenn man sich im Landtagswahlkampf als Anwalt der Landwirte ausgibt, aber im Bayerischen Landtag in dieser Richtung ganz wenige Aktivitäten entfaltet. Es soll mir einmal einer erklären, was die Freien Wähler in letzter Zeit zum Beispiel in Brüssel und Berlin für die Landwirtschaft erreicht haben oder zumindest versucht haben zu erreichen. Da ist außer heißer Luft nichts gewesen, meine Damen und Herren. Die Bauern, die Sie gewählt haben, haben davon nichts gespürt. Wir haben von Ihnen keine vernünftigen Vorschläge erhalten.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Bause, Sie haben anhand des Koalitionsvertrags wiederholt, was Sie in den letzten Jahren stets gefordert haben. Es ist nicht möglich, in der Kürze der Zeit auf alles einzugehen, was Sie gesagt haben. Ich will nur kurz auf das Thema der Kernenergie zu sprechen kommen, weil wir hier vollkommen verschiedener Auffassung sind. Bayern lässt sich von niemandem übertreffen, was den Einsatz erneuerbarer Energien angeht. Wir haben in Bayern einen Anteil von 10 %; der Bundesdurchschnitt liegt bei 8,6 %. Ein Drittel der Solarkollektoren und Wärmepumpen steht in Bayern. Mehr als die Hälfte des deutschen Stroms aus Wasser wird in Deutschland hergestellt. Der Anteil der Biomass-

se am Primärenergieverbrauch liegt in Bayern mit fünf Prozent deutlich höher als im Bundesdurchschnitt.

(Harald Güller (SPD): Aber gegen das Energieeinsparungsgesetz sind Sie gewesen!)

- Herr Güller das Gesetz gilt überall, aber in Bayern ist es umgesetzt worden. Das Gesetz gilt auch in Nordrhein-Westfalen, wo Frau Höhn die Verantwortung gehabt hat und wo Sie auf der Stelle getreten sind, meine Damen und Herren.

Trotzdem stammen 65 % oder fast 66 % unseres Stroms in Bayern aus Kernkraftwerken. Sie von den GRÜNEN laufen einer Ideologie hinterher, die Jahrzehnte alt ist. Die Anti-AKW-Bewegung hat das Problem der Sicherheit aus teilweise durchaus ehrlicher Sorge - das muss ich zugeben - aufgegriffen. Frau Kollegin Bause, Sie müssen aber anerkennen, dass sich seitdem einiges verändert hat, dass wir seitdem auch eine andere Diskussion, was die CO₂-Belastung und die Klimaerwärmung angeht, haben. Es muss doch heute völlig klar sein, dass wir die erneuerbaren Energien fördern und dass alles, was wir durch erneuerbare Energien ersetzen können, bei den fossilen Brennstoffen weggenommen werden muss. Es kann doch nicht die Lösung des Problems sein, dass wir in der Übergangszeit als Brückentechnologie den Einsatz fossiler Brennstoffe - sprich: Kohle, Gas und Öl - auf Kosten zukünftiger Generationen verstärken.

Vor diesem Hintergrund ist heute eine völlig andere Denkweise angezeigt als vor 30 Jahren. Wir müssen die erneuerbaren Energien fördern, müssen das, was sie mehr abwerfen, bei den fossilen Energien einsparen, damit wir unser Klimaschutzziel erreichen und der Verantwortung gegenüber künftigen Generationen nachkommen, weil diese Rohstoffe endlich sind und wir auch künftigen Generationen etwas davon übrig lassen müssen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, hier müssen Sie sich grundsätzlich umstellen. Sie sind auf einem Dampfer von vor 20 Jahren, ohne zu berücksichtigen, dass sich die Welt um Sie herum erheblich verändert hat.

Meine Damen und Herren, als Fazit dieser Koalitionsverhandlungen kann man festhalten: Wir haben unsere Wahlversprechen eingelöst. Ich pflichte Carsten Hoefler von der dpa bei: "Seehofer kann mit Fug und Recht behaupten, zentrale Wahlversprechen eingelöst zu haben." - 25. Oktober 2009.

Zum Glück haben wir eine bürgerliche Bundesregierung. Somit ist wenigstens sichergestellt, dass Bayern am Kabinetttisch vertreten ist. Bei der SPD wäre nicht

nur Bayern, sondern ganz Süddeutschland im Kompetenzteam systematisch ausgeklammert worden. Wir hätten nur noch zu zahlen gehabt.

(Beifall bei der CSU)

Ihnen wäre es am liebsten, wenn wir nur noch zu zahlen, aber nicht mehr mitzureden hätten. Das passiert mit der CDU/CSU nicht. Auch die neue SPD-Spitze spricht norddeutsch und nicht bayerisch, um dies einmal ganz vorsichtig gesagt zu haben.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Das kriegen wir schon noch hin!)

Wir haben einen Bundesverkehrsminister, der zu Recht anmahnt, dass neben dem Aufbau Ost, der sicher nicht abgeschlossen ist, ein Aufbau West in der Infrastruktur stattfinden muss. Er setzt sofort in die Tat um, was wir den Menschen vor der Wahl gesagt haben. Wir werden uns hier auch durchsetzen.

Unsere Bauern werden in Brüssel mit Ilse Aigner und Gerd Müller bayerisch vertreten. Das Ministerium haben wir nicht aus Verlegenheit genommen, sondern weil wir wissen, dass die Landwirtschaft in Bayern wie in keinem anderen Bundesland eine erhebliche Bedeutung für das Gemeinwesen insgesamt hat. Deswegen wollten wir das Ministerium für den ländlichen Raum; denn es geht nicht nur um die Landwirtschaft. Wir wollten ein Infrastrukturministerium, um möglichst viel für den ländlichen Raum, aber auch für die bayerischen Bauern zu erreichen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Die deutsche Sicherheits- und Außenpolitik wird von uns maßgeblich mitgestaltet. Zum Entsetzen der GRÜNEN und der SPD hat Minister Guttenberg schon einmal klargestellt, wie der Afghanistan-Einsatz rechtlich zu werten ist und dass die Meinungsverschiedenheit nicht weiter auf Kosten unserer Soldatinnen und Soldaten, die dort Dienst tun, ausgetragen werden darf. Auch das will ich hier ganz klar sagen.

(Beifall bei der CSU)

Das neue Programm steht für Aufbruch. Dieses neue Programm steht dafür, den begonnenen Weg des Aufschwungs zu unterstützen. Dieses Programm steht für eine verantwortbare Finanzpolitik, und ich bin sicher, wenn wir diesen Weg gehen, wird unser Land sozial, aber auch stark bleiben. Denn nur ein starkes Land kann auf Dauer sozial sein.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Bevor ich das Wort der Kollegin Kamm zu einer Zwischenbemerkung erteile, möchte ich die sehr geehrten Zuschauer darauf hinweisen, dass auf der Tribüne nicht geklatscht wird. Das gilt im Übrigen auch für das Kabinett. Ich erinnere nur an alte Gepflogenheiten. Wir sind hier nicht im Kino.

Ich erteile jetzt Frau Kollegin Kamm zu einer Zwischenbemerkung das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Kreuzer, zu Ihren recht eigenwilligen Ausführungen über Schulden und Steuern und die Ausklammerung der Landesbank und auch zu Ihren eigenwilligen Ausführungen über Energie unter Ausklammerung des Atomülls möchte ich jetzt gar nichts sagen. Ich habe mich wegen Ihrer Ausführungen zu den Hartz-IV-Regelsätzen für Kinder und Jugendliche gemeldet. Sie haben behauptet, diese würden reichen, um den Bedarf zu decken. Wissen Sie nicht, dass die Hartz-IV-Regelsätze bei Kindern und Jugendlichen nicht nach dem Bedarf ermittelt worden sind, sondern nur einen bestimmten Prozentsatz des Erwachsenen-Regelsatzes umfassen? Sind Sie bereit, wenn Sie das jetzt wissen, sich für eine korrekte Bedarfsermittlung bei diesen Regelsätzen einzusetzen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Kollegin Kamm, liebe schwäbische Kollegin, mir ist dies bekannt. Mein Anliegen ist es jedoch, in der Systematik darzustellen, dass Hartz IV die Leistungen für Kinder abdecken soll und Sie deshalb nicht infrage stellen sollten, dass wir das Kindergeld erhöhen. Sie haben immer wieder betont, dass das Kindergeld diesen einen Bevölkerungskreis nicht erreiche. Diesem Bevölkerungskreis müssen wir helfen. Hier ist immer wieder eine Überprüfung nötig. Wir müssen dies über Hartz IV und die Sätze regeln. Wir werden aber nicht von Kindergelderhöhungen Abstand nehmen, nur weil Hartz-IV-Empfänger davon nicht profitieren. Das wollte ich klarstellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:

Ich erteile zu einer weiteren Zwischenbemerkung Herrn Kollegen Dr. Herz das Wort.

Dr. Leopold Herz (FW): Herr Kollege Kreuzer, Ihr doch sehr unsachlicher Redebeitrag bedarf dringend einer Ergänzung.

(Widerspruch bei der CSU und der FDP)

Wegen der Zeit möchte ich mich auf zwei Themen beschränken. Sie haben zunächst die Kommunen ange-

sprochen. Die neue Koalition plant Steuersenkungen im Umfang von 24 Milliarden Euro. Des Weiteren werden die Gemeinden immer mehr mit sozialen Aufgaben belastet. Gestern haben mir Bürgermeister erklärt, dass es nicht so weitergehen könne, dass der Staat Programme auflegt und diese auf die Kommunen abwälzt. Insofern sind wir doch der Anwalt der Kommunen.

(Alexander König (CSU): Beispiele! Nicht so allgemein herumreden!)

Zum zweiten Thema. Sie sprechen über die Landwirtschaft. Hier müssen Sie mich am wenigsten belehren. Ich kenne die Situation. Auch wenn Sie zum fünftausendstenmal wiederholen, dass Sie bei der Landwirtschaft stünden: In der Vergangenheit reichte es nicht aus, nur bei den Landwirten zu stehen. Sie haben uns vorgeworfen, wir würden in Brüssel und Berlin nichts bewegen. Leider sind wir dort noch nicht vertreten.

(Alexander König (CSU): Die Partei der Freien Wähler! So sieht es aus!)

Sie sind dort vertreten und haben es versäumt, Dinge zu bewegen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

So gut gemeint Ihr Programm mit 500 Millionen Euro speziell für Grünlandgebiete gemeint ist: Sie beseitigen damit nur die Symptome, aber nicht die Ursachen.

(Beifall bei den Freien Wählern - Albert Füracker (CSU): Sollen wir das Geld zurückgeben?)

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege Dr. Herz, lieber Allgäuer Kollege! Sie kommen immer näher. Zuerst war es Augsburg, jetzt ist es das Allgäu.

Ich möchte zu Ihren Punkten zwei Anmerkungen machen. Natürlich wissen wir, dass die Kommunen belastet sind. Wir wissen auch, wer die Kommunen durch das Grundsicherungsgesetz belastet hat. Wir müssen die Finanzausstattung im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleichs regelmäßig überprüfen. Das Verfassungsgericht gibt für die Zukunft ein Verfahren zur Bedarfsermittlung vor. Diese Zahlen müssen wir dann im Finanzausgleich einsetzen.

Herr Kollege Dr. Herz, Sie sind im Kreistag Oberallgäu vertreten. Ich bin seit 1984 Stadtrat der Stadt Kempten. Ich kenne das Auf und Ab der Kommunal Finanzen. Ich weiß natürlich auch, wie sich die Kommunal Finanzen in einer Stadt mit den dort herrschenden sozialen Problemen im Vergleich zu früher entwickelt haben. Richtig ist, dass die Situation durch die wirtschaftliche Entwicklung und durch den Gewerbesteuerückgang schwieriger wird. Das liegt aber nicht an den Maßnahmen, die

Sie angesprochen haben, sondern am wirtschaftlichen Einbruch der Betriebe und deren geringerer Steuerkraft.

Für die Kommunen wie auch für den Staat werden die nächsten Jahre aufgrund dieser wirtschaftlichen Entwicklung nicht einfach werden. Es wäre auch nicht nachzuvollziehen, dass eine Absenkung der gesamtwirtschaftlichen Leistung um 5 % an einem Teil des Staates, den Kommunen, völlig spurlos vorüberginge und dort eine blendende Finanzausstattung vorhanden wäre.

Zur Landwirtschaft. Die CSU ist die einzige Partei, die sich in Berlin für die Belange der Landwirtschaft eingesetzt hat. Meine Damen und Herren, ich kann mich noch gut daran erinnern, als die Freien Wähler hier zum ersten Mal über den Milchmarkt gesprochen haben. Zunächst haben Herr Kollege Aiwanger, dann Frau Kollegin Müller und schließlich Sie, Herr Dr. Herz, gesprochen. Jeder hat etwas anderes gesagt. Es gab drei verschiedene Modelle. Herr Dr. Herz, Sie sind für die flexible Mengensteuerung eingetreten, obwohl Sie ganz genau wissen, dass Sie diese in Brüssel nie durchsetzen können und in Deutschland dafür keine Mehrheit vorhanden ist.

(Hubert Aiwanger (FW): Ist es das Vorrecht der CSU, jeden Tag etwas anderes zu sagen?)

Meine Damen und Herren, wer den Bauern heute so etwas erzählt, verbaut ihnen die Zukunftschancen. Die Bauern haben dann keine Chance, sich auf die kommende Situation einzustellen. Wir versuchen dagegen, die Rahmenbedingungen bestmöglich zu gestalten, um den Bauern dadurch zu helfen. Das haben wir auch mit diesem Koalitionsvertrag getan. Wer von einer flexiblen Mengensteuerung spricht, obwohl er weiß, dass diese nie kommen wird, lügt die Bauern an.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Hacker.

Thomas Hacker (FDP): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! "Mit Mut zur Zukunft - ein Neuanfang für Deutschland", das wäre die Überschrift gewesen, die der Koalitionsvertrag aus Sicht der FDP verdient hätte. "Wachstum, Bildung, Zusammenhalt", dieser Titel klingt zwar etwas nüchterner, aber wir Liberale können gut damit leben, weil der Inhalt stimmt. Herr Ministerpräsident Horst Seehofer hat recht und ich danke ihm ausdrücklich dafür, dass er auf die Chancen verweist, die in diesem Vertrag stecken. Er hat diese Chancen in den Vordergrund gestellt. Dieser Vertrag ist auf vielen Feldern der

Auftakt für einen Neuanfang in Deutschland. Dieses Land benötigt dringend einen Neuanfang. Der Vertrag ist gut für Deutschland und trägt eine klare liberale Handschrift.

(Beifall bei der FDP)

Unsere Kernforderungen, die wir vor der Wahl erhoben haben, finden sich in diesem Vertrag wieder: weniger Steuern, bessere Bildung und mehr Bürgerrechte. Herr Kollege Rinderspacher, die Qualität der Regierungsarbeit wird der Oppositionsführer in der Regel nicht richtig einzuschätzen wissen. Ich habe in diesem einen Jahr im Landtag bemerkt, dass zwischen der Regierungsarbeit und der Einschätzung der Opposition eine gewisse systemimmanente Diskrepanz steckt.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen werden Sie Verständnis dafür haben, dass auch in einer Koalitionsregierung im Wahlkampf die eigenen Positionen sehr akzentuiert und pointiert dargestellt werden. Ich erinnere mich daran, dass es die SPD mit ihrem Koalitionspartner CSU im vergangenen Bundestagswahlkampf ähnlich handhabte. Ich weiß, dass Sie und Ihre Kollegen in Berlin gerne über den Wahltag hinaus eine gemeinsame Regierung in Berlin fortgesetzt hätten.

Das Urteil über die Regierungsarbeit fällen die Wählerinnen und Wähler am Wahltag. Deshalb bin ich im Hinblick auf den vergangenen September ganz zufrieden, wie die Wählerinnen und Wähler in Bayern die Arbeit unserer Regierung und unserer Regierungsmitglieder eingeschätzt haben.

(Beifall bei der FDP)

Das klare Votum der Wählerinnen und Wähler für eine Koalition mit den Farben Schwarz und Gelb - das viele so nicht vorhergesagt hätten - war ein klares Votum für eine nach vorne gerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik, die in Zeiten der Krise einen deutlichen Wachstumskurs eingeschlagen hat. Damit werden Investitionen in Arbeitsplätze auf sichere Füße gestellt.

Der Koalitionsvertrag sieht ein weiteres, ein sinnvolles Konjunkturpaket vor. Den Bürgerinnen und Bürgern bleibt mehr netto. Sie werden durch verstärkten Konsum ihren Beitrag zum Aufschwung leisten. Die Unternehmen werden entlastet und von Bürokratie befreit. Das schafft Luft zum Atmen und Luft für neue Investitionen. Mit diesem Koalitionsvertrag bekommen wir die Chance, dass wir die Krise bald hinter uns lassen können.

(Beifall bei der FDP)

Zum Lamento über den Wahlausgang, das einige angestimmt haben, möchte ich nur kurz an die Alternativen erinnern. Die Alternativen wären nur ein weiter so mit einer großen Koalition des Stillstands, die in den letzten Monaten wenig Bewegung gebracht hat, oder ein politisches Abenteuer mit einem Parteienbündnis links der Mitte gewesen. Gerade letzteres wäre für Deutschland verheerend gewesen. Bei SPD und GRÜNEN findet sich in den Programmen eine Vielzahl von Vorhaben, die die Wirtschaft belasten und den sich abzeichnenden Konjunkturaufschwung behindern würden. Die Liste ist lang. Herr Rinderspacher hat sie uns dankenswerterweise vor wenigen Minuten dargestellt. Sie reicht von der Einführung flächendeckender Mindestlöhne, die für viele gering Qualifizierte, den sicheren Weg in die Arbeitslosigkeit bedeutet hätte,

(Widerspruch bei der SPD)

bis hin zu Steuererhöhungen mit Belastungen selbst für mittlere Einkommen. Ich erinnere außerdem an Ideen wie die Tobin-Steuer, an die Wiederbelebung der Vermögensteuer und an die Einführung einer Börsen-Umsatz-Steuer. Alles das hätte Wachstum verhindert.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Alles das hätte Wachstum verhindert und damit den Standort Deutschland und den Standort Bayern geschwächt. Dass es nicht so kam, ist ein großes Glück für die Menschen in unserem Land.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Die neue schwarz-gelbe Regierungskoalition in Berlin geht den Weg, den wir in Bayern schon vor einem Jahr eingeschlagen haben: Den Weg der Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft. Mehr Freiheit für Bürger und Unternehmen aktiviert die Wachstumskräfte, die Deutschland wieder auf die Beine helfen. Das ist das Hauptanliegen der Menschen in unserem Land. Deshalb haben sie bei der Bundestagswahl auch mit der FDP die Partei gestärkt, die weiß, dass nicht der Staat Arbeitsplätze schafft. Die Unternehmen, vor allem der Mittelstand, sorgen für das, was wir jetzt brauchen: Mehr Investitionen, mehr Innovation, mehr Wachstum und mehr Beschäftigung.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Für uns war es immer wichtig, dass wir ein einfaches, ein niedriges und gerechtes Steuersystem bekommen. So, wie wir es seit vielen Jahren gefordert haben, steht es jetzt im Berliner Koalitionsvertrag. Es ist Programm der neuen Bundesregierung. Wir haben im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass wir dafür sorgen, dass sich Arbeit wieder lohnt, dass mehr Netto vom Brutto bleibt und dass das Steuersystem deutlich einfacher

wird. Die Pläne der Koalition, das Steuersystem strukturell zu reformieren und die Mitte der Gesellschaft zu entlasten, sind ein wichtiges Signal auf unserem Weg aus der Krise. Frau Merkel hat gestern darauf hingewiesen, dass der Stufentarif Teil dieses Koalitionsvertrags ist.

(Beifall bei der FDP - Markus Rinderspacher (SPD): Wie viele Stufen wären das dann?)

Meine Damen und Herren, Steuersenkungen mit drei oder vier Stufen bringen Wachstum und sind damit Voraussetzung für gesunde Staatsfinanzen. Wir wagen mit den angestrebten Entlastungen viel. Wir bekommen damit aber die realistische Chance, dass es wieder aufwärts geht. Wir müssen die Konjunktur stützen. Es gibt positive, verheißungsvolle Konjunktursignale, es gibt aber immer noch fast genauso viele negative Wirtschaftsnachrichten. Unser zarter Aufschwung bleibt anfällig. Deshalb sind wir geradezu verpflichtet, die Steuern für die Bürgerinnen und Bürger und für die Unternehmen zu senken. Es nicht zu tun, wäre unverantwortlich.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Steuersenkungen finanzieren sich zu einem gewissen Teil auch selbst. Wenn es durch niedrigere Steuern mehr Wachstum gibt, ist auch wieder mehr Geld vorhanden. Herr Seehofer hat darauf hingewiesen, dass schon hunderttausend Arbeitslose weniger eine Entlastung in Höhe von zwei Milliarden für den Haushalt und für die Sozialkassen bedeuten. Darüber in der Debatte zu schweigen, ist unaufrichtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Mich stört auch, wie sich manche die Verhältnisse in Deutschland so zurechtbiegen, dass sie am besten zum eigenen Weltbild passen. Dazu kann ich auf die Prognosen für die Steuereinnahmen der Jahre 2009 und 2010, die der Arbeitskreis Steuerschätzungen vorgelegt hat, verweisen. Angesichts der stabileren Wirtschaftsentwicklung der vergangenen Monate und der hohen Steuerbelastung der Bürger und der Unternehmer werden die Steuereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010 - oh Wunder - hoch ausfallen. Für das Jahr 2009 kann mit den dritthöchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden. Die Steuereinnahmen werden wohl um mehr als 70 Milliarden Euro höher liegen als zu Beginn der vergangenen Legislaturperiode im Jahr 2005. Angesichts dieser Zahl kann ich eine Diskussion über den Zeitplan der steuerlichen Entlastung nicht nachvollziehen. Ich appelliere an alle, die in der neuen Bundesregierung Verantwortung tragen, die notwendigen Steuerentlastungen nicht in endlosen Beratungen von

Kommissionen zu verschieben, sondern sie schnell durchzuführen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wenn wir auf die hohen Steuereinnahmen blicken, erübrigt sich auch das Gerede vom klammen Staat, von Steuersenkungen auf Pump usw. Es stimmt eben nicht, dass der Staat immer weniger Geld zur Verfügung hat. In den letzten Jahren sind mit den Einnahmen aber auch die Ausgaben gestiegen. Dass es so kam, lag in den letzten vier Jahren vor allem in der Verantwortung von Schwarz-Rot. Schwarz-Gelb muss jetzt sparen. Das werden wir tun, und das werden wir auch können. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, einen Kurs der Sparsamkeit einzuschlagen. Alle staatlich übernommenen Aufgaben werden auf ihre Notwendigkeit überprüft. Bei den Haushaltsberatungen werden dann die Grundsätze für eine solide Haushaltspolitik festgelegt. Dabei werden wir auch prüfen, ob wir hier oder dort von liebgewonnenen Gewohnheiten Abstand nehmen müssen.

Thomas Kreuzer hat darauf hingewiesen, dass man bei Steuermehreinnahmen von 70 Milliarden Euro, die die vergangenen Regierungen den Bürgern aus der Tasche geholt haben, nicht von Geschenken reden kann, wenn zumindest ein kleiner Teil davon den Bürgerinnen und Bürgern für ihren eigenverantwortlichen Bereich zurückgegeben wird.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, für unsere stark exportorientierte bayerische Wirtschaft wendet sich aufgrund der Politik von Schwarz-Gelb Einiges zum Besseren. In einem ersten Schritt wird die Mehrwertsteuer in der Hotellerie ab dem 1. Januar 2010 auf sieben Prozent verringert. So haben wir es von Bayern aus forciert. Wir Liberale werden weiter gegen Standortnachteile vorgehen und uns dafür einsetzen, dass auch die Gastronomie entlastet wird. Auch hierbei geht es darum, Chancen zu nutzen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In der Bevölkerung hat man wenig Verständnis, wenn SPD-Finanzminister auf europäischer Ebene über die Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für die Hotellerie und die Gastronomie verhandeln, dies im eigenen Land den Bürgerinnen und Bürgern aber vorenthalten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Und was ist mit den kommunalen Steuern?)

Die Regionalisierung der Erbschaftsteuer steht weiterhin auf der Tagesordnung. Wir wollen einen Wettbe-

werb zwischen den Bundesländern im Hinblick auf die Freibeträge und die Steuersätze. Wir wollen einen Wettbewerb nach unten, denn auch das entlastet die Unternehmen und unsere Bevölkerung.

(Beifall bei der FDP)

Zwei Verbesserungen konnten schnell durchgesetzt werden. Die unsinnige Lohnsummenklausel wird abgesenkt. Das erleichtert die Fortführung von Unternehmen. Warum soll einem Unternehmen, das in einer schwierigen Situation vielleicht eine Umstrukturierung durchleben und die Löhne und Gehälter senken muss, die Erbschaftsteuer auferlegt werden und florierenden Unternehmen nicht? Das war vielen Menschen nicht vermittelbar. Mir hat sich diese Logik auch nie erschlossen.

Im Koalitionsvertrag wird auch gefordert, dass wir uns für eine Neuordnung der Gemeindefinanzierung einsetzen. Wir, die FDP, sind ein solider Partner für die Kommunen. Unser Ziel ist die Verstetigung der Einnahmen. Wir wollen ihnen mehr Planungssicherheit geben, als es ihnen das bestehende System mit der stark schwankenden Gewerbesteuer gibt. Ein System, das es ermöglichte, dass in meiner Heimatstadt Bayreuth die Einnahmen von einem Jahr aufs andere um 43 % einbrachen, ist ein schlechtes System. Deshalb ist es wichtig, dass wir uns über eine echte Reform Gedanken machen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir begrüßen den Stopp von Mindestlöhnen und die Erleichterungen für befristete Arbeitsverhältnisse. Wir bedauern aber auch, dass sich unsere Partner dagegen gesperrt haben, Einstellungshemmnisse des Arbeitsrechts abzubauen. Wir bleiben weiter am Ball. Mehr Flexibilität im Arbeitsrecht schafft mehr Chancen für Arbeitslose, und gerade um diese Chancen geht es.

(Christa Naaß (SPD): Das ist doch widerlegt!)

Diese und andere Maßnahmen werden einen starken wirtschaftlichen Impuls zu Beginn der neuen Legislaturperiode setzen und so Deutschland zu neuer Wachstumskraft verhelfen. Ergänzend muss die kluge bayerische Standortpolitik fortgesetzt werden. Wir müssen den Wirtschaftsstandort Bayern so attraktiv gestalten, dass kleine, mittelständische aber auch große Unternehmen in Bayern bleiben und sich neu ansiedeln. Im letzten Jahr wurde viel dafür getan. Das Beschleunigungsprogramm für Investitionen, der bayerische Mittelstandsschirm, das große Engagement für die Regionalförderung, der Ausbau des Tourismusmarketings, die Gründung des Mittelstandspaktes und das neue Maßnahmenpaket Außenwirtschaft: All diese Projekte haben ein Ziel, nämlich das Unternehmertum zu stär-

ken und die Investitionen des Mittelstands hochzuhalten.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Auch in Zukunft werden wir die Investitionstätigkeit von in- und ausländischen Unternehmen in Bayern anschieben, indem wir Fördermaßnahmen weiter verbessern. Einfachheit und Transparenz sind gefragt. Unser Ziel bleibt, den Service für Unternehmen auszubauen: Effizient, schnell, projektbezogen und kundenorientiert.

Die schwarz-gelbe Regierung im Bund und die Politik von Schwarz-Gelb in Bayern zeigen, dass die FDP ein verlässlicher Partner der Bürger ist. Wir stehen zu unserem Wort - vor und nach der Wahl. Wir entbürokratisieren, wir entlasten, entfachen Wachstumsimpulse und lösen damit endlich die Wachstumsbremsen der vergangenen Jahre.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Nicht nur in der Wirtschaftspolitik machen wir Druck für mehr Wachstum. Auch Bildung, Ausbildung und Forschung stehen mit der neuen Bundesregierung ab sofort ganz oben auf der politischen Tagesordnung. Schwarz-Gelb wird so stark in kluge Köpfe investieren, wie keine Bundesregierung zuvor. Unsere Ziele im Bereich der Bildungspolitik sind ehrgeizig. Wir wollen bis 2013 die Ausgaben des Bundes um 12 Milliarden Euro erhöhen. Das bringt schon ab dem Kindergartenalter mehr Chancengerechtigkeit, Durchlässigkeit und faire Aufstiegschancen für alle. Da fast alle bildungspolitischen Forderungen des Koalitionsvertrages auch die Kompetenzen der Länder berühren, sind das Weichenstellungen für die Politik in Bayern. Wir werden die Bildungsziele nur dann erreichen, wenn es zu einer engen Partnerschaft aller Verantwortlichen kommt. Das gilt für die gesamte Bildungskette Bund, Länder und Kommunen. Hier muss es zu einer echten Bildungspartnerschaft kommen. Das fordert der Koalitionsvertrag. Und für die bayerischen Liberalen darf ich sagen, wir reichen zu dieser Partnerschaft die Hand.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In Bayern haben wir im vergangenen Jahr die Rahmenbedingungen für die Bereiche Schule, Hochschule und Forschung deutlich verbessert. Im Schulbereich ist die Türe aufgestoßen für eine echte Verbesserung. Die Kooperationen von Haupt- und Realschulen erhöhen die Durchlässigkeit im bayerischen Schulsystem, und das neue Schulkonzept über die Weiterentwicklung der Hauptschule zur Mittelschule bringt weitere positive Veränderung.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Eigenverantwortete Schulverbünde ganz nach den Bedürfnissen vor Ort wurden in Dialogforen auf Landkreisebene entwickelt. In den Fächern Mathematik, Deutsch und Englisch fand Intensivierung statt. Die verstärkte Berufsorientierung inklusive Praktika eröffnen mehr Möglichkeiten für die Schulen und Schulträger, aber vor allem für die Schülerinnen und Schüler.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Was die Hochschulen anbelangt, hat Schwarz-Gelb in Bayern bereits im ersten Jahr einen echten Kraftakt geleistet.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eben nicht!)

Wir haben die Autonomie der Hochschulen gestärkt, den Hochschulzugang für Berufstätige verbessert und die Studienbeiträge sozialer ausgestaltet. Mit der Novelle des Bayerischen Hochschulgesetzes, die der Landtag im Juli 2009 beschlossen hat, machen wir die bayerischen Hochschulen für Studenten noch attraktiver und steigern den Hochschulstandort Bayern im Wettbewerb um die besten Köpfe.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Was wir in Bayern vorgemacht haben, wollen wir jetzt durch gleichgerichtete Anstrengungen im Bund ergänzen und befördern.

Zur frühkindlichen Bildung enthält der Koalitionsvertrag auf Bundesebene die lange von uns als FDP erhobene Forderung nach Sprachstandstests für alle Kinder im Alter von vier Jahren sowie nach begleitenden Fördermaßnahmen. Zudem machte es sich Schwarz-Gelb im Bund zur Aufgabe, verstärkt für die Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern zu investieren und die Länder bei der Ausweitung entsprechender Qualifizierungsangebote auch auf akademischem Niveau zu unterstützen.

Im Bereich der Hochschulen werden wir ein nationales Stipendiensystem ins Leben rufen, wie es Nordrhein-Westfalen auf Initiative der FDP bereits in Angriff genommen hat. Das geplante Wissenschaftsfreiheitsgesetz wird neue Globalhaushalte einführen und die Möglichkeit für Unternehmensbeteiligungen der Universitäten und Ausgründungen weiter verbessern. Unser Ziel ist eine wissenschaftlich exzellente, wirtschaftlich leistungsfähige und qualitativ hochwertige Hochschullandschaft; denn das ist die Basis für die Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir werden in Deutschland nie billiger arbeiten können als unsere Konkurrenten. Deshalb müssen wir besser

sein. Nur dann können wir auf Dauer erhalten, was wir an Deutschland und Bayern so schätzen: Wohlstand, soziale Sicherheit und inneren Frieden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In der Sozialpolitik setzen wir ebenfalls neue Akzente. Weil sich Leistung wieder lohnen muss, haben wir die größten Ungerechtigkeiten bei Hartz IV beseitigt und das Schonvermögen verdreifacht. Insbesondere Familien mit kleineren und mittleren Einkommen werden mit der Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages sowie durch faire Steuern spürbar entlastet.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Liebe Frau Gote, dass das Kindergeld und der Kinderfreibetrag gleichlaufend in einem mathematischen Zusammenhang sind, liegt auf der Hand. Das Kindergeld ist nur die Vorauszahlung auf die Steuerentlastung. Das ist ein ganz einfacher mathematischer Zusammenhang.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Und wenn man keine Steuern zahlt?)

- Dann bekommt man das Kindergeld.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Wir werden Ihnen das vorrechnen, dann werden Sie den einfachen Zusammenhang gut erkennen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, die größten Chancen im neuen Koalitionsvertrag enthält das Kapitel über die Gesundheitspolitik. Die FDP hat ein klares Ziel, nämlich ein neues Gesundheitssystem auf den Weg zu bringen, das für 80 Millionen Menschen gut funktioniert. Dazu müssen wir einiges wagen und Kritik aushalten. Wenn man jedoch nur darauf schaut, was auf den ersten Blick gut ankommt, wird man die notwendigen Reformen nie zu Wege bringen.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wir wollen diese Reformen. Damit unser Gesundheitswesen zukunftsfähig wird, müssen wir es innovationsfreundlich, leistungsrecht und demokratiefest umbauen. Das sind die Ziele, die der Koalitionsvertrag ausdrücklich nennt. Die Einheitskasse und ein staatliche zentralistisches Gesundheitssystem ist der falsche Weg.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dass sich im Gesundheitssystem nichts ändert, beschreibt nur den Zustand für die nächsten Monate, den Zeitraum, bis die Regierungskommission die Details der umfassenden Strukturreform erarbeitet hat. Die FDP wird alles tun, damit die Arbeit dieser Kommission ein Erfolg wird.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

In der Innen- und Rechtspolitik, meine Damen und Herren, ist uns der Einstieg in einen Paradigmenwechsel gelungen. Die Innen- und Rechtspolitik der Bundesrepublik Deutschland wird neu ausgerichtet. Sie folgt künftig dem Maßstab, den wir vor einem Jahr für Bayern vereinbart haben, nämlich den zentralen Rechtsgedanken, dass Freiheit und Sicherheit keine Gegensätze sind, sondern zwei Seiten einer Medaille.

(Beifall bei der FDP)

Das hat Konsequenzen. Zum ersten Mal startet eine Bundesregierung nicht mit Gesetzesverschärfungen, sondern mit einer Entschärfung. Wir haben festgehalten, dass die konsequente Anwendung geltenden Rechts eine gute Ausstattung der Sicherheitsbehörden und die Beseitigung von Vollzugsdefiziten immer Vorrang vor der Erweiterung staatlicher Eingriffsbefugnisse haben. Das war in der Vergangenheit nicht immer so. Oft hatte man den Eindruck, dass jedem neuen Problem mit einem neuen Gesetz begegnet werden sollte.

(Margarete Bause (GRÜNE): Was ist mit der Verschärfung des Jugendstrafrechts?)

Fast immer zulasten der Freiheitsrechte des Einzelnen. Dieser Politik erteilt der Koalitionsvertrag eine klare Absage. Jetzt gilt der Vorrang des Gesetzesvollzugs. Diese liberale Forderung hat Eingang in den Koalitionsvertrag gefunden und stellt damit die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit wieder her.

(Beifall bei der FDP)

Da es heute vor allem auch um die bayerischen Perspektiven im Koalitionsvertrag geht, möchte ich betonen, dass wir jenseits aller vertraglichen Bestimmungen auch eine personelle Grundrechtsgarantie in der neuen Bundesregierung implementiert haben, und die kommt aus Bayern. Mit Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als neuer Justizministerin und Max Stadler als Parlamentarischem Staatssekretär werden zwei bayerische Liberale künftig an maßgeblicher Stelle die Innen- und Rechtspolitik unseres Landes mitgestalten.

(Beifall bei der FDP)

Bei Internetsperren, Vorratsdatenspeicherung und beim BKA-Gesetz konnten wir Verbesserungen erreichen. Das alles sind Schritte in die richtige Richtung hin zu einer Innen- und Rechtspolitik, die Maß und Mitte kennt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, auch in den ersten Jahren in der Regierungsverantwortung in Bayern konnten wir in der Innen- und Rechtspolitik Verbesserungen erreichen. Wir wollen aber darüber hinausgehen, was den Datenschutz angeht. Wir Liberalen wollen eine Datenschutzoffensive, die dem Datenschutz im öffentlichen, aber auch im privaten Bereich einen neuen Stellenwert zuerkennt.

Wir wollen mehr Bewegung in der seit Monaten andauernden Diskussion um Asylbewerber, bei der Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften im neuen bayerischen Dienstrecht und bei einem besseren Schutz des Kernbereichs der privaten Lebensgestaltung.

(Beifall bei der FDP)

Wir Liberalen sind der Meinung, dass das erste Jahr Schwarz-Gelb in Bayern ein erfolgreiches Jahr war. Zusammen haben CSU und FDP vieles bewegen können. Der Koalitionsvertrag ist von beiden Seiten zügig angegangen worden, und gemeinsam haben wir ihn in einigen Bereichen bereits weiterentwickelt.

Mit dem Rückenwind, den wir jetzt von Schwarz-Gelb im Bund bekommen, eröffnen sich neue Möglichkeiten. Diesen Schub brauchen wir auch. Denn vor uns liegen noch viele Anstrengungen: Die Unterstützung des Mittelstandes, eine bessere Bildung und die Sicherung des Forschungs- und Wissenschaftsstandorts Bayern. Die nächsten vier Jahre werden deshalb nicht einfach werden. Aber wir werden die Herausforderungen angehen mit Mut zur Zukunft für einen Neuanfang für Deutschland und für Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Die Aussprache ist damit geschlossen.

Der Herr Ministerpräsident hat mitteilen lassen, dass er aufgrund der Tagesordnung - wir haben bis 22.00 Uhr geladen - aus zeitökonomischen Gründen, und nur aus zeitökonomischen Gründen, auf eine zusammenfassende Stellungnahme verzichtet.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe im Einvernehmen mit allen Fraktionen Tagesordnungspunkt 3 auf:

Besetzung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs Neuwahl und Wiederwahl berufsrichterlicher Mitglieder

Der Ministerpräsident hat mitgeteilt - -

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Ich bitte doch die Herren der Staatskanzlei, nicht so zu randalieren.

(Heiterkeit)

Der Ministerpräsident hat mitgeteilt, dass die Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht München, Andrea Kempmann, aus persönlichen Gründen ihr Amt als berufsrichterliches Mitglied des Verfassungsgerichtshofs zum 1. Oktober 2009 niedergelegt hat. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs schlägt als Nachfolgerin in ihrer Eigenschaft als berufsrichterliches Mitglied Frau Elisabeth Mette, Vizepräsidentin des Bayerischen Landessozialgerichtes, zur Neuwahl vor.

Ferner hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass die Vorsitzende Richterin am Landgericht München I, Frau Dr. Andrea Schmidt, aufgrund ihrer Versetzung an das Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz mit Wirkung vom 1. Oktober 2009 aus dem Hauptamt und damit zeitgleich als Mitglied des Verfassungsgerichtshofs ausgeschieden ist. Der Präsident des Verfassungsgerichtshofs hat als Nachfolger in seiner Eigenschaft als berufsrichterliches Mitglied Herrn Ralf Peter, Direktor des Amtsgerichts Mühldorf am Inn, zur Neuwahl vorgeschlagen.

Mit Ablauf des 31. Oktober 2009 endete die Amtszeit des berufsrichterlichen Mitglieds des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Frau Dagmar Ruderisch, Vorsitzende Richterin am Oberlandesgericht München und Generalsekretärin des Verfassungsgerichtshofs.

Es wurde vorgeschlagen, Frau Dagmar Ruderisch als berufsrichterliches Mitglied des Verfassungsgerichtshofs wiederzuwählen. Im Falle ihrer Wiederwahl beabsichtigt der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Frau Ruderisch gemäß Art. 11 des Verfassungsgerichtshofgesetzes erneut zur Generalsekretärin des Verfassungsgerichtshofs zu ernennen.

Die Richter-Wahl-Kommission hat am 28. Oktober 2009 den Vorschlägen des Präsidenten des Verfas-

sungsgerichtshofs zugestimmt und beschlossen, der Vollversammlung zu empfehlen, diese Wahlvorschläge anzunehmen.

Die Vorgeschlagenen sind bereit, im Falle ihrer Wahl das Amt anzunehmen.

Wir kommen damit zu den Wahlen, die im Einvernehmen aller Fraktionen in *einem* Wahlgang durchgeführt werden.

Sie haben drei Stimmzettel, liebe Kolleginnen und Kollegen. Diese drei Stimmzettel müssen Sie abgeben zusammen mit Ihrer Namenskarte. Bitte nicht selber einwählen, sondern drücken Sie das den Mitarbeitern und Schriftführern direkt in die Hand, sonst ist keine Ordnungsmäßigkeit gegeben.

Die Wahl läuft. Fünf Minuten!

(Geheime Wahl von 18.16 bis 18.21 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen. Damit ist der Wahlgang beendet. Die Auszählung findet wie immer draußen statt und das Ergebnis wird später bekannt gegeben.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion (SPD) Bayern, aber gerechter Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern (Drs. 16/2548)

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass die ersten drei Dringlichkeitsanträge heute abschließend im Plenum beraten werden und alle anderen Dringlichkeitsanträge an die jeweils zuständigen federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen. Die Redezeit verkürzt sich dadurch auf 18 Minuten pro Fraktion.

Ich eröffne die Aussprache. Die erste Rednerin ist die Kollegin Steiger von der SPD-Fraktion.

Christa Steiger (SPD): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich annehme, dass Sie alle Ihren "Faust" kennen, stellt sich bei uns die Gretchenfrage in Bezug auf die Koalition in diesem Hause: Wie halten Sie es denn - nicht mit der Religion, sondern - mit dem Ladenschluss?

(Beifall bei der SPD)

Die CSU-Fraktion hat vor längerer Zeit - es ist gut drei Jahre her - mal so, mal so votiert, und dann beschlossen, erst einmal abzuwarten. Herr Pschierer hat sehr deutlich gesagt, dass eine Aufweichung der Ladenschlusszeiten ein falsch verstandener Liberalismus wäre. Die FDP, so war von Herrn Hacker zu lesen, will den Ladenschluss dahingehend liberalisieren, dass die Entscheidung in die Hände der Kommunen gegeben wird.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Ich sage Ihnen gleich etwas dazu, Herr Thalhammer.
- Wissen Sie, was das bedeutet?

(Tobias Thalhammer (FDP): Ja!)

- Das glaube ich eben nicht. Es wird nämlich ein kommunalpolitischer Wettlauf nach dem Motto Hase und Igel und die Verlierer sind die Beschäftigten im Einzelhandel

(Beifall bei der SPD)

sowie die kleinen Fachhandelsgeschäfte und die ländlichen Räume. Diese vermeintlich besten liberalen Ladenöffnungszeiten bedeuten schlichtweg, dass in den Kommunen, in den Gemeindeparlamenten eine fürchterliche Diskussion entstehen wird. Ich zitiere einen Einzelhändler aus einer bayerischen Kleinstadt: Als Einzelhändler aus Bayern wende ich mich an Sie zum Thema Ladenschluss.

Eine Lockerung der Ladenöffnungszeiten bis 24 Uhr würde dem kleinen inhabergeführten Einzelhandel im ländlichen Raum schwer zusetzen. Um den Laden so lange mit Personal zu besetzen, fehlt es schlichtweg an Geld. Es wird dadurch auch nicht mehr eingekauft, sondern es findet nur eine Verlagerung der Einkaufsaktivität statt. Profitieren werden davon nur die großen Städte. Und denken Sie bitte auch einmal an die vielen Mütter, die im Einzelhandel tätig sind. Wann soll da noch Zeit für Familienleben sein? Familien brauchen nicht nur Geld, sondern auch Zeit füreinander und miteinander.

- Und genau das ist es nämlich. Eine Aufhebung der Ladenschlusszeit ist familienpolitisch ein Rückschritt. Schicht- und Nachtarbeit zerreißen die Familie, sie machen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Alleinerziehende noch schwieriger. Schon jetzt ist es so, dass keine Kindertagesstätte bis 20 Uhr offen hat. Und bei noch längeren Ladenöffnungszeiten, wie soll das dann gehen? Vor allen Dingen, was mutet man da den Familien und Kindern zu?

(Beifall bei der SPD)

Der Einzelhandel ist nun einmal der Bereich mit typisch vielen Frauenarbeitsplätzen. Diese werden dann auch noch aufgesplittet in 400-Euro-Jobs und in Teilzeitarbeitsplätze, um die längeren Öffnungszeiten bedienen zu können. Das Ergebnis sind niedrige Löhne, die zum Leben nicht reichen.

Ich sage Ihnen auch, auf der Höhe der Finanzkrise und auf der Höhe der Debatte um die Maßlosigkeit von Managergehältern kam es von allen zu einem Ruf nach einer Wertedebatte, eben nicht nur nach Geld, Gewinn und Kommerz zu schauen, sondern auch die gesellschaftlichen Werte zu definieren. Was Sie jetzt durch eine Aufweichung der Ladenöffnungszeiten bewirken, ist genau das Gegenteil dieser notwendigen Wertedebatte. Wir brauchen Menschen, die in Vereinen arbeiten, die in den Kirchen und Organisationen tätig sind, die sich ehrenamtlich engagieren, die Kinder- und Jugendarbeit machen und die Seniorenarbeit leisten. Diese Menschen brauchen wir für unsere Gesellschaft, für das Gemeinwesen. Das wird durch solche Dinge immer schwieriger zu handhaben. Deshalb keine Aufweichung der Ladenöffnungszeiten, weder an Werktagen noch an Sonn- und Feiertagen.

(Beifall bei der SPD)

Aufgeweichte Ladenöffnungszeiten nach Gutdünken, wie es nach Ihren Vorstellungen geschehen sollte, wenn man es in die Hände der Kommunen gäbe, würden in keiner Weise den Umsatz steigern. Sie verschieben das Einkaufsverhalten, Sie dünnen das Angebot aus für die Menschen, die nicht so mobil sind, Sie schwächen die kleinen Einzelhandelsgeschäfte. Ist nicht gerade die FDP diejenige Partei, die sich immer als Mittelstandspartei definiert? - Hier machen Sie genau das Gegenteil.

(Zuruf des Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP))

- Herr Thalhammer Sie können gleich reden. - Sie machen genau das Gegenteil. Wir sagen, die jetzige Regelung reicht vollkommen aus.

(Beifall bei der SPD - Tobias Thalhammer (FDP):
Wir hätten den Ladenschluss schon eher liberalisieren sollen!)

Die Staatsregierung hat den Landtagsbeschluss aus dem Jahr 2006 - auf den Tag genau drei Jahre alt -, über die Entwicklung und Ausweitung in den anderen Bundesländern zu berichten, bis heute nicht vollzogen. Deshalb besteht überhaupt keine Notwendigkeit, hier etwas zu ändern. Deshalb noch einmal die Frage: Wie

halten Sie es mit dem Ladenschluss und mit alledem, was außen herum geschieht?

Ich beantrage eine namentliche Abstimmung für unseren Dringlichkeitsantrag, damit die Positionen klar definiert werden. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. - Die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen heute über den Dringlichkeitsantrag, an der derzeit gültigen Ladenschlussregelung in Bayern festzuhalten. Dieser Antrag ist nicht dringlich. Mehr noch, es gibt keinen Anlass für diesen Antrag,

(Widerspruch bei der SPD)

da in der CSU-Fraktion niemand etwas an der derzeit gültigen Regelung ändern möchte.

(Beifall bei der CSU)

Das Thema Ladenschluss liegt seit der Föderalismusreform, seit drei Jahren, in der Zuständigkeit der Länder. Der Bayerische Landtag hat vor drei Jahren die Staatsregierung in seiner Sitzung vom 10.11.2006 beauftragt, über die Erfahrungen anderer Länder mit den unterschiedlichen Neuregelungen der Ladenöffnungszeiten zu berichten. Auf dieser Grundlage sollte entschieden werden, ob es bei den Regelungen zu den Ladenöffnungszeiten in Bayern Änderungen geben soll oder nicht. Dieser Bericht steht nun kurz bevor. Wir werden ihn zu Beginn des nächsten Jahres erhalten. Wir lassen uns den Bericht ja geben, um fundiert entscheiden zu können. Ihrem Antrag zuzustimmen hieße deshalb, diesen Landtagsbeschluss zu entwerten, ihn hinfällig werden zu lassen. Zugespitzt ausgedrückt, wäre eine Zustimmung zu Ihrem Antrag eine Missachtung des früheren Landtagsbeschlusses. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

(Harald Güller (SPD): Sie haben schon viel Fantasie! - Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

- Frau Steiger, Sie wollen doch eine fundierte Entscheidungsgrundlage haben; ich bitte Sie herzlich. Ich füge hinzu: Wir werden ihn nur deshalb ablehnen, denn noch einmal: In der CSU-Fraktion will derzeit niemand etwas an der gültigen Rechtslage ändern. Das gilt ganz klar für die Sonn- und Feiertage. Die frühere Arbeitsministerin Christa Stewens hat hier folgenden Satz geprägt, der nach wie vor und mehr denn je Gültigkeit hat:

"Sonntage sollen Tage des Herrn sein und nicht Tage für Hertie."

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Christa Steiger (SPD): Zitat Wolfgang Hoderleins!)

- Frau Steiger, lassen Sie mich halt einmal ausreden. Der Satz "Sonntage sollen Tage des Herrn sein und nicht Tage für Hertie" hat sich inzwischen nur insofern geändert, als Hertie nicht mehr existiert. Ansonsten ist dieser Satz weiterhin gültig. Man kann ihn jetzt auch unbekümmert äußern, denn bezeichnend ist auch, dass nach dieser Aussage wild protestiert wurde, Hertie habe sich nie für eine Sonntagsöffnung stark gemacht. Man verwahre sich gegen die Ecke, in die man da gestellt werde. Man solle und wolle dem Kommerz nicht auch noch am Sonntag Tür und Tor öffnen. Man hat es also sogar als geschäftsschädigend angesehen, sonntags öffnen zu wollen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Kollegin Sonnenholzner?

Bernhard Seidenath (CSU): Das würde mir von meiner Zeit abgehen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Gut, dann machen wir eine Zwischenbemerkung, Frau Kollegin. - Bitte, fahren Sie fort.

Bernhard Seidenath (CSU): Ich sehe also einen breiten Konsens auf dieser Grundlage. Auch wenn man es ohne religiösen Hintergrund sieht, brauchen wir einmal in der Woche einen Tag der Ruhe und der Muße, gerade in unserer hektischen Welt. Wir brauchen einen Tag für die Familie, einen Tag zum Durchschnaufen und Kräfte sammeln.

(Zuruf von der SPD: Genau!)

Deshalb sollte es vom Sonntagsschutz nicht mehr Ausnahmen geben als bisher, eher im Gegenteil. Das ist nicht in erster Linie Kirchenpolitik, sondern Sozialpolitik und Familienpolitik. Und das alles ohne Nachteile für die Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Das - die Beibehaltung der bisherigen Rechtslage - gilt. Die aktuelle Rechtslage - Einkaufen bis 20.00 Uhr, auch am Samstag - ist ein guter Kompromiss und ein fairer Ausgleich zwischen den Interessen der Kunden und denen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und deren Familien; denn der gesunde Menschenverstand sagt, eine längere Öffnungszeit allein bringt den Kunden nicht mehr Geld in den Geldbeutel. Das Geld vermehrt sich nicht, wenn es über die Woche nur anders

und breiter verteilt wird. Möglicherweise aber würde eine Änderung Nachteile für die Innenstädte bringen - gegenüber einem Event-Shopping auf der grünen Wiese. Möglicherweise würde sie auch Nachteile für mittelständische Einzelhändler oder auch Nachteile für den ländlichen Raum bringen. Über all dies, über die Auswirkungen von unterschiedlichen Ladenöffnungszeiten auf die Wettbewerbssituation der Einzelhandelsbetriebe, auf den Umsatz, auf die Einkaufsgewohnheiten der Menschen, aber auch auf die Zahl der Beschäftigten und auf deren Lebensumstände, wird der bevorstehende Bericht der Staatsregierung genau Auskunft geben, den wir bitte schön noch abwarten sollten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wir haben nicht gewusst, wann der Bericht kommt!)

So intensiv und tief die Diskussion im November vor drei Jahren war, so schwer die Geburt und so knapp die Abstimmung war, Fakt ist, dass die Regelung seither allseits akzeptiert und konsentiert wird. Nicht einmal der Einzelhandelsverband fordert eine Novellierung; ich betone: anders als 2006. Das Thema Ladenschluss hat in der Bevölkerung in den letzten zwei Jahren keine Rolle gespielt. Ich betone noch einmal: Das Thema Ladenschluss hat in der Bevölkerung in den letzten zwei Jahren keine Rolle gespielt. Auch deshalb gibt es keinen Anlass für Ihren Antrag. Wir werden ihn deshalb ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ich erteile jetzt das Wort zu einer Zwischenbemerkung der Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Kollege, ich stelle fest, dass unser Antrag immerhin schon bewirkt hat, dass uns dieser lange ausstehende Bericht in Aussicht gestellt wird. Das ist an dieser Stelle schon ein Teilerfolg.

Sie haben gerade darauf hingewiesen, dass in der CSU-Fraktion "derzeit" niemand daran denkt, den Ladenschluss aufzuweichen. Wir haben relativ schmerzliche Erfahrungen an mehreren anderen Stellen gemacht, zum Beispiel beim Gesundheitsschutz, mit Ihrer Position zur Gesundheitspolitik, die sich in Ihrem Koalitionsvertrag äußert, und mit solchen Aussagen und Meinungsbildungen zur Halbwertszeit des "derzeit" in Ihrer Fraktion, insbesondere seit in diesem Land der neue Ministerpräsident am Wirken ist. Deswegen wüsste ich von Ihnen schon gerne, wie lange "derzeit" bedeutet. Bedeutet "derzeit", bis wir den Bericht bekommen, aus dem hervorgeht - wie Sie uns auf die Anfragen immer mitgeteilt haben -, dass Sie die Erfahrungen aus den anderen Bundesländern abwarten und dann auf dieser Basis entscheiden, dass der Ladenschluss in

dieser Form doch nicht Bestand hat oder dass sie dies nur der Koalitionsrason anheim stellen. Ich kann jedenfalls für meine Fraktion nochmals feststellen: Dieser Bericht wird für uns daran nichts ändern, dass wir sehr überzeugt sind, dass die Ladenschlussregelungen jetzt schon die Beschäftigten an die Grenzen dessen bringen, was sie - auch im Hinblick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf - leisten können. Wie auch immer dieser Bericht aussehen mag, wir werden von dieser Meinung keinen Deut abweichen. Deswegen erwarten wir hier von Ihnen, dass Sie, wenn auch Sie dieser Meinung sind, diesem Antrag zustimmen.

Bernhard Seidenath (CSU): Liebe Frau Sonnenholzner, ich wäre gespannt gewesen, wie Sie dieses Statement in eine Zwischenfrage hätten kleiden wollen. Das wäre sehr interessant gewesen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das war eine Zwischenintervention!)

- Ja, jetzt war es eine Intervention, aber vorher hätte es eine Frage sein müssen.

(Zuruf von der SPD: Dann hätten Sie diese eben zulassen müssen!)

- Jetzt bedauere ich es fast. Aber angesichts der Zeit ist es schwierig, eine Frage zuzulassen.

Zweitens. Den Zeitpunkt des Berichts hätte man ganz normal - auch ambulant - auf den Fluren dieses Hohen Hauses klären können.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Ehrlich?)

Dazu hätte man diesen Antrag nicht gebraucht.

Drittens. Ich gehe davon aus, dass derzeit auch in der SPD niemand eine Änderung möchte. Ich frage bei Ihnen ja auch nicht nach, ob Sie dieses "derzeit" vielleicht irgendwann ändern würden, weil wir jetzt über die Gegenwart sprechen - nicht über die Zukunft und nicht über die Vergangenheit. Diese Aussage, Frau Sonnenholzner, war ganz klar. Eine Generaldebatte über all die anderen Themen, die Sie gerade angesprochen haben, wäre zwar reizvoll, aber in dieser Situation zeitlich leider nicht machbar.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank Herr Kollege.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe bekannt: Die SPD-Fraktion hat namentliche Abstimmung beantragt. Nächste Wortmeldung: der Kollege Muthmann.

Alexander Muthmann (FW): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich ist es - jedenfalls für uns - unerfindlich, warum an dieser Stelle zu diesem Zeitpunkt dieses Thema wieder in den Mittelpunkt gerückt werden soll.

(Thomas Hacker (FDP): Das hat die SPD gemacht!)

- Herr Hacker, das rechne ich schon Ihnen zu. Deswegen müssen wir an dieser Stelle ein paar Sätze dazu sagen. Wir werden als Fraktion der Freien Wähler dem SPD-Antrag zustimmen, weil es dafür beste Gründe gibt.

(Beifall bei der SPD)

Ein paar der Gründe sind schon genannt worden, ein paar kann man noch ergänzen.

Wir haben nach wie vor bundesrechtliche Regelungen, denn Bayern hat diesbezüglich kein eigenes Landesrecht geschaffen. Die Läden dürfen ohnehin immerhin 84 Stunden pro Woche offen sein. Das ist eine ganze Menge.

Gegen die Liberalisierung der Ladenschlusszeiten sprechen vielerlei Gründe. Ich will nur darauf hinweisen, dass vor allem kleinere Geschäfte und familiengeführte Unternehmen dadurch in besonderer Weise zusätzlich in Schwierigkeiten kommen können, von den Belastungen der Angestellten und damit auch ihrer Familien gar nicht zu reden. Bei Öffnungszeiten rund um die Uhr oder immer längerer Öffnungszeiten ist auch zu befürchten, dass wir immer mehr Phasen bekommen, in denen Einkaufsfluten herrschen und der Umsatz nicht proportional erweitert werden kann.

Insgesamt denke ich schon, dass wir uns auch an dieser Stelle mit den geltenden zentralen Regelungen und vorhandenen Gestaltungsmöglichkeiten der Öffnungszeiten nicht nur am Sonntag, sondern auch in den Abendstunden, durchaus zufrieden geben können, und zwar sowohl aus unternehmerischer Sicht wie auch aus Sicht der Arbeitnehmer und derer, die in den Läden einkaufen wollen und sollen, auch im Interesse sozialer Rechte und Errungenschaften, auch der Familien.

Wenn Frau Dodell zu diesem Thema auf ihrer Homepage darauf hinweist, dass die Staatsregierung sich lieber darauf konzentrieren sollte, den Koalitionsvertrag konsequent zu erfüllen, auch und vor allem in der Wirtschaftspolitik, gibt das freilich noch einmal Anlass, in den Koalitionsvertrag hineinzuschauen,

(Harald Güller (SPD): Genau!)

was darin zu lesen ist. Da muss man dann, glaube ich, das Fazit ziehen, dass das eine Aufforderung ist, an dieser Stelle konsequent in der Wirtschaftspolitik, auch unverbindlich zu bleiben. Klare, messbare Ziele, was Sie wollen, bis wann Sie es wollen, haben wir nur an einer Stelle. Das ist beim Thema Breitband, und es zeichnet sich ab, dass das ein Debakel ist und möglicherweise auch bleibt.

Lassen wir also an dieser Stelle solche Geschichten, die in der Sache wenig bringen außer Unruhe bei allen, die betroffen sind. Wir wollen das nicht und unterstützen gerne den Antrag der SPD. Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der Freien Wähler und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer:
Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Runge.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Anders als vor exakt drei Jahren und einem Tag - es war nämlich der 10. November 2006 - werden wir diesmal dem Dringlichkeitsantrag der SPD zum Thema Ladenschluss zustimmen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da schau her!)

Das im Antrag formulierte Ansinnen gibt die aktuelle Position unserer Fraktion wieder. Unseres Erachtens gibt es überhaupt keine Notwendigkeit, an der bestehenden Regelung etwas zu ändern.

Ich habe die Plenarsitzung von vor drei Jahren angesprochen. Es gab zu diesem Thema zwei Dringlichkeitsanträge, einen von der SPD-Fraktion, Beibehalt der bisherigen Regelung, im Wesentlichen so formuliert wie dieses Mal, und es gab einen sehr interessanten Antrag von der CSU, formuliert, um sich zum SPD-Antrag nicht äußern zu müssen. Er hieß ungefähr so: Entwicklung in anderen Ländern sorgsam abwarten, auswerten und dann entsprechend reagieren.

Wir hatten damals bewusst keinen Antrag gestellt. Zum einen war die bei uns mehrheitlich gefundene Positionierung bei uns selber nicht unstrittig. Zum anderen haben wir gesagt: Dieses Thema ist aktuell nicht der Nabel der Welt. Also müssen wir für keine weitere Aufregung sorgen.

Spannend war wie gesagt der CSU-Antrag. Der SPD-Antrag war ja nur eine Replik auf das, was vorher angekündigt wurde. Landauf, landab wurde seitens der CSU lauthals verkündet, dass beim Ladenschlussrecht etwas geändert werden würde, dass es zu einer weiteren Öffnung kommen würde.

Die Sprachrohre dieser Botschaft waren nicht nur die zuständigen Minister, damals Herr Sinner und Herr Huber, sondern es war der Ministerpräsident, damals Stoiber, höchstpersönlich, der durch die Lande gezogen ist und gesagt hat: Wir öffnen weiter beim Ladenschluss.

Wenige Tage vor der entscheidenden Plenarsitzung gab es dann diese ominöse Fraktionssitzung mit dem Patt. Der Ministerpräsident hatte fünf Minuten vorher die Sitzung verlassen, nachdem er sich noch gut in die Diskussion eingesprenzt hatte. Das war tatsächlich nichts anderes, Herr Seidenath, als eine Lachnummer. Und zu Ihrem heutigen Beitrag sage ich: Jeder blamiert sich, so gut er kann.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Ich brauche gar nicht meine eigene Wortwahl zu finden, sondern ich zitiere einfach einige wenige Zeitungsüberschriften. Die "Süddeutsche Zeitung" hat am nächsten Tag getitelt: "Wir machen nichts und warten dringlichst ab."

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und der SPD)

"Haltung der CSU zum Ladenschluss sorgt für eine kuriose Abstimmung und trägt zum Spott der Union bei." Im Grunde musste man wirklich spotten. Sie sagen jetzt, der Dringlichkeitsantrag sei nicht dringlich. Dann schauen Sie sich doch den damaligen Dringlichkeitsantrag an. Sie haben beantragt: Wir machen nichts, weil nichts dringlich ist. - Das war Ihr Dringlichkeitsantrag. Der "Donaukurier" hat getitelt: "Ein Exempel für ‚Führungsstärke‘ - Landtags-CSU will nun im Sommer 2007 neu über Ladenöffnungszeiten befinden".

Ein kleines Zitat aus der "Süddeutschen Zeitung" ein Jahr später, weil das Thema noch nicht zu Ende war:

Am Ladenschluss wird nicht gerüttelt - Was gab es nicht für vollmundige Ankündigungen.

In Sachen Ladenschluss ist das letzte Wort noch nicht gesprochen, hatte Ministerpräsident Edmund Stoiber vor fast einem Jahr getönt. Kurz zuvor hatte die CSU-Landtagsfraktion in einer peinlichen Pattentscheidung versehentlich nichts beschlossen. Schon vor Weihnachten werde das Thema wieder auf der Tagesordnung stehen, kündigte Stoiber trotzig an. Jetzt ist bald wieder Weihnachten. Passiert ist nichts, außer dass Stoiber bald selber ausreichend Zeit zum Einkaufen hat, sogar tagsüber.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

So ist die Presse richtigerweise mit dem Thema umgegangen.

Die CSU-Fraktion hat nichts unternommen, obwohl spätestens für 2007 von Ihnen, von der Staatsregierung, eine Beschlussfassung angekündigt wurde. Sie haben nichts unternommen aus gutem Grund, weil es keine Not gab. Es gab keine Notwendigkeit.

Deswegen, Herr Seidenath, ist der Dringlichkeitsantrag der SPD heute sehr wohl angebracht und er ist auch dringlich, weil man unterschiedliche Stimmen aus Ihrer Regierungskoalition hört. Die FDP sagt Ja und die CSU sagt wieder mal Nein oder nichts Genaues. Es ist einmal wieder das übliche Rumgeschwurbel, das immer kommt, wenn Sie in Nöten sind.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, gibt es unterschiedliche Interessenlagen. Es gibt auf der einen Seite die Konsumentenfreiheit, auf der anderen Seite Arbeitnehmerinteressen, die Interessen der Familie, es gibt den Einzelhandel, mehr Geschäft Ja oder Nein, mehr Umsatz Ja oder Nein? Die Antwort heißt: selbstverständlich eigentlich eher nicht mehr Umsatz, egal was wir mit den Ladenöffnungszeiten machen oder nicht.

Eine Aussage in den Begründungen der drei Vorredner hat meines Erachtens nicht so ganz gestimmt, nämlich mit der Ausweitung der Ladenöffnungszeiten würden wir die Geschäfte auf der grünen Wiese stärken. Die Empirie sagt: Dies ist nicht so. Der innerstädtische Handel profitiert davon und vor allem die Kleinlädler, die Nischenanbieter, aber auf Kosten, Herr Minister, der Selbstausbeutung bzw. der Ausbeutung von Familienangehörigen. Ob wir das wollen, ist doch sehr fraglich.

Damit komme ich am Ende zu einem ganz wichtigen Punkt, wenn wir über Geschäft, über Umsatz, über Arbeits- und Ausbildungsplätze reden. Die Verkaufsflächen werden immer größer, der Umsatz stagniert. Je größer die Verkaufsfläche, desto höher ist der Umsatz pro Beschäftigten. Das ist eine bedenkliche Entwicklung, denn das bedeutet weniger Arbeitsplätze und weniger Ausbildungsplätze.

In dieser Situation haben Sie vor, über eine Änderung des Landesentwicklungsprogramms den Großmärkten auf der grünen Wiese noch das Feld zu bereiten, generell Großbetriebsformen des Einzelhandels weiterzubefördern. Herr Hacker, was Sie da vorhaben, ist arbeitsplatzfeindlich, ist ausbildungsplatzfeindlich, ist mittelstandsfeindlich. Es befördert die Versiegelung und den Individualverkehr und bringt unsere Senioren zunehmend in Nöte.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Nehmen Sie von diesem Vorhaben, über eine Änderung des LEP die Großmärkte zu befördern, Abstand.

Jetzt bin ich wieder bei den Ladenöffnungs- und Ladenschlusszeiten. Was das anbelangt, gibt es überhaupt keine Notwendigkeit, dieses Fass aufzumachen. Stimmen Sie deswegen dem Antrag der SPD-Fraktion zu.

(Beifall bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Klein.

Karsten Klein (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Diskussion erinnert etwas an die vor drei Jahren bei der letzten Änderung des Ladenschlussgesetzes. Schon damals kamen die gleichen Vorurteile und die gleichen Einwände. Wenn man sich die Situation heute anschaut, findet man ein sehr differenziertes Bild der Ladenöffnungszeiten in der Praxis. Es hat sich nichts von dem eingestellt, was von meinen Vorrednern an Negativbeispielen platziert wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP - Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Wenn wir uns die Realität anschauen, dann ist es auch heute so, dass, abgesehen von Lebensmittelläden, gerade der Einzelhandel im ländlichen Bereich keine längeren Öffnungszeiten hat. Auch in den Städten herrscht ein differenziertes Bild vor.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Steiger (SPD))

Nicht jedes Einzelhandelsgeschäft hat jeden Tag bis 20 Uhr geöffnet. Das heißt im Umkehrschluss, dass sich auch das nicht erfüllt hat, dass nach der letzten Änderung des Ladenschlussgesetzes jeder automatisch alle Möglichkeiten ausschöpfen musste.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Das gilt natürlich auch für die aktuelle Debatte, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall der Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und Thomas Hacker (FDP))

Deshalb sollte man ein Stück weit ehrlich und bei den Fakten bleiben, wenn man dieses Thema anspricht.

(Beifall der Abgeordneten Tobias Thalhammer (FDP) und Thomas Hacker (FDP))

Es ist zu Recht angesprochen worden: Wir als FDP-Fraktion schauen der ganzen Sache sehnlich und er-

wartungsvoll entgegen, nämlich dem Bericht der Bayerischen Staatsregierung zur Situation der Ladenöffnungszeiten. Denn dann wird man die Auswirkungen sehen, dass nämlich die aktuelle Regelung im Grunde zu kurz springt. Bei der ganzen Debatte geht es nicht nur darum, durch eine Ausweitung der Ladenöffnungszeiten mehr Komfort für den Kunden schaffen zu wollen - auch das ist natürlich wichtig, besonders im Vergleich zu den anderen Bundesländern -, sondern es geht auch darum, dass schon heute der Einzelhandel in großem Maße in Konkurrenz zu den Internetanbietern steht. Praktisch jeder Einzelhändler steht in Konkurrenz zum Internetanbieter, der automatisch 24 Stunden und zwar sieben und nicht nur sechs Tage in der Woche anbieten kann. Da wird dann auch eingekauft.

(Beifall bei der FDP - Zurufe von der SPD)

An dieser Stelle möchte ich ausdrücklich darauf hinweisen, dass wir die Feiertage und Sonntage unangetastet lassen wollen. Das darf hier nicht falsch interpretiert werden. Mancher möchte das zu gerne tun.

Ein weiterer Punkt in der Diskussion ist, dass durch die ablehnende Haltung ein Sicherheitsempfinden für die bestehenden Einzelhandelsstrukturen erzeugt werden soll. Dieses Sicherheitsempfinden führt in die Irre und ist falsch. So darf die Diskussion nicht laufen, deshalb ist es richtig, die Diskussion da aufzugreifen, wo es geboten ist.

Wenn Sie schon nicht durch die Argumente Internet, Kundenkomfort oder ähnliches zu überzeugen sind, möchte ich Ihnen doch einen kleinen Bericht - auch wenn der Bericht der Landesregierung noch nicht vorliegt, aber immerhin einen Bericht - aus meiner Heimat geben. Wir wohnen im Grenzbereich zu Hessen. Dort gibt es an den Werktagen Öffnungszeiten von bis zu 24 Stunden. Unser Einzelhandel steht in Konkurrenz zu den Einzelhändlern in Darmstadt, in Seligenstadt, in Frankfurt und in Hanau. Die Kaufkraft wandert ab in diese Städte. Unser Einzelhandel wird dadurch geschädigt.

(Beifall bei der FDP)

Durch eine zu lasche Diskussion auf dieser Ebene ohne Freigabe schaden Sie unserem Einzelhandel am bayerischen Untermain und in anderen Grenzregionen. Und wenn Sie nun schon den beantragten Bericht nicht abwarten wollen, dann sicherlich nur aus dem einen Grund, dass Sie sich mit diesem Bericht nicht auseinandersetzen wollen, sondern dass Sie bereits jetzt Fakten schaffen wollen. Aus diesem Grunde ist Ihr Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Staatssekretär Sackmann.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Im November 2006 hat uns der Bayerische Landtag aufgefordert, dem Hohen Haus einen Bericht zu den Ladenöffnungszeiten in den anderen Bundesländern zu geben. Es ist beabsichtigt, diesen Bericht im ersten Quartal 2010 in den Ministerrat zu bringen. Anschließend werden wir den Bericht hier im Landtag vorstellen.

(Christa Steiger (SPD): Nach mehr als drei Jahren!)

Meine Damen und Herren, ich hielte es für eine Missachtung des Parlaments, diesen Berichtsantrag nicht zu vollziehen. Wir sollten deshalb diesen Bericht zunächst diskutieren und dessen Ergebnisse in das weitere Prozedere einbeziehen.

(Christa Steiger (SPD): Also lassen wir es so, wie es ist!)

Ich bin dankbar dafür, dass auch Herr Kollege Klein gerade darauf hingewiesen hat, dass die Sonn- und Feiertage nicht angetastet werden sollen. Ich denke, das ist unser gemeinsames Anliegen.

Ich will dazu ein Beispiel bringen. Dieses Jahr fällt der erste Adventssonntag in den November. Damit wäre die Möglichkeit gegeben, noch im November einen verkaufsoffenen Sonntag zu haben.

Deshalb hat Frau Staatsministerin in den letzten Tagen einen Brief an die kommunalen Spitzenverbände geschrieben und darum gebeten, genau diesen ersten Adventssonntag freizuhalten und damit einer Bitte der Kirche zu entsprechen. Diese Bitte sollten wir unterstützen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Runge?

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Das können wir am Schluss machen.

Es gibt in diesem Zusammenhang noch einen zweiten Punkt, den ich ansprechen möchte. Darauf hat der Kollege Seidenath zu Recht verwiesen. Ich glaube, es ist sehr wichtig, den Familien die Chance zu geben, bestimmte Zeiten gemeinsam zu verbringen.

(Christa Steiger (SPD): Eben!)

Dazu ist das Wochenende notwendig; darüber sind wir uns sicherlich einig und es ist demzufolge auch richtig.

Vor der Beantwortung der Frage, wie sich die Öffnungszeiten auf die wöchentliche Arbeitszeit auswirken, sollten wir zunächst die Diskussion über den Bericht führen, um zu sehen, welche Erfahrungen aus den anderen Ländern zu berücksichtigen sind.

(Karsten Klein (FDP): Genau!)

Es ist interessant, dass in vielen Ländern die Öffnungszeiten zwar wesentlich breiter gestaltet werden, aber im Grunde gar nicht genutzt werden. Zwischenzeitlich verweist auch unser eigener Einzelhandelsverband darauf.

Und wenn ich meine ganz persönliche Meinung mit einbringen darf: Ich glaube, wir sollten uns genau überlegen, ob nicht die jetzigen Zeiten bereits ausreichen. So bitte ich, zunächst den vorliegenden Antrag abzulehnen und stattdessen offen darüber miteinander zu diskutieren. Dazu dient der Bericht. Auf der Grundlage dieses Berichts werden wir die richtigen Entscheidungen treffen. Wenn wir das tun, werden wir sicherlich erkennen, was die Menschen von uns erwarten.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatssekretär, bleiben Sie bitte noch einen Moment. Herr Kollege Runge, Sie haben das Wort zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Martin Runge (GRÜNE): Herr Staatssekretär, Sie haben eben das schöne Wort von der Missachtung des Parlaments gebraucht. Meine Zwischenfrage hätte gelautet: Sehen Sie es nicht als eine Missachtung des Parlaments, wenn es die Staatsregierung nicht schafft, mehr als drei Jahre nach einer mehrheitlichen Beschlussfassung, einen solchen Bericht zu geben. Ist das etwa keine Missachtung des Parlaments?

Nachdem ich jetzt keine Frage mehr stellen kann, sondern eine Intervention mache, kurz Folgendes: Wir wissen alle, was da gelaufen ist. Sie haben angekündigt, dass es spätestens 2007 den Bericht geben sollte. Dann aber haben Sie sich versteckt, weil die Sache unangenehm ist und Sie wollen dieses Thema gerne auch weiterhin aussitzen. Es wäre schon ganz spannend, wenn Sie sich entsprechend positionierten.

Sie haben jetzt erfreulicherweise eine persönliche Anmerkung gemacht. Schön wäre es gewesen, wenn Sie Ihre Kolleginnen und Kollegen der CSU da mitgenommen hätten. Damit ersparten wir uns ein Herumgeeiere, wie wir es von einem Ihrer Vorredner haben hören müssen.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Herr Kollege Runge, ich hatte nicht den Eindruck,

dass Herr Kollege Seidenath herumgeeiert hätte. Er hat unsere Position deutlich gemacht und hat darüber hinaus unterstrichen, was wir für unsere Position einbringen werden.

Der zweite Teil Ihrer Intervention zielt auf die Frage, warum der Bericht erst jetzt kommt. Sie wissen vielleicht, dass manche Bundesländer erst vor einiger Zeit ihre Gesetze verabschiedet haben, und Sie wissen auch, dass mindestens ein Jahr Erfahrung in diese Berichte eingebracht werden sollte und dass sich deshalb dieser Bericht verzögert hat.

Ich möchte aber darauf hinwirken, dass wir den Bericht frühzeitig im Jahre 2010 vorlegen werden. Wir werden ihn dann diskutieren und die entscheidenden Beschlüsse fassen können.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatssekretär, vielen Dank. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen deswegen zur Abstimmung. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Das Prozedere kennen Sie. Achten Sie auf Ihre Fraktionsvorsitzenden. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 18.57 bis 19.00 Uhr)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird anschließend bekannt gegeben. Ich darf bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Bevor wir in der Tagsordnung fortfahren, gebe ich die Ergebnisse der vorher durchgeführten Richterwahlen bekannt. Das war Tagesordnungspunkt 3.

Wahlvorschlag Elisabeth Mette: 151 Abgeordnete haben an der Wahl teilgenommen. Davon war kein Stimmzettel ungültig. Es entfielen auf Frau Mette 132 Stimmen. Mit Nein stimmte kein Abgeordneter. Ihrer Stimme enthalten haben sich 19 Abgeordnete.

Wahlvorschlag Ralf Peter. An der Wahl haben 151 Abgeordnete teilgenommen. Kein Stimmzettel war ungültig. Es entfielen auf Herrn Peter 131 Stimmen. Mit Nein stimmten zwei Abgeordnete. Ihrer Stimme enthalten haben sich 18 Abgeordnete.

Wahlvorschlag Dagmar Ruderisch. An der Wahl haben 151 Abgeordnete teilgenommen. Davon war kein Stimmzettel ungültig. Es entfielen auf Frau Ruderisch 132 Stimmen. Es gab keine Nein-Stimme. Ihrer Stimme enthalten haben sich 19 Abgeordnete.

Ich stelle damit fest, dass der Bayerische Landtag Frau Mette und Frau Ruderich sowie Herrn Peter zu beauftragten Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs gewählt hat. Ich gratuliere ganz herzlich. Der Tagesordnungspunkt 3 ist damit erledigt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion (FW)
Übermäßige Beanspruchung der Bereitschaftspolizei an Wochenenden
(Drs. 16/2549)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u. a. und Fraktion (SPD)
Starke Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei und Sondereinheiten an Wochenenden
(Drs. 16/2559)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Geschlossene Einheiten der Polizei entlasten; verbindliche Dienst- und Freizeitplanung einhalten; vorhandene Potenziale nutzen (Drs. 16/2561)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist Herr Kollege Hanisch. Bitte schön.

Joachim Hanisch (FW): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute eine Menge über gutes Wirtschaften gehört, über Sparmaßnahmen und wie man einsparen kann. Sie haben uns in vielen Fragen auf Ihrer Seite, in einem Bereich aber meine ich, sollten wir nicht sparen, und das ist die Sicherheit. Die Polizei ist ein wesentlicher Bestandteil der Sicherheit im Freistaat Bayern. Doch gerade hier wurde in den vergangenen Jahren enorm gespart und soll auch noch gespart werden. Das sind aber Maßnahmen, bei denen wir nicht mitmachen können. Wir sind vielmehr der Auffassung, hier muss gegengesteuert werden. Die Sicherheit muss uns das wert sein.

Bei der Polizei gibt es viele Baustellen. Lassen Sie mich die meisten außer Acht lassen, denn heute geht es mir um die Personalsituation, um die Wochenarbeitszeit. Sie kennen die Situation: Es soll die 40-Stunden-Woche eingeführt werden. Es geht um die zunehmenden Pensionszahlen und es geht um einen schleichen Personalabbau bei der Polizei. Wenn man die Belastungen der Polizeibeamten sieht, und das ist heute mein Thema, dann sieht man, wie stark die Poli-

zei eingespannt ist. Man sieht, dass im Jahr 2008 in einem Fall ein Polizeibeamter an 17 Wochenenden nicht zu Hause bei seiner Familie war. Im Jahr 2009 ist es immer noch die Regel, dass ein Polizeibeamter oder eine -beamtin 8 Wochenenden am Stück nicht bei der Familie, daheim bei den Freunden oder dem Lebensgefährten ist. Man kann sich vorstellen, zu welchen Problemen das führt.

Was ist die Folge davon? Es sind körperliche Belastungen, es sind psychische Belastungen. Sie sind nicht zu leugnen und lassen sich nachweisen. Das führt zu Erkrankungen bei den einzelnen Personen. Es kann nicht sein, dass wir das zulassen. Das führt darüber hinaus zu Unzufriedenheit bei den Polizeibeamten. Das führt zu einer, lassen Sie es mich drastisch ausdrücken, inneren Kündigung. Folge davon ist auch, dass die Familien zu Hause Probleme bekommen. Junge Polizeibeamte und -beamtinnen, die zu Hause Kinder haben, können ihre Kinder am Wochenende nicht sehen, wenn diese frei haben und nicht zur Schule gehen. Sie können auch ihre Partner nicht sehen, die, wenn sie arbeiten, nur am Wochenende frei haben. Wir fordern deshalb, dass der Staat seinen Fürsorgepflichten bei den Beamtinnen und Beamten der Polizei stärker nachkommt. Wir fordern, dass zumindest sichergestellt wird, dass die Polizeibeamtinnen und -beamten mindestens einmal an einem Wochenende im Monat zu Hause bei ihrer Familie sein können. Ich meine, das ist nicht zu viel verlangt. Das muss sichergestellt werden. Dazu gehört langfristig, dass das Personal bei der Polizei gestärkt wird und dass in größerem Umfang Ausbildungspersonal zur Verfügung steht. Auch Ausbildungsmöglichkeiten und Ausbildungsräume müssen in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden. In Zukunft dürfen nicht nur 500 Personen im Jahr ausgebildet werden, von denen erfahrungsgemäß 20 bis 25 % die Ausbildung abbrechen. Darüber hinaus müssen 600 bis 800 Leute eingestellt werden. Nur dann kann man unseren Forderungen mittelfristig nachkommen.

Wir werden dem Dringlichkeitsantrag der SPD zustimmen. Der Antrag der GRÜNEN ist ein toller Antrag, aber ein Punkt stört uns, und zwar die Erstellung des Dienstplans mindestens 14 Tage im Voraus. Das lässt sich nicht sicherstellen, denn man muss spontan reagieren können. Vielleicht können Sie uns in diesem Punkt etwas entgegenkommen, dann werden wir auch Ihrem Antrag zustimmen.

(Beifall bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Die nächste Wortmeldung ist bei der Fraktion der SPD. Bitte schön, Herr Kollege Schneider.

Harald Schneider (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Freien Wähler ist von der Intention her sicher richtig. Die Belastungen für die Bereitschaftspolizei sind in den letzten Jahren so stark angewachsen, dass viele Kolleginnen und Kollegen ausgebrannt sind. Wie das im Antrag geschildert wird, mussten viele Kolleginnen und Kollegen in der Vergangenheit teilweise 11 Wochenenden, in Spitzenzeiten sogar 14 Wochenenden hintereinander Dienst leisten. Das ist ein untragbarer Zustand, und er ist Folge der Personalpolitik, wie sie unter der Regierung Stoiber betrieben worden ist. Diese Personalpolitik war total daneben, darüber sind wir uns wohl alle einig.

(Christa Naaß (SPD): Jawohl!)

Ich gehe davon aus, auch die CSU ist der Auffassung, damals, im Jahr 2003, wurde die bayerische Polizei zu Tode gespart.

(Beifall bei der SPD)

Das muss geändert werden. Darin sind wir uns alle einig. Ansätze dazu wurden bereits gemacht. Das will ich durchaus zugeben. Im Jahr 2009 und im Jahr 2010 sollen jeweils 1.000 Leute eingestellt werden. Das ist richtig. Ich warne aber vor allzu großer Illusion, das könnte sich bereits in naher Zukunft auswirken. Ich habe heute Vormittag noch mit mehreren Chefs von Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei in Dachau, Nürnberg und Würzburg gesprochen. Die sagen, der hier gestellte Antrag ist wunderbar, er wird in aller nächster Zeit aber nicht umsetzbar sein. Wir haben im ersten Halbjahr 2009 bei den Einsatzeinheiten der Bereitschaftspolizei ein historisches Tief erreicht. Insgesamt standen nur noch 15 Einsatzzüge zur Verfügung. Diese Züge mussten die zunehmende Zahl von Einsätzen abdecken. Wir haben von Innenminister Hermann gehört, die bayerische Polizei musste ein Drittel mehr Einsätze in anderen Bundesländern leisten, die jüngst anfielen. Und die Tendenz ist steigend. Die Einsatzführer fragen deshalb: Wie wollt Ihr das machen?

Ein freies Wochenende alle vier Wochen lässt sich in der nächsten Zeit nicht realisieren. Herr Kollege Harnisch hat die tragischen Folgen für die jungen Familien, die daraus resultieren, bereits geschildert. In der Bereitschaftspolizei steigen die Scheidungsraten exorbitant an, weil der Dienst nicht mehr kalkulierbar ist. In diesem Punkt unterscheidet sich unser Antrag von dem Antrag der Freien Wähler. Den Kollegen geht es vor allem darum, planbare freie Wochenenden zu haben. Die Wochenenden sind jedoch nicht mehr planbar. Den Beamten wird am Freitagvormittag mitgeteilt, dass sie am Abend in Dresden, Leipzig, Jena oder sonst wo sein werden. Damit ist für die Kollegen schon wieder ein Wochenende futsch. Dieses Verfahren setzt sich

Woche für Woche fort. Wir sind uns alle darüber einig, dass etwas passieren muss. Ich glaube jedoch nicht, dass eine Verbesserung in der nächsten Zeit erzielt werden kann. Zwischenzeitlich ist zwar die Zahl der vorhandenen Einsatzzüge der Bereitschaftspolizei von 15 auf 20 angestiegen, jedoch reicht dieser Anstieg bei der bisherigen Belastung nicht aus, damit eine Verbesserung erzielt werden kann. Mittlerweile wird den Kollegen alle sieben bis acht Wochen ein freies Wochenende zugesprochen.

In zwei Jahren werden wir 25 Einsatzzüge haben. Dann wird das Problem gelöst sein. Jedoch erst in zwei Jahren. Was machen wir bis dahin? Morgen stellt der Herr Innenminister die Sicherheitswacht vor. Die Verdopplung des Personals der Sicherheitswacht auf 1.000 Leute ist wohl eher der Not geschuldet. Inwiefern hilft das der Bereitschaftspolizei? Inwiefern hilft das unseren geschlossenen Einheiten? Inwiefern hilft das der inneren Sicherheit? Ich möchte jetzt kein neues Fass aufmachen. Hier geht es ausschließlich um die geschlossenen Einheiten.

Diesen Punkt wollte ich vorhin ergänzen. Es dürfen nicht nur die geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei in den Mittelpunkt gestellt werden. Darüber hinaus gibt es geschlossene Einheiten bei den einzelnen Polizeipräsidien. Dort gibt es Einsatzzüge, die ähnlich stark belastet sind. Aus diesem Grund sollten diese Einheiten in dieses Paket aufgenommen werden. Für dieses Problem soll eine sinnvolle Lösung gesucht werden, damit eine Entspannung eintritt. Ansonsten macht der Dienst die Kollegen kaputt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag, damit wir den Kollegen helfen können. Selbst wenn es sich zurzeit um eine Absichtserklärung oder eine unterstützende Maßnahme handelt, geben wir den Kollegen damit das Gefühl, dass wir an ihre Belastung denken und ihnen helfen wollen. Wir müssen die Forderungen so schnell wie möglich umsetzen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich gebe hiermit bekannt, dass die CSU-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt hat. Die nächste Rednerin für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Frau Kollegin Tausendfreund. Bitte schön.

Susanna Tausendfreund (GRÜNE): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Antrag bezieht sich ebenfalls auf alle geschlossenen Einheiten. Wir halten aber nicht nur an dem Punkt "planbare Wochenenden" fest, sondern beantragen darüber hinaus noch weitere Maßnahmen. Die Situation für die betroffenen

Beamtinnen und Beamten ist für meine Begriffe nicht haltbar. Sie können ihre Freizeit nicht planen. Die Situation bei den geschlossenen Einheiten der Polizei hat gravierende Auswirkungen auf das komplette soziale Umfeld, da keine Verabredungen mit Freunden und Bekannten getroffen werden können. Die Dienstpläne können von einem auf den nächsten Tag wieder umgeworfen werden. Die Auswirkungen auf das Familienleben - das ist bereits geschildert worden - sind ebenfalls gravierend.

Wir reden sehr viel über die Förderung des ehrenamtlichen Arrangements. Polizisten, die in einer geschlossenen Einheit ihren Dienst verrichten, können sich in keinem Verein ehrenamtlich arrangieren. Das ist nicht möglich.

Mir ist berichtet worden, dass die Dienstpläne, selbst wenn sie eine Woche vorher bekannt gegeben werden, von heute auf morgen umgeworfen werden. Niemand kann sich darauf einstellen, wie die nächsten Wochen verlaufen werden. Für mich ist das eine moderne Form der Sklaverei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Folge für die Betroffenen ist der Aufbau von Frust. Die USK-Einheiten beispielsweise sind absolut unattraktiv. Gute Leute bewerben sich dort wieder weg, sodass Nachwuchsprobleme entstehen. Hinzu kommen die extrem langen Einsatzzeiten, die sich ebenfalls auf Einsätze in anderen Bundesländern erstrecken. Darüber hinaus werden keine Verschnaufpausen einkalkuliert. Dort, wo im Grunde ein umsichtiges Verhalten notwendig ist, werden durch diese Zustände Aggressionen aufgebaut. Somit entstehen unschöne Situationen, wenn es auf Demonstrationen oder Sportveranstaltungen zu Zusammenstößen kommt.

Welches sind die Gründe für diese Situation? Ein Grund ist die verfehlte Personalpolitik der letzten Jahre. Es sind viel zu wenig Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter eingestellt worden. Darüber hinaus hat es einen Personalabbau gegeben, der mit der 42-Stunden-Woche begründet worden ist. Mir ist es ein Rätsel, wie in absehbarer Zeit wieder die 40-Stunden-Woche eingeführt werden kann.

Ein weiterer Punkt besteht in dem Brachliegen von Potenzialen. Junge Mütter und junge Väter, die schon längst in den Polizeidienst zurückkehren könnten, ist eine Rückkehr nicht möglich, da zu wenig Möglichkeiten für die Kinderbetreuung bestehen.

Manchmal werden zu viele Einsatzhundertschaften zu verschiedenen Veranstaltungen geschickt. Mit dieser Strategie ist man eher auf der sicheren Seite. Aber häufig wäre ein Agieren mit mehr Augenmaß angebracht.

Ich möchte jedoch nicht abstreiten, dass es immer mehr Veranstaltungen und Einsätze gibt, bei denen die Polizei gefordert ist. Wie könnte eine adäquate Lösung für diese unbefriedigende Situation aussehen? Es muss ein Kompromiss zwischen den Interessen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Einsatzbereitschaft gefunden werden. Wir benötigen planbare Wochenenden in ausreichender Anzahl. Einsätze von acht aufeinanderfolgenden Wochenenden ist der positive Ausnahmefall. Mir wurde von deutlich längeren Zeiträumen berichtet. Darüber hinaus muss eine planbare Freizeit unter der Woche gewährleistet sein. Außerdem ist der zeitliche Vorlauf sehr wichtig. Die 14 Tage, die zurzeit angesetzt sind, sind ohnehin sehr kurz. Ich habe mit einer Anfrage zur letzten Plenarsitzung in Erfahrung gebracht, dass ein Vorlauf von nur einer Woche für die Betroffenen die Regel sei und nur in Einzelfällen davon abgewichen werde. In der Realität handelt es sich eher um eine Umkehrung dieses Regel-Ausnahmeverhältnisses. Selbst auf die Dienstplanung für eine Woche können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht verlassen.

Wir brauchen - mit dieser Forderung gehen wir deutlich über die anderen Anträge hinaus - einen Paradigmenwechsel bei der Einstellungspraxis. Wir benötigen nicht nur 600 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr, sondern wir benötigen stattdessen 800 bis 1.000 Anwärterinnen und Anwärter, damit kein Personalabbau entsteht. Wir brauchen - das ist der wichtigste Punkt - die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Zu diesem Punkt haben wir konkrete Vorschläge. Wir brauchen Betreuungsangebote in Form von Betriebskindergärten mit flexiblen Öffnungszeiten, da die Öffnungszeiten eines normalen Kindergartens den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nichts nützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben keine geregelten Arbeitszeiten. Wir benötigen flexible Arbeitszeitmodelle und die Möglichkeit von Telearbeitsplätzen. Warum soll eine junge Mutter, die wieder in den Polizeidienst zurückkehrt, ihren Bericht nicht zu Hause verfassen? Zu diesem Thema habe ich ebenfalls eine Anfrage gestellt. Mir wurde gesagt, dass die Telearbeit immer noch grundsätzlich abgelehnt werde. So werden wir nicht zu einem familienfreundlichen Polizeidienst kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir benötigen mehr Teilzeitstellen. Wir benötigen Job-Sharing-Angebote für die Führungskräfte. Hierzu können wir noch kein einziges Modell vorweisen. Das sind alles zwingende Maßnahmen, damit der Polizeiberuf für Beamtinnen und Beamte, die eine Familie gründen

wollen und gleichzeitig Karriere machen möchten, attraktiver wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Frau Kollegin Tausendfreund. Ich erteile Herrn Kollegen Ländner für die Fraktion der CSU das Wort. Bitte schön.

Manfred Ländner (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich bin für diesen Antrag sehr dankbar, weil es damit gelingt, hier im Parlament Sympathie zu bekunden und das Zeichen zu setzen: Jawohl, unsere Polizei ist wichtig; jawohl, wir brauchen unsere Polizei; jawohl, unsere Polizei hat einen harten Dienst. Liebe Kollegin Tausendfreund, ich würde doch ein großes Fragezeichen dahinter setzen, ob man diesen Dienst als Sklaverei bezeichnen kann. Unsere Polizisten sind Beamte des Freistaates Bayern. Sie leisten einen harten Dienst, und sie werden alimentiert.

Wir im Parlament - ich hoffe, parteiübergreifend - tun alles dafür, um die Arbeitsbedingungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten so zu gestalten, dass sie ihren Dienst verrichten können. Dieses Bemühen drückt sich in verschiedenen Dingen aus, zum Beispiel in Dienstvorgaben, in denen es heißt, dass ein freies Wochenende im Monat gewährt werden soll. Das ist in den letzten Monaten nicht gelungen; das wird auch vom Ministerium eingeräumt. Das ist nicht etwa deshalb nicht gelungen, weil das Parlament dagegen gewesen wäre oder weil die Bürgerinnen und Bürger dagegen gewesen wären, sondern es ist deshalb nicht gelungen, weil nun einmal die Anforderungen an unsere Polizei da waren. Obwohl ich mich über diesen Antrag freue, werden wir deswegen diesen Antrag ablehnen.

(Lachen bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von der SPD und den GRÜNEN - Unruhe)

Und wenn Sie noch so freundlich sind, es bleibt Tatsache,

(Anhaltende Unruhe - Glocke des Präsidenten)

dass nicht das Parlament den Einsatz unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten bestimmt, sondern den Einsatz bestimmen die Anforderungen unserer Gesellschaft. Man wird nicht zu Fußball-Hooligans sagen können: Liebe Freunde, heute gibt es keine Randalen beim Fußball, weil die Polizei ein freies Wochenende hat. Man kann leider auch nicht zu Menschen, die ihr Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ausüben wollen, sagen, heute wird nicht demonstriert, weil unsere Polizeibeamten ein freies Wochenende haben.

(Lachen bei der SPD - Unruhe)

Das ist die Problematik, die sich leider stellt.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Wir befinden uns in diesem Parlament auf einem guten Weg.

(Unruhe)

Wir brauchen mehr Personal bei der Polizei; das ist in den Aussagen der Vorredner auch schon deutlich geworden.

(Zurufe von der SPD: Jawohl, genau! - Beifall bei der SPD)

- Danke schön. Wir befinden uns mit dem Beschluss, dass es 500 mehr Polizeibeamte in diesem Jahr und 500 mehr Polizeibeamte im nächsten Jahr geben soll, auf einem sehr guten Weg. Wir werden auf diesem Weg fortfahren, und wir hoffen, dass wir in diesem Hause für Beschlüsse zugunsten unserer Polizei eine breite Zustimmung - das sage ich auch an die eigenen Reihen - bekommen, eine breite Zustimmung zu all dem, was wir für die Polizeibeamten und Polizeibeamtinnen als notwendig erachten.

Ich sage bewusst: Wir brauchen auch dann ein Ja zu unserer Polizei, wenn es einmal eng wird, wenn die Belastung im Einsatz sehr hoch wird und wenn Probleme auftauchen. Auch dann muss das Parlament hinter unserer Polizei stehen. Wir brauchen keine Schaufensteranträge, die heute ein freies Wochenende fordern und die morgen besagen, dass unsere Polizeibeamten nicht tauglich sind, um irgendwelche Herausforderungen zu bestehen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Wer sagt denn so etwas?)

Wir werden auf diese Diskussion zurückkommen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Zurück in den Polizeidienst!)

Bei der in diesem Hause sehr polizeifreundlich geführten Diskussion, für die ich dankbar bin, bin ich sehr davon überzeugt, dass wir in großer Übereinstimmung die Verbesserungen für die Polizei erreichen werden, die wir beschlossen haben und noch beschließen werden. Ich freue mich, dass wir uns heute parteiübergreifend als Freunde der Polizei in diesem Hause outen. Dafür bedanke ich mich recht herzlich.

(Zurufe von der SPD)

Liebe Freunde, Schaufensteranträge sind aber nicht unser Ding.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Ländner, bitte bleiben Sie am Mikrophon. Es gibt zwei Zwischenbemerkungen. Die erste Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Kamm.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Kollege Ländner, Sie haben die Situation der Polizei und die vielen Anforderungen an sie bedauert. Ich bedauere zum Beispiel sehr, dass Sie den Ausführungen meiner Kollegin Susanna Tausendfreund nicht zugehört haben, die dargestellt hat, dass es eine Reihe von Möglichkeiten gäbe, um die Personalsituation der Polizei kurzfristig zu verbessern. Ich bitte Sie wirklich darum, nicht nur die Situation der Polizei zu bedauern, sondern auch einmal tatsächlich Vorschläge ernst zu nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Manfred Ländner (CSU): Erstens habe ich den Ausführungen der Kollegin Tausendfreund zugehört.

(Christine Kamm (GRÜNE): Dann haben Sie sie nicht verstanden!)

Zweitens haben wir mit den Neueinstellungen Perspektiven für unsere Polizei aufgezeigt. Ich bin davon überzeugt, dass wir damit auf einem guten Weg sind.

(Christa Naaß (SPD): Was ist mit der Telearbeit?)

- Ich glaube nicht, dass Telearbeit den Einsatz in geschlossenen Verbänden gegen Fußball-Hooligans am Wochenende bzw. andere Aktionen ersetzen kann. Gegen Fußball-Hooligans ist Telearbeit nicht besonders erfolgreich.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es geht darum, dass man mit ein bisschen Flexibilität etwas erreichen kann! - Christine Kamm (GRÜNE): Es gab eine ganze Reihe von Vorschlägen zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf!)

- Der Antrag bezieht sich nicht auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf; das ist eine beamtenpolitische Angelegenheit, die wir regeln können.

(Zuruf von den GRÜNEN: Aber der GRÜNEN-Antrag!)

Der Antrag bezieht sich darauf, ein freies Wochenende für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte zu erreichen. Das ist beabsichtigt, aber nicht immer realisierbar. Manchmal lässt die Lage das einfach nicht zu.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Zwischenintervention: Herr Kollege Schneider.

Harald Schneider (SPD): Herr Kollege Ländner, Sie haben so schön begonnen und sind dann so schlecht gelandet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Sie geben uns im Prinzip recht, und das ist schön. Das ist das einzig Schöne. Wir müssen aber auch Schlüsse daraus ziehen. Die Anträge waren in keiner Weise Schaufensteranträge, weder der Antrag des Kollegen Hanisch noch der Antrag der GRÜNEN noch der Antrag von uns, sondern uns geht es wirklich darum, den Kollegen zu helfen. Die Arbeitszeitvorschriften der bayerischen Polizei, um das auch einmal klarzumachen, sehen auf alle Fälle dieses freie Wochenende vor. Die Arbeitszeitvorschrift lässt nur dann Ausnahmen zu, wenn die öffentliche Sicherheit und Ordnung bedroht ist. Jetzt werden die Kollegen wegen jeder Kirchweih oder wegen sonst irgendetwas ausgeschiedet. Wir wollen ein bisschen Sensibilisierung bei der Bereitschaftspolizei erreichen, damit sie überlegen, ob es wirklich dringend notwendig ist, am Wochenende wieder Einheiten durch ganz Bayern und sonst wohin zu schicken. Wir wollen dafür sorgen, dass ein bisschen Druck auch auf die Einsatzleitung und die Führung ausgeübt wird, damit die dafür sorgen, dass die Polizeibeamten und -beamtinnen ein freies Wochenende haben. Nur darum geht es.

(Beifall bei der SPD)

Manfred Ländner (CSU): Herr Kollege Schneider, ich habe eingangs erwähnt, dass ich absolut dafür bin. Ich habe auch auf die Vorgaben des Innenministeriums hingewiesen. Jetzt geht es um die Realität beim Einsatz selbst. Wenn wir auf die Polizeiführung einwirken können, was wir im Innenausschuss auch versuchen, dann wollen wir das auch wirklich tun.

(Zuruf von der SPD: Eben!)

Wir können aber nicht per Landtagsbeschluss ein freies Wochenende anordnen; das funktioniert einfach nicht. Jeder, der mit polizeilicher Praxis zu tun hat, weiß, dass dies nicht geht. Sie können nicht anordnen: Heute ist freies Wochenende. Sie können nur - dafür bin ich dankbar, das habe ich auch zum Ausdruck gebracht - die Solidarität mit unseren Frauen und Männern im grünen Rock, die am Wochenende ihre Frau bzw. ihren Mann stehen, zum Ausdruck bringen. Daneben können wir versuchen, das Innenministerium und die polizeiliche Einsatzleitung für das Problem zu sensibilisieren. Mehr geht nicht. Wir können sagen: Freunde, Lageeinschätzung, bitte ein freies Wochenende für unsere Leute.

Ein Zweites ist, dass wir in diesem Hause in breiter Übereinstimmung mit der Bayerischen Staatsregierung beschlossen haben, mehr Frauen und Männer in den Polizeidienst einzustellen. Das haben wir getan, das werden wir tun, und das werden wir hoffentlich viele, viele Jahre durchhalten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Ländner, vielen Dank. Ich denke, zu der Zwischenintervention haben Sie sich ausreichend geäußert. Nächster Redner ist Herr Dr. Fischer für die Fraktion der FDP.

(Unruhe -Glocke des Präsidenten)

Dr. Andreas Fischer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wir wissen, dass aufgrund der geringen Neueinstellungen vergangener Jahre nicht nur die Verweildauer bei der Bayerischen Bereitschaftspolizei, sondern auch die Dienstbelastung stark zugenommen hat. Wir wissen auch, dass die Beamtinnen und Beamten bei der Bereitschaftspolizei ihren Dienst derzeit am Rande der Belastbarkeit tun und manchmal auch darüber hinaus. Wir wissen auch, dass dies für viele Beamte bedeutet, dass sich immer mehr Überstunden ansammeln und dass sie oft mehrere oder sogar viele Wochenenden hintereinander Dienst tun.

Der Dienst in der Bayerischen Bereitschaftspolizei ist hart. Er ist anstrengend, er ist mit großen physischen und psychischen Belastungen verbunden. Ich möchte den Beamtinnen und Beamten, die dort Dienst tun, meinen hohen Respekt aussprechen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsfraktionen, leider sind Ihre Anträge - ich möchte da alle drei Anträge zusammenfassen - bestenfalls eine Problembeschreibung, aber sie zeigen keinen echten Lösungsansatz. Ich sage Ihnen, ich habe Verständnis dafür; denn kurzfristig ist eine solche Lösung nicht möglich. Ich möchte mich ausdrücklich beim Kollegen Schneider bedanken, in dessen Beitrag das immer wieder angeklungen ist.

Die Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei, die jetzt ihren Dienst tun, sind vor Jahren eingestellt worden. Dass es zu wenige sind, geht auf Versäumnisse der Vergangenheit zurück, die man heute nicht mit einem Federstrich beseitigen kann. Polizeibeamte wachsen nicht auf Bäumen, man kann sie nicht herzaubern, und es gibt keinen Arbeitsmarkt für sie. Wir müssen sie erst ausbilden. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der FDP)

Das bedeutet, wir haben eine Vorlaufzeit. Deswegen sage ich Ihnen: Ihre Anträge sind naiv und blauäugig.

(Zurufe von der SPD: Na, na, na!)

Die Beamtinnen und Beamten, die wir nicht haben, können wir nicht einsetzen. Die Beamtinnen und Beamten der Bayerischen Bereitschaftspolizei gewährleisten die innere Sicherheit, und wir brauchen sie. Sie sind bei Demonstrationen, Großveranstaltungen und im Rahmen der Katastrophenhilfe tätig. Wollen Sie diese Veranstaltungen etwa absagen? - Ich freue mich wirklich auf den nächsten Antrag. Wahrscheinlich beantragen Sie, dass der Schneekatastrophen- oder Hochwasser-einsatz nicht stattfindet, weil in den nächsten 14 Tagen Katastrophen abgesagt werden. Ich freue mich wirklich darauf.

(Beifall bei der FDP)

Ich frage mich ernsthaft, was Telearbeitsplätze, so sinnvoll sie sind - das gestehe ich gern zu -, bei diesem konkreten Problem, das wir haben - auch das gestehe ich zu -, helfen sollen. Das Einzige, was wir tun können und tun müssen - das ist das Einzige, was an diesen Anträgen richtig ist -, ist, dass wir ein Signal setzen. Wir müssen die richtigen Weichen stellen. Die Wahrheit ist, wir können die Belastung nicht von heute auf morgen beseitigen. Die Wahrheit ist, wir haben eine Vorlaufzeit. Die Wahrheit ist aber auch, dass die gegenwärtige massive und schlimme Belastung der Polizeibeamten in zwei bis drei Jahren Geschichte sein wird, weil wir die richtigen Schritte bereits eingeleitet haben mit der Einstellungsoffensive und den tausend neuen Stellen für die Bayerische Polizei, die die FDP im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP)

Es gehört aber auch zur Ehrlichkeit, zu sagen, dass diese tausend Stellen allein das Problem nicht beheben werden. Sie sind ein erster Schritt. Die Aussage, die ich heute für die Polizei treffe, lautet: Wir müssen und werden darauf achten, dass es nicht bei diesen tausend Stellen bleibt. Ich kann dem Herrn Staatsminister des Innern meine Unterstützung zusichern, dass wir weiter für eine vernünftige Personalausstattung der Bayerischen Polizei kämpfen werden. Die Bayerische Polizei kann sich auch in Zukunft auf uns verlassen.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Fischer. Mittlerweile liegen für alle drei Dringlichkeitsanträge Anträge auf namentliche Abstimmung vor.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Was sagt denn der Innenminister?)

Abschließend erhält das Wort der Herr Innenminister. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin dankbar dafür, dass zumindest von ein paar Diskussionsteilnehmern interessante Beiträge geliefert wurden. Manches - das hat Kollege Fischer gerade zutreffend karikiert - führt auch sehr weit ab vom Thema. Denn wenn am kommenden Sonntag irgendwo in Bayern Neonazis unterwegs sein sollten, hilft es wenig, jemanden am Telearbeitsplatz zu Hause zu alarmieren. Da zählen nur die Kolleginnen und Kollegen, die sich vor Ort auf der Straße befinden.

(Zurufe von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist wichtig, dass wir uns um die Belastungen der Polizeibeamtinnen und -beamten in unserem Land kümmern. Es ist schon angesprochen worden, dass wir für die Bayerische Bereitschaftspolizei die Regelung haben, dass den geschlossenen Einheiten mindestens ein freies Wochenende im Monat gewährt werden soll. Ein freies Wochenende heißt, dass die Leute mindestens von Freitag, 15.00 Uhr, bis Montag, 7.30 Uhr, frei haben.

Dies wird im Rahmen der Vier-Wochen-Dienstplanung der Bayerischen Bereitschaftspolizei grundsätzlich berücksichtigt. Das Problem ist allerdings, dass sich die Gefährdungslagen immer wieder so entwickeln, dass sich innerhalb dieser vier Wochen neue Herausforderungen ergeben, die bei den Vier-Wochen-Planungen noch nicht berücksichtigt werden konnten. Das können Entwicklungen im eigenen Land sein. Ich nenne als konkretes Beispiel die geplanten Neonazidemonstrationen. Man wird sehen, wie die Verwaltungsgerichte entscheiden. Zunächst sind die Neonazidemonstrationen am kommenden Samstag in München und Wunsiedel verboten worden. Ich hoffe, dass das Verbot hält. Aber wir haben natürlich eine Einsatzplanung, die berücksichtigt, dass wir dann - was ich nicht hoffen will, was aber die Erfahrung zeigt -, wenn ein Verwaltungsgericht im letzten Moment das Verbot aufhebt, mit entsprechenden Kräften in München und Wunsiedel präsent sein müssen.

Das Gleiche kann uns - und das geschieht auch Woche für Woche bzw. Monat für Monat - in der Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern passieren. Wir haben übrigens für den Fall des Falles am Samstag in Wunsiedel auch Kräfte vom Land Hessen erbeten. Wenn der Fall in Wunsiedel eintritt, trifft es auch eine Einheit, die nach ihrer vierwöchigen Einsatzplanung in Hessen am nächsten Samstag frei gehabt hätte. Es sind aber keine anderen Einheiten mehr verfügbar. Wenn uns der Einsatz am Samstag erspart bleibt, kön-

nen die Beamten frei haben, und wenn es nicht so ist, dann werden die Leute leider ihren freien Samstag opfern müssen. Das ist die Realität. Darum heißt übrigens die Bereitschaftspolizei auch Bereitschaftspolizei und nicht Vier-Wochen-Plan-Polizei.

(Lachen bei der SPD)

- Entschuldigung, so ist das, und nur so können wir letztlich den Herausforderungen für die innere Sicherheit in unserem Land gerecht werden. Ich sage noch einmal: Wir sind diesem berechtigten sozialen Anliegen unserer Beamtinnen und Beamten verpflichtet.

Ich möchte außerdem - nur damit hier keine völlig falsche Mär verbreitet wird - darauf hinweisen, dass in den letzten vier Monaten, also Juli, August, September und Oktober, von 18 Wochenenden im Durchschnitt fünf bis sechs zusammenhängende freie Wochenenden gewährt werden konnten. Das bedeutet, in den letzten vier Monaten ist im gesamtbayerischen Durchschnitt sehr wohl die Vorgabe von mindestens einem freien Wochenende mehr als eingehalten worden.

Ich weiß aber, dass dies in der ersten Jahreshälfte teilweise nicht der Fall war. Ich kann auch nicht garantieren, dass das in den nächsten Wochen so bleiben wird. Wir werden erfahrungsgemäß eine gewisse Entspannung bekommen, wenn die Bundesliga ab dem 20. Dezember bis zum Januar eine Pause machen wird. Ich möchte ganz klar feststellen, dass sich neben den Personalfragen, zu denen ich später noch einige Sätze sagen möchte, auch das Einsatzgeschehen verändert hat. Es geht nicht nur darum, wie viele Leute wir einstellen, sondern wir müssen auch die Änderungen der Einsatzbelastung berücksichtigen.

Seit der Einführung der Dritten Bundesliga ist zu beobachten, dass wir für Fußballspiele Polizeikräfte in einem Umfang zur Verfügung stellen müssen, wie er vor drei bis fünf Jahren undenkbar gewesen wäre. Das ist eine Veränderung. Bei bestimmten Einsätzen, zum Beispiel bei linksextremen oder rechtsextremen Demonstrationen, müssen wir inzwischen mit einem großen Ausmaß von Gewalttätigkeiten gegenüber den Beamten rechnen. Bei solchen Einsätzen müssen wir deshalb aus Fürsorge für die Beamten mehr Personal zur Verfügung stellen, zumal die Beamten heute sehr viel mehr Eigenschutz betreiben müssen.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Staatsminister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Beyer?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Bitte sehr.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Minister, Sie haben die Fußballligen als großes Beschäftigungsfeld unserer Bereitschaftspolizei an den Wochenenden genannt. Ich frage Sie deshalb allen Ernstes: Wie lange soll es noch so weitergehen, dass eine Branche, die Geld ohne Ende umsetzen kann und auch verdient, den Freistaat und seine Polizei in diesem Maße in Anspruch nimmt. Können wir das aus Ihrer Sicht in extenso weiter betreiben? Ich könnte mir denken, dass irgendwann eine vierte Liga eingerichtet wird, in der es dann noch gewalttätiger zugehen könnte. Sie sollten nicht mit einer gewissen Kälte sagen, dass die Kollegen bei solchen Problemen eben ran müssten.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Kollege Dr. Beyer, die Frage wurde doch soeben gestellt.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Wann gehen Sie an dieses Thema heran? Ich weise darauf hin, dass der BGH vor kurzem das Hausrecht deutlich verschärft hat.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist keine Frage, sondern eine Zwischenintervention!)

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Kollege, es ist sehr nett, wie Sie sich mit diesem Thema beschäftigen. Leider hilft bei der Frage, wo wir unsere Polizeikräfte einsetzen, das Hausrecht überhaupt nicht weiter. Wenn Sie sich einmal ansehen, wie solche Einsätze in der Münchner Allianz-Arena oder beim Club in Nürnberg ablaufen, werden Sie feststellen, dass nur die wenigsten Kräfte im Innenraum der Stadien eingesetzt werden. Wir haben dort nur für Notsituationen einige Beamte in Bereitschaft. Die Masse der Polizeikräfte wird bei allen großen Fußballspielen im Außenbereich eingesetzt. Für den Innenbereich sind die Veranstalter verpflichtet, hunderte Ordner auf eigene Kosten einzusetzen. Das ist sowohl in der Allianz-Arena als auch beim Club in Nürnberg und allen anderen Spielen so geregelt.

Die Masse der Polizeikräfte ist im Außenbereich tätig. Das beginnt zum Beispiel am Nürnberger Hauptbahnhof in Zusammenarbeit mit der Bundespolizei. Die Kräfte überwachen S-Bahnhöfe und Zufahrtsstraßen. Aus meiner Sicht gibt es derzeit keine Rechtsgrundlage dafür, Fußballvereine zur Kostentragung bei diesen Einsätzen heranzuziehen. Ich halte auch nichts davon, eine solche Rechtsgrundlage zu schaffen. Ich mache überhaupt keinen Hehl daraus, dass ich dies ablehne. Ein Fußballverein, der sehr viel Geld verdient, zahlt ordentliche Steuern und beteiligt sich damit an den Vorhaltekosten für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Deshalb halte ich von solchen Vorschlägen überhaupt nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte noch einmal darauf hinweisen, dass wir mit dem Doppelhaus-

halt 2009/2010 tausend neue Stellen geschaffen haben. Dafür bin ich dem Herrn Ministerpräsidenten, der Staatsregierung und dem gesamten Hohen Haus dankbar. Diese Leistung kann sich niemand allein auf seine Fahne schreiben. Lieber Herr Kollege Dr. Fischer, wir sollten uns über dieses Thema aber nicht kleinlich unterhalten. Ich könnte auch darüber philosophieren, wie stark die Begeisterung der FDP für die Rücknahme der 42-Stunden-Woche gewesen ist. Aufgrund der Rücknahme der 42-Stunden-Woche wird die Polizei noch einmal zusätzlich 750 Stellen erhalten, sodass wir insgesamt auf 1.750 zusätzliche Planstellen kommen. Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung.

Wir haben in diesem Jahr bereits über 1.100 zusätzliche Polizeikräfte zur Ausbildung eingestellt. Im nächsten Jahr wird es rund 1.300 Neueinstellungen geben. Im Jahr 2011 werden es mindestens 1.200 sein. Wir sind auf einem guten Weg. Die Folge ist, dass wir in diesem Jahr 19 Einsatzzüge und 7 Züge des Unterstützungskommandos zur Verfügung haben. Schon in einem Jahr werden wir 8 Einsatzzüge mehr haben. Diese Verstärkung wird sich massiv auswirken. Wir können uns also sehen lassen. Das wissen auch die Kolleginnen und Kollegen in der Bereitschaftspolizei.

Nun zur Frage, wie wir unsere Kräfte verteilen. Wir haben 39 Einsatzzüge, die den einzelnen Präsidien für den normalen Polizeieinsatzdienst zugeordnet sind. Ich könnte das Gewicht natürlich verschieben. Ich könnte auch der Bereitschaftspolizei mehr Planstellen zuweisen. Unter dem Strich wäre damit aber nichts gewonnen. Diese Einsatzkräfte müssen vor Ort zur Verfügung stehen. Wir können dankbar dafür sein, dass die Beamtinnen und Beamten, sowohl im Einzeldienst als auch in den geschlossenen Einheiten der Bereitschaftspolizei, ihren Dienst mit einer unglaublichen Einsatzbereitschaft verrichten. Sie arbeiten mit Erfolg.

Meine Damen und Herren von der Opposition, Ihr Geschrei ändert Gott sei Dank nichts daran, dass Bayern das sicherste aller Bundesländer ist. Wir sind mit unserer Polizei erfolgreich und werden gemeinsam alles dafür tun, dass das auch so bleibt. Die Menschen können in Bayern sicherer leben als anderswo. Nur den Ganoven geht es in Bayern schlechter. Das ist der Weg, den wir auch künftig fortsetzen werden. Vielen Dank an unsere Polizei in Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Herr Minister, ich habe noch eine kurze Zwischenintervention von Herrn Kollegen Schneider.

Harald Schneider (SPD): Herr Innenminister, ich hätte mit Sicherheit geschwiegen, wenn Sie bei den geschlossenen Einsätzen nicht noch 39 Einheiten des

polizeilichen Einzeldienstes angesprochen hätten, die zum Beispiel für Demo-Einsätze zur Verfügung stehen. Diese Einheiten des Einzeldienstes haben so viel Wert, wie wenn wir 180 Hanseln draußen bei einer Demonstration eingesetzt würden. Der Einsatzwert dieser Einheiten des Einzeldienstes ist im Vergleich zur Bereitschaftspolizei und zu den Präsidien gleich Null. Ich denke, dieser Vergleich darf nicht gezogen werden.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Lieber Herr Kollege Schneider, Sie haben nicht präzise zugehört. Ich habe gesagt, dass es diese Einsatzzüge für die entsprechenden Einsatzmöglichkeiten gibt. Ich könnte aber die Planstellen anders zuweisen. Das habe ich gemeint. Ich könnte statt 39 Einsatzzügen bei den Präsidien nur 30 einrichten und die Planstellen dieser Züge der Bereitschaftspolizei zuweisen. Dann hätte ich für ein bestimmtes Einsatzgeschehen und für bestimmte Situationen mehr Einsatzmöglichkeiten. Ich halte die jetzige Aufstellung aber für gut; denn diese 39 Einsatzzüge werden in der Alltagsarbeit der Präsidien und der Inspektionen ebenso benötigt. Ich glaube, dass wir die richtigen Schwerpunkte gesetzt haben.

Sie wissen, wie zum Beispiel in Österreich über dieses Thema diskutiert wird. Dort gibt es viel weniger geschlossene Einheiten als in Bayern. Dort sind mehr Beamte im Einzeldienst beschäftigt. Darüber kann man sich polizeitaktisch unterhalten. Ich glaube aber, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Jetzt wächst das Personal wieder deutlich stark an. Ich habe Ihnen schon gesagt, dass wir in einem Jahr bei der Bereitschaftspolizei acht Einsatzzüge mehr haben werden als heute. Die Weichen sind von der Staatsregierung und vom Landtag richtig gestellt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da die Belastung für die eine oder andere Einheit in diesem Jahr an der Grenze lag, verdient es umso mehr Respekt, dass die Kolleginnen und Kollegen einen vollen, einen großartigen und einen hoch motivierten Einsatz geleistet haben, auch wenn sie die Belastung gespürt haben. Wir haben es gerade am Rande des Oktoberfestes erlebt, wo es übrigens einen großen Zuspruch von der Bevölkerung gab. Die Bevölkerung hat deutlich gemacht, dass sie für diesen Einsatz dankbar war. Die Bevölkerung spürt auch, wie gern unsere Polizeibeamten diesen Einsatz leisten. Dafür noch einmal ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei CSU und FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zu drei namentlichen Abstimmungen. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wir fangen mit dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2549 an. Das ist der Antrag der Fraktion der Freien Wähler. Über den lasse ich jetzt abstimmen. Sind wir soweit? - Sie haben drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.51 bis 19.54 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir schließen die Abstimmung.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2559. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.54 bis 19.57 Uhr)

Meine Damen und Herren, wir schließen diesen Abstimmungsvorgang.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 16/2561. Achtung, hier gibt es eine Änderung. Im zweiten Spiegelstrich heißt es jetzt nur noch: "... dafür zu sorgen, dass eine Dienstplanung von mindestens 14 Tagen im Voraus eingehalten wird ..." Das Wort "zwingend" wurde also gestrichen. Ich eröffne die Abstimmung. Sie haben drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 19.58 bis 20.01 Uhr)

Meine Damen und Herren, ich schließe die Abstimmung und bitte, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Steiger, Sonnenholzner und anderer und Fraktion betreffend "Bayern, aber gerechter - keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern" auf Drucksache 16/2548 bekannt. Mit Ja haben 61 Mitglieder gestimmt, mit Nein 79. Es gab acht Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Wir fahren in der Tagesordnung fort.

Ich rufe auf

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jobcenter retten! - Zentrale Anlaufstellen erhalten
(Drs. 16/2550)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Diana Stachowitz u. a. und Fraktion (SPD)
Keine Zerschlagung der Job-Center!
Hilfe aus einer Hand muss erhalten bleiben!
(Drs. 16/2560)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Scharfenberg für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Unser Dringlichkeitsantrag lautet: "Jobcenter retten! - Zentrale Anlaufstellen erhalten". Wir wollen die Jobcenter retten. Das heißt, die von den Kommunen und den Agenturen für Arbeit organisatorisch zusammengelegten und betriebenen Center sind in allergrößter Gefahr; denn die schwarz-gelbe Bundesregierung hat im Koalitionsvertrag einen folgenschweren Beschluss gefasst, der die 6,5 Millionen Arbeitslosengeld-II-Bezieher und Bezieherinnen betrifft. Jobcenter und Betreuung von Arbeitssuchenden sollen zukünftig wieder in getrennter Trägerschaft durchgeführt werden.

(Alexander König (CSU): Das ist Rechtsprechung!)

Das heißt, dass wie vor 2005 die Bundesagentur für Arbeit für Wiedereingliederung und Auszahlung des Arbeitslosengeldes II zuständig ist und die Kommunen für die sozialen Komponenten zuständig sind wie Kinderbetreuung, Schuldnerberatung, Miete- und Energiezahlungen.

Das, meine Damen und Herren, ist die schlechteste aller möglichen Lösungen. Damit konterkarieren Sie, meine Damen und Herren von der CSU und der FDP, Ihre selbst gesteckten Ziele, die heute Herr Ministerpräsident Seehofer in der Regierungserklärung darstellte, nämlich effektiv und sparsam zu handeln. In diesem Punkt widersprechen Sie sich in der Regierungskoalition. Ist es etwa effektiv, wenn die Trennung der Trägerschaften 800 Millionen Euro jährlich Mehrkosten verursachen wird?

(Zuruf des Abgeordneten Alexander König (CSU))

Ist das etwa effektiv in Anbetracht der heutigen Hochzeit der Arbeitslosigkeit und der vielen Arbeitslosengeld II-Empfänger? Ist es etwa effektiv dies zu trennen, wenn die Kurzarbeitergelder im nächsten Jahr auslaufen werden? Man hat viel Zeit - drei Jahre - gebraucht, um das System kompatibel zu machen. Kommunen und die Agentur für Arbeit mussten es schaffen, kom-

patibel zu reagieren. Das hat drei Jahre in Anspruch genommen. Sie wollen das negieren. Sie wollen das zerschlagen. Das ist nicht im Sinne der Schwächsten der Gesellschaft, nämlich der Arbeitslosengeld II-Bezieher und -Bezieherinnen. Um die geht es.

Wie ein roter Faden zieht sich durch die Regierungsvereinbarung, dass Sie nichts für die Schwächsten der Gesellschaft übrig haben. Sie wollen ihnen auch noch das nehmen, was gut gelaufen ist, nämlich Hilfe aus einer Hand. Sie wollen alles zerschlagen.

(Alexander König (CSU): Das Ganze beruht auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts!)

Das Land Hamburg hat gehandelt. Dort wird man weiterhin Hilfe aus einer Hand bieten. Bitte machen Sie es den Hamburgern nach. Lassen Sie das System, wie es ist; denn es hat sich bewährt. Es läuft. 2010 müssen wir gerüstet sein für viele Langzeitarbeitslose und Arbeitssuchende in Bayern.

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Weikert für die SPD. Bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert)

Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Für die SPD-Fraktion ist dieses Thema sehr wichtig, weshalb wir einen eigenen Dringlichkeitsantrag eingereicht haben. Trotzdem werden wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, weil wir die gleiche Zielsetzung verfolgen.

"Denn sie wissen nicht, was sie tun", könnte man den Abschnitt im Koalitionsvertrag übertiteln.

(Beifall bei der SPD)

Schwarz-Gelb macht eindeutig eine Rolle rückwärts. Die getrennte Aufgabenwahrnehmung - das ist der Kern im Koalitionsvertrag - bedeutet eine wesentlich umständlichere und schlechtere Betreuung der Langzeitarbeitslosen. Dies passiert gerade jetzt, obwohl alle Fachleute davon ausgehen werden, dass die Arbeitslosenzahlen steigen werden. Gleiches haben wir heute Nachmittag vonseiten der Regierung gehört. Zwar fallen die Arbeitslosen nicht sofort unter den Arbeitslosengeld-II-Wirkungsbereich, aber die Situation für die Langzeitarbeitslosen wird noch viel schlechter, weil diejenigen, die kürzere Zeit arbeitslos sind, vermittelt werden, und die anderen häufig einen Paken anderer Probleme mit sich tragen. Das war die Begründung, sich für die gemeinsame Aufgabenwahrnehmung und nicht für die getrennte zu entscheiden.

Überhaupt nicht verstehen kann ich, dass Sie mit diesem Satz im Koalitionsvertrag unglaublich wichtige Ressourcen zerschlagen. Ich hoffe, Sie überlegen sich das noch einmal ernsthaft, ehe Sie das angehen. Kollegin Scharfenberg hat bereits darauf hingewiesen, dass man sich in drei Jahren zusammengefunden habe. Außerdem haben sich in den Jobcentern ganz unterschiedliche Kulturen zusammengefunden. Einmal ist das die Kultur der "reinen" Arbeitsvermittler, die von den Arbeitsagenturen kamen, und diejenigen, die sich eher der Sozialarbeit hingezogen gefühlt haben und deren Aufgabenfeld insbesondere die Sozialarbeit der Kommunen war. Sie haben sich mit ihren Kompetenzen in den Jobcentern zusammengefunden und in drei Jahren eine wirkliche Verschmelzung dieser Aufgabenbereiche zustande gebracht. Dabei ist der wesentliche Inhalt, dass in den Jobcentern so gearbeitet wird, dass die betroffenen Menschen und die Familien, die Hilfe suchen, im Vordergrund der Bemühungen stehen und nicht andere Interessen. Diese Ressourcen, Kolleginnen und Kollegen, zerschlagen Sie ohne Grund.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Es sind beide Möglichkeiten, die Optionskommune und die Jobcenter, untersucht worden durch entsprechende wissenschaftliche Begleitung. Der Unterschied ist marginal. Den Jobcentern wird genauso eine gute Arbeit zugeschrieben wie den Optionskommunen.

Kolleginnen und Kollegen, wir waren schon einmal ganz nahe dran, dieses Problem zu lösen. Ich werfe vor allem den CSU-Kollegen vor, dass sie die Gelegenheit haben verstreichen lassen, dieses Problem noch vor der Bundestagswahl im September zu lösen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erinnere daran, dass der damalige Arbeitsminister Scholz mit allen Ländervertretern, mit allen Fraktionen eine Lösung ausgearbeitet hat, die unterschriftsreif war und in allerletzter Minute durch die damalige CDU/CSU-Bundestagsfraktion geplatzt ist.

Dieser Vorgang hat zu einer wahnsinnigen Verunsicherung geführt. Innerhalb der Jobcenter wurden schon Federn gelassen. Viele haben sich von dem Arbeitsbereich schon abgemeldet, haben eine andere Arbeit angenommen. Also nicht diejenigen, die Arbeit suchen, sondern diejenigen, die dort als Vermittler eingesetzt waren.

Ich empfehle Ihnen Kolleginnen und Kollegen - das ist eine ernsthafte Empfehlung -, mal ein paar Tage in so einem Jobcenter zu hospitieren - ich habe das getan -, dann werden Sie sehen, in welchem schwierigem Feld die Jobcenter arbeiten, gut arbeiten, sich ein eigenes Profil

erarbeitet haben, Vertrauen bei den Betroffenen gewonnen haben, eben nicht mehr als die Behörde mit der Drehtür betrachtet werden, sondern wo die Menschen gesehen haben, dass man sie in ihrer ganzen Lebensbiografie, in ihrer Ganzheit in diesen Jobcentern wahrnimmt, aufnimmt und Lösungen für diese Menschen sucht.

Kolleginnen und Kollegen, Arbeitsmarktinstrumente und die wirklich qualifizierte Betreuung von Langzeitarbeitslosen bilden für die SPD-Fraktion einen der wichtigsten Punkte, um Armut vorzubeugen und den Schwächsten in unserer Gesellschaft zu helfen. Vieles, was heute Mittag zum Thema Regierungserklärung gesagt wurde, findet sich in diesem Punkt wieder. Es wäre wirklich eine fatale Geschichte, dieses aufzugeben.

Kollege Kreuzer hat heute in der Aussprache gesagt, es seien von den Oppositionsparteien keine Lösungen genannt worden zu den großen Zukunftsproblemen, vor denen wir stehen. Das Thema Jobcenter und die Aufgabenwahrung in einer Hand, das Prinzip Hilfe aus einer Hand ist ein solcher Lösungsansatz. Genau diesen Lösungsansatz wollen Sie jetzt zerschlagen.

Ich wage eine vielleicht etwas kühne Behauptung. Aber ich sage jetzt mal, dieses wird auf dem ideologischen Altar der FDP geopfert. Das behaupte ich jetzt.

(Jörg Rohde (FDP): Ich rede ja gleich nachher!)

- Sie werden diese These sicher gleich untermauern. Denn wenn ich mich an die Diskussionen mit CSU-Kolleginnen und Kollegen erinnere, dann war die Ablehnung der bisherigen Lösung von dieser Seite nicht so deutlich wahrzunehmen. Auch Frau Sozialministerin Haderthauer - ich habe noch mal nachgeschaut - hat im Grunde gegen die Aufgabenwahrnehmung aus einer Hand und das Prinzip Hilfe aus einer Hand keine wesentlichen Vorbehalte gehabt.

(Jörg Rohde (FDP): Wir auch nicht!)

Sie war gegen eine Grundgesetzänderung, aber nicht gegen dieses Prinzip aus einer Hand. Sie opfern das auf dem Altar der Ideologie der FDP, weil in dem ganzen Koalitionsvertrag die FDP der Institution Bundesagentur für Arbeit misstraut. Das ist der Hintergrund.

(Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Mugendorfer (SPD))

Sie misstrauen dieser Arbeit der Bundesagentur für Arbeit.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Die wollten sie schon abschaffen!)

An verschiedenen Stellen wollen Sie mehr Effizienz und Sonstiges. Ein paar lockere Worte, die Sie in keiner Weise wirklich belegen können. Eines muss man auch sagen: Die Jobcenter können nur dann Jobs vermitteln, wenn es welche gibt. Das möchte ich eindeutig festhalten, um letztlich die Arbeit in diesen Centern ein Stück zu skizzieren. Es ist also ein Opfer gegenüber der FDP.

(Jörg Rohde (FDP): Nein! Völlig falsche Einschätzung!)

Das ist hier völlig unangebracht. Ich erinnere daran, dass gerade die Wohlfahrtsverbände - - Von der Diakonie Bayern kam heute - Sie haben es vielleicht in Ihrer Post; ich habe es gerade aufgemacht - ein von Herrn Dr. Ludwig Markert unterzeichnetes Schreiben. Er weist eindeutig noch einmal darauf hin, dass die Grundsicherung für Arbeitssuchende so bleiben muss. Das ist einer der wesentlichen Punkte in unserem Staat. Ich bitte Sie noch einmal, überlegen Sie, bevor Sie das, was Sie hier festgeschrieben haben, wirklich umsetzen, und hinterfragen Sie den Sinn Ihres Tuns.

(Beifall bei der SPD und bei den Freien Wählern)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. Nächste Wortmeldung für die Fraktion der CSU: Herr Kollege Unterländer. Bitte sehr.

Joachim Unterländer (CSU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst möchte ich mit einem Gebäude von Missverständnissen, dass die Frau Kollegin Scharfenberg aufgebaut hat, aufräumen. Es ist eine Unverschämtheit, uns zu unterstellen, wir wollten den Schwachen, den Langzeitarbeitslosen nicht helfen. Das Gegenteil ist der Fall. Schauen Sie sich die Koalitionsvereinbarung der Koalition der Mitte an.

(Beifall bei der CSU und der FDP - Jörg Rohde (FDP): So ist es!)

Wesentliche Maßnahmen zur Verbesserung der Situation auf dem Arbeitsmarkt sind hier enthalten. Gerade die Grundsicherung, gerade die SGB-II-Reform ist ein ganz entscheidender Punkt.

Zum Zweiten, Frau Kollegin Weikert und Frau Kollegin Scharfenberg, es ist in keiner Weise von Ihnen darauf hingewiesen worden, was die Ursache für den Handlungsbedarf ist.

(Jörg Rohde (FDP): Exakt!)

Wir haben ein Urteil des Verfassungsgerichts.

(Angelika Weikert (SPD): Ich gehe davon aus, dass die Landkreise das schon lange bereuen!)

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sagt eindeutig, dass diese Form von Mischfinanzierung, wie sie hier vorgenommen worden ist, als solches nicht zulässig ist. Das ist eine Grundlage, an der wir uns zu orientieren haben.

Zum Dritten - hier sehe ich eher den Konsensbereich - muss es natürlich unser Ziel sein, zu einer bald möglichen Lösung zu kommen, weil natürlich auch eine Unruhe in der Mitarbeiterschaft in den ARGEN vorhanden ist und eine klare Struktur geschaffen werden muss.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es aber notwendig, dass wir uns genau anschauen, was möglich ist und was nicht möglich ist. Wir wollen, dass die Kompetenzen der Kommunen und die Kompetenzen der Agenturen gleichberechtigt und zusammenwirkend die Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit und den Grundsatz "fördern und fordern" berücksichtigen. Hier ist die Basis dessen, was in der Koalitionsvereinbarung der Koalition der Mitte steht.

Es hat in der vergangenen Legislaturperiode, meine Damen und Herren, leider keine Lösungen und keine Entscheidungen mehr gegeben.

(Angelika Weikert (SPD): Weil ihr nicht wollt!)

Ich sage Ihnen aber ganz deutlich, Frau Kollegin Weikert, ich schätze Sie ob Ihrer Sachlichkeit, aber da haben Sie aus meiner Sicht einen Knopf in Ihre Argumentation reingebracht, weil es nämlich nicht die CSU-Landtagsfraktion und schon gar nicht die Bayerische Staatsregierung waren, die gegen eine Grundgesetzänderung gewesen sind. Im Gegenteil, wir haben darauf hingewiesen, wenn das ein Beitrag zu einer schnellen Lösung sein kann, dann ja. Aber diese Entscheidung ist so nicht getroffen worden. Deswegen müssen wir jetzt von den Realitäten ausgehen. Und deshalb müssen wir jetzt auch von einer Koalitionsvereinbarung ausgehen.

Die Bayerische Staatsregierung hat nach dieser Entwicklung noch mal einen Versuch unternommen, mit einer Bundesratsinitiative auf den Bundesgesetzgeber, der hier alleine entscheidet, Einfluss zu nehmen, nämlich in der Form, dass es im Rahmen einer Auftragsverwaltung zu einem Kompromiss kommt.

Nun haben wir in der Koalitionsvereinbarung ausdrücklich den Verweis darauf, dass es keine Grundgesetzänderung geben soll, dass es eine Stärkung des kommunalen Bereiches und ein Zusammenwirken auf der Basis eines sogenannten Mustervertrages zwischen den Agenturen und den Kommunen geben soll. Dies ist ein Ansatz, auf dem wir aufbauen sollten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das bedeutet in der Konsequenz - dass wir erstens - ich darf das noch mal betonen - die Kompetenzen, die in hervorragender Weise auf kommunaler Ebene vorhanden sind und die in hervorragender Weise in den Agenturen vorhanden sind, weiterhin nutzen und ausschöpfen und Kooperationsformen schaffen, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechen und die hervorragenden Arbeitsergebnisse in der Vergangenheit ermöglichen.

Wir müssen - Herr Kollege Rohde, wir sind uns völlig einig -, zweitens die Möglichkeiten für die Kommunen optimieren, stärken sowie dem kommunalen Bereich Möglichkeiten einräumen, damit die Kommunen, wenn sie davon Gebrauch machen wollen, das in Eigenzuständigkeit zu regeln, das stärker als in der Vergangenheit machen können. Die Optionsmöglichkeiten müssen also ausgeweitet werden. Das ist in diesem Zusammenhang ein dringendes Anliegen.

(Jörg Rohde (FDP): Darin sind wir uns sehr einig!)

Wir reden sehr viel über Strukturen. Aber was sind denn eigentlich die Zielsetzungen, die in den Jobcentern und Arbeitsagenturen vorhanden sind? - Es geht darum, bürgernahe, unbürokratische Lösungen für die betroffenen ALG-II-Bezieher zu erreichen. Es geht aber auch darum, konzeptionelle Ansätze, die dem Grundsatz "fördern und fordern" folgen, auch tatsächlich zu realisieren. Das gilt für den Bereich der Langzeitarbeitslosen. Ich setze auf einen Teil der Koalitionsvereinbarungen, den Sie sich auch einmal zu Gemüte führen sollten, nämlich dass wir eine Evaluierung der Arbeitsmarktinstrumente in diesem Zusammenhang durchführen.

(Angelika Weikert (SPD): Ja, ja!)

Diese Evaluierung muss zielgenau die aktuelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt abbilden. Das bedeutet, dass wir die Befürchtungen, die realistischerweise vorhanden sind, was höhere Arbeitslosenzahlen und längere Bezugsdauern von Arbeitslosengeld anbelangt, noch stärker in die Förderinstrumente einbeziehen müssen. Ich bin niemand, meine sehr verehrten Damen und Herren, der alle Instrumente, die mit dem sogenannten Hartz-IV-Gesetz geschaffen worden sind, als solche bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag als nicht veränderbar ansieht. Im Gegenteil, wir müssen uns im Zusammenhang mit der Evaluierung sehr genau anschauen, was machbar ist, um den Langzeitarbeitslosen noch wirksamere Instrumente zukommen zu lassen. Vor diesem Hintergrund, meine Damen und Herren, plädiere ich dafür, dass wir zu einer vernünftigen Lösung auf der Basis der Koalitionsvereinbarung kommen, die die Optionsmöglichkeiten der Kommunen

verbessert, die das Zusammenwirken von Agenturen und Kommunen verstärkt und die dafür sorgt, dass Langzeitarbeitslosen gute Angebote gemacht werden. Das ist unser Ziel. Die beiden Anträge sind in diesem Zusammenhang nicht behilflich. Wir werden sie deshalb ablehnen und werden diesen Weg konsequent gehen. - Ich bedanke mich.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank. - Herr Kollege Pointner erhält das Wort für die Fraktion der Freien Wähler.

Mannfred Pointner (FW): Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Unterländer, ich muss auf Ihre Ausführungen eingehen. Am 26. März haben wir dieses Problem schon einmal behandelt.

(Angelika Weikert (SPD): Richtig!)

Damals habe ich als jemand, der aus der Praxis kommt und eine ARGE aufgebaut hat, gesagt, diese ARGEn waren zwar schwierig zu bilden, aber sie waren die beste Lösung neben den Optionskommunen. Ich habe Frau Ministerin Haderthauer, die verständlicherweise jetzt nicht da sein kann, weil sie Geburtstag hat, gefragt, warum das nicht mehr geht.

(Bernd Sibler (CSU): Der Staatssekretär ist da!)

- Den Staatssekretär habe ich gesehen. Er wird schon antworten. - Die Frau Ministerin hat damals darauf hingewiesen, dass auch sie für die Verfassungsänderung sei, aber der damalige Arbeitsminister Scholz, bekanntlich SPD, habe Hürden aufgebaut. Es ging darum, dass die Optionskommunen rechtlich nicht abgesichert sind und dass sie nur ein Mitwirkungsrecht, aber kein Mitbestimmungsrecht haben. Aus diesen Gründen ist das gescheitert und dann von CDU und CSU im Deutschen Bundestag abgelehnt worden.

Ich war überrascht, dass jetzt im Koalitionsvertrag steht, dass man die Verfassung diesbezüglich nicht ändern will. Meinem Wissen nach ist Herr Scholz bei den Koalitionsverhandlungen nicht dabei gewesen. Wenn das ein Hinderungsgrund gewesen wäre, dann hätten wir das jetzt ohne Weiteres machen können.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Es müssen also andere Gründe eine Rolle gespielt haben.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

- Das ist eine Unterstellung, Frau Weikert, aber es könnte schon etwas dran sein. Wir haben gerade von

der FDP gehört, dass sie die Arbeitsagenturen abschaffen will. Wenn sie für die ARGE wäre, dann hätte sie das schon zementiert, weil ohne Agenturen für Arbeit die ARGEen nicht so funktionieren würden.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht nicht um die Kommunen, die ganz wild darauf wären, diese ARGEen weiterhin bestehen zu lassen. Die Kommunen waren damals nicht sehr begeistert, aber man hatte sich zusammengerauft. Die meisten ARGEen waren die beste Lösung. Ich habe selbst Erfahrung damit gemacht und ich gebe Ihnen vollkommen recht, Frau Weikert. Es geht also nicht um die Kommunen, die nach Aufgaben suchen und zusätzlich etwas tun wollen, sondern es geht um die Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Das ist heute schon ganz deutlich gesagt worden.

Bei diesen Modellen der Kooperation, die Sie anstreben, wird es nicht so einfach sein, Doppelstrukturen zu vermeiden. Die Bundesregierung hat auf eine Anfrage zu diesem Thema ganz deutlich gemacht, dass es verschiedene Entscheidungsträger gibt und diese selbstständig entscheiden müssen. Es wird also Doppelstrukturen geben müssen. Das ist für den Betroffenen ein Riesenproblem: Er muss zur Arbeitsagentur, und er muss zur Kommune. Das Schlimme an der Geschichte ist, dass in den ARGEen die Leistungen, also die Prüfung über Auszahlungen von Geldleistungen, hauptsächlich von Leuten gemacht worden sind, die von den Kommunen gekommen sind, weil sie das gelernt haben und damit umgehen konnten. Dieser Leistungsbereich wurde durch die geteilte Zuständigkeit wieder getrennt. Reine Geldleistungen werden dann von der Agentur kommen und die Leistungen über Kosten der Unterkunft und verschiedene soziale Dinge werden von den Kommunen kommen. Das heißt also, zwei verschiedene Stellen entscheiden eigentlich über dasselbe Thema; denn die Anspruchsvoraussetzungen sind dieselben. Wir haben ein Musterbeispiel, bei dem das getrennt gehandhabt wird, wie beim Landkreis München, dass die einen so entscheiden und die anderen so. Dann steht der arme Kerl dort und die arme Frau, die Leistungen benötigt, muss überlegen, wer recht hat. Dann müsste eine Oberbehörde eingerichtet werden, die das vielleicht klärt. Das wird also nicht so einfach sein.

Natürlich ist es erstrebenswert, dass die Kommunen und die Agenturen eine Kooperation bilden, weil wir die ganzen Ressourcen nicht verlieren wollen, aber das wird sehr schwierig. Wir müssen auch an die Beschäftigten in den ARGEen denken, wie ich vorhin schon ausgeführt habe. Die Leute, die die Leistungen berechnet haben, kamen hauptsächlich von den Kommunen. Diese Leute werden dann, wenn das getrennt gemacht wird, in den Agenturen gebraucht. Aber ich kann Ihnen

sagen, dass fast 90 % dieser Mitarbeiter, die von den Kommunen gekommen sind - wir hatten in den ARGEen mehr Leute als notwendig war -, nicht zur Arbeitsagentur als neuem Arbeitgeber gehen wollen. Diese Ressourcen gehen verloren, das ist ganz klar. Dann haben die Landkreise das Problem. Sie brauchen die Anzahl an Leuten nicht mehr, weil sich die Prüfung verkürzt, sodass sie zehn, fünfzehn oder zwanzig Leute haben, für die sie keine Aufgaben mehr haben, die aber einen Rückübernahmeanspruch gegenüber den Kommunen haben; denn sonst wäre niemand hingegangen.

(Zustimmung bei der SPD)

Bei uns hatte jeder für sich einen Rückübernahmeanspruch ausgehandelt, sonst wäre er nicht zur ARGE gegangen, und das ist die Problematik. Sie müssten mit den Agenturen ein völlig neues Personal aufbauen; ich kann Ihnen sagen, das dauert Jahre, bis es richtig funktioniert.

Diese Mustervereinbarung, die ich im Koalitionsvertrag gelesen habe, hat für mich einen komischen Beigeschmack; denn dort steht, das Arbeitsministerium würde einen Mustervertrag möglichst kommunalfreundlich machen. Es wäre schön gewesen, wenn man "in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden" geschrieben hätte. Das wäre meines Erachtens das Mindeste gewesen.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Noch einmal: Ich habe im Sinne der Menschen, die ich genannt habe - der Leistungsempfänger, derjenigen Leute, die wieder eine Arbeit bekommen wollen, aber auch der Beschäftigten in den ARGEen - die Bitte, doch nicht noch an eine Verfassungsänderung heranzugehen, weil es die beste Lösung sei, die auch machbar und politisch durchsetzbar wäre. Die Verfassungsänderung erforderte eine gewisse Mehrheit, aber die Koalition hat im Bund eine relativ große Mehrheit. Die anderen machen jetzt auch mit, sodass es offenbar kein Problem geben wird. Ob ihr das glaubt oder nicht, das ist eine andere Frage. Das müssen dann die Leute in Berlin entscheiden.

Aber auch noch ganz wichtig wäre eine weitere Öffnung der Möglichkeiten der Optionen für die Kommunen, damit mehr Landkreise und mehr kreisfreie Städte diese Optionen ausüben und das Ganze selber machen können; Stichwort: Optionskommunen. Es gibt einige Landkreise, die das machen wollen. Das ist das Mindeste, was hier verlangt werden soll.

Wir werden den Anträgen von SPD und GRÜNEN zustimmen mit der Bitte, die Optionskommunen auf jeden Fall auszuweiten.

(Beifall bei den Freien Wählern und der SPD)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Rohde für die FDP, bitte schön.

Jörg Rohde (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Tempo von Schwarz-Gelb ist schon sehr hoch. Im Vergleich zum schwarz-roten Staat haben wir jetzt ungefähr zwei bis drei Wochen Vorsprung. Da muss die Opposition natürlich versuchen, mit den Anträgen, mit denen sie uns treiben will, Schritt zu halten.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Mei oh mei!)

Und das ist ein solcher Punkt. Wir haben schon vor einiger Zeit über das Thema diskutiert. Und Sie, Frau Scharfenberg, verwechseln Ursache und Wirkung. Ich komme später noch darauf zu sprechen.

(Angelika Weikert (SPD): Das sind die Restlaufzeiten, die da mobilisiert werden!)

- Frau Weikert, Sie haben die Evaluation erwähnt. Beide Organisationsformen können gut arbeiten: die Job-Center, also ARGENT, und die Optionskommunen. Es gibt nur einen einzigen, eigentlich unbedeutenden Unterschied: Die einen sind nicht verfassungsgemäß, die anderen sind verfassungsgemäß. Das ist der einzige Unterschied. Das Verfassungsgericht hat die Aufgabe gestellt, dass wir das entsprechend anpassen. Im schwarz-gelben Koalitionsvertrag steht drin, wie man die Aufgabe angeht. Das ist die Ursache; das, was Rot-Grün angeleiert hat und wir jetzt auslöffeln müssen. Wir bewegen uns jetzt darauf zu, das Problem zu lösen. Ich schliesse mich sofort Herrn Unterländer und Herrn Poinner an, dass wir die Optionskommunen ausweiten müssen. Sie kennen die liberale Position zu diesem Thema.

Zu den Anträgen: Der Antrag der GRÜNEN lässt ein bisschen Interpretationsspielraum. Ich sehe es mal positiv. Besten Dank für die Unterstützung der liberalen Position. Auch wir würden uns wünschen, dass sich die Kommunen mehr um die Langzeitarbeitslosen kümmern dürfen und dass auf dieser Ebene die Kompetenz besser genutzt wird. Zum einen muss ich sagen, haben Sie noch etwas Geduld. Jeder auf diesem Politikfeld Tätige weiß doch, dass die Frage, die Sie heute einbringen, in den nächsten Wochen zur Lösung ansteht.

(Angelika Weikert (SPD): Die steht schon seit einem Jahr zur Lösung an!)

Jetzt beraten die Kollegen in Berlin darüber. Eigentlich ist unsere Debatte heute überflüssig. Zum anderen muss ich Sie natürlich daran erinnern - liebe GRÜNE,

ich habe es eben angedeutet -, dass Sie uns diese Suppe mit eingebrockt haben. Schwarz-Gelb darf nun auslöffeln, was Rot-Grün auf den Weg gebracht hat und Schwarz-Rot nicht lösen konnte oder wollte. Die FDP hat ihre Position seit 2001 kontinuierlich vertreten. Sie wissen, dass wir uns eine Lösung, ähnlich der sogenannten Optionskommunen, wünschen. Immerhin konnten wir jetzt im Koalitionsvertrag verankern, dass die bestehenden Optionskommunen entfristet werden. Das heißt, dass auf dieser Rechtsgrundlage unbefristet weitergearbeitet werden kann. Das ist auch für Bayern eine gute Nachricht; denn in Bayern gibt es immerhin vier Kommunen, die auch in Zukunft so arbeiten dürfen. Das sind Erlangen, Schweinfurt, die Landkreise Würzburg und Miesbach. Hier kann aufgearbeitet werden. Die gute Arbeit wird vor Ort fortgesetzt.

(Angelika Weikert (SPD): Das hat doch keiner bestritten, dass die weiterarbeiten können!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Sie sehen also, es gibt die Lösung aus einer Hand, und dieses Modell wird es auch weiterhin geben. Das Modell, das Sie vertreten, ist erstens zentralistisch. Sie setzen auf eine starke Bundesagentur für Arbeit.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

Zweitens ist Ihr Modell leider vom Bundesverfassungsgericht kassiert worden. Ihre Positionen, die Sie in den letzten Jahren in Berlin vertreten haben, sind zum großen Teil die Ursache für das Problem.

Wir stimmen natürlich mit Ihnen darin überein, dass für die Langzeitarbeitslosen eine Hilfe aus einer Hand wünschenswert wäre. Unser politischer Streit dreht sich aber um die Frage: Soll es die Hand der Kommune oder soll es die Hand des Bundes sein? Das ist doch der Punkt.

(Angelika Weikert (SPD): Beide! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Thomas Beyer (SPD))

- Aber das ist nicht verfassungsgemäß. Ich möchte da vor allem im Interesse der Betroffenen nochmals inständig an Sie, Frau Weikert und an die Kolleginnen und Kollegen der SPD, appellieren: Gehen Sie doch in Bayern auch einmal in die Optionskommunen!

(Dr. Thomas Beyer (SPD): So ein Blödsinn!)

Frau Weikert, Sie waren in Erlangen und haben sich vor Ort informiert. Ich weiß das. Selbsterkenntnis ist oft der erste Schritt zu einer Verbesserung.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Kommen Sie doch mal aufs Land und schauen Sie es sich an, wie es dort läuft!)

- Natürlich. Ich bin auch Kreisrat. Ich habe Kontakt zu meiner ARGE und ich habe viele ARGEN im Bundesgebiet besichtigt. Seien Sie versichert, ich kenne das Thema gut.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Nein!)

Ich war im zuständigen Ausschuss im Bundestag. Sie wissen das. Das Thema ist also mein Leib- und Magensthema.

In den nächsten Wochen wird nun die Neuordnung der Betreuung von Langzeitarbeitslosen in Berlin festgelegt. Als Liberale gefällt uns die Koalitionsvereinbarung in diesem Punkt auch nicht unbedingt. Aber da hier die SPD mit der Flexibilität einer Eisenbahnschiene Teil des Problems ist, können wir nicht anders agieren. Für eine vernünftige Lösung wäre möglicherweise eine Verfassungsänderung nötig. Aber ich sehe hier kein Licht im Tunnel, auf welche Basis man sich einigen soll. Aber es muss eine verfassungsgemäße Lösung gefunden werden. Herr Pointner, Sie sehen, man braucht große Mehrheiten, um seine Verfassung zu ändern. Das ist ein Teil des Problems.

Der heute vorliegende SPD-Antrag heißt für mich - frei übersetzt: Bitte legalisieren Sie unseren Gesetzesbruch. Aber da können wir nicht mitgehen. Leider haben Sie jahrelang nicht auf den Rat der FDP gehört. Nun befürchte ich, dass uns beiden auch die neue Lösung nicht gefallen wird. Davon muss ich leider ausgehen. Aber klar ist heute, dass die FDP Ihren Antrag ablehnt.

Auch den Antrag der GRÜNEN lehnen wir ab. Zum einen ist er sehr unkonkret gefasst. Wir müssen erst einmal interpretieren, wie Sie die Langzeitarbeitslosen zu betreuen wünschen. Zum anderen vertrauen wir auf den Koalitionsvertrag und auf die Kolleginnen und Kollegen der schwarz-gelben Koalition in Berlin. Wir müssen ihn in der Staatsregierung nicht zusätzlich in Stellung bringen. Das ist gar nicht nötig. Zudem zitieren Sie selbst in der Begründung den neuen Koalitionsvertrag. Ich zitiere auch: "Die Bundesagentur soll den Kommunen attraktive Angebote zur freiwilligen Zusammenarbeit unterbreiten." Warten wir doch erst einmal ab, wie dies der neue Bundesarbeitsminister interpretiert. In 100 Tagen können wir dieses Thema gerne neu diskutieren. Ich bin sicher, dass wir dann bereits neue Erkenntnisse über die Beratung in Berlin haben werden.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Für die Staatsregierung äußert sich nun noch Herr Staatssekretär Sackmann.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist bei meinen Vorrednern schon deutlich geworden, dass uns dieses Thema schon seit vielen Monaten intensiv beschäftigt, dass es hierüber die unterschiedlichsten Meinungen und Ansätze gibt und dass über die Frage der optimalen Trägerstrukturen seit Monaten und Jahren nicht nur hier im Hause, sondern auch an anderen Orten intensive Diskussionen geführt werden.

Ich gebe zu, dass eine getrennte Aufgabenwahrnehmung durch die Bundesagenturen und die Kommunen keine Wunschvorstellung ist. Uns wäre natürlich in vielen Bereichen eine Hilfe aus einer Hand lieber gewesen. Gleichwohl soll es aber auch die Möglichkeit geben - der Vorredner hat bereits darauf hingewiesen, dass dafür im Koalitionsvertrag Möglichkeiten geschaffen worden sind -, dass auch die Träger vor Ort entsprechend entscheiden und auf freiwilliger Basis eine grundlegende Änderung schaffen können.

Aber natürlich haben wir dabei auch verfassungsrechtliche Vorgaben; dies wurde schon geschildert. Mit anderen Lösungen würde natürlich in Deutschland die Finanzordnung zum Teil wieder auf den Kopf gestellt. Wir müssen vor allem darauf verweisen, dass vor Kurzem die Föderalismusreform abgeschlossen wurde. Ziel dieser Föderalismusreform war zum Beispiel auch, dass keine Durchgriffsrechte mehr vorhanden sind und dass der Bund nicht mehr direkt Aufgaben an die Kommunen ausgeben kann. Wenn wir diese Regelung jetzt wieder ändern würden, würden natürlich auch diese Ziele wieder komplett konterkariert. Das ist natürlich etwas, das nicht sinnvoll ist.

Mein Vorredner hat auch darauf verwiesen, dass die Optionskommunen zwischenzeitlich unbefristet gelten und damit ihre Arbeit fortsetzen können. Ich möchte aber nochmals darauf hinweisen, dass eine Ausweitung aus dem vorhin genannten Grund verfassungswidrig gewesen wäre, weil die Aufgaben direkt an die Kommunen übertragen worden wären. Deswegen hätte man eine lange Verfahrensstruktur wählen müssen. Man hätte zum Beispiel die Aufgaben erst einmal auf die Länder übertragen, dann hätten die Länder die Aufgaben an die Kommunen abgeben können. Das alles sind Dinge, die man gerade bei der Föderalismusreform ändern und auf eine neue Basis stellen wollte.

Deswegen bitte ich zu sehen, es wäre unverantwortlich, wenn man jetzt in einzelnen Ländern - in Bayern und anderswo - wieder beginnen würde, dies alles in Frage zu stellen, und vor allen denjenigen, die zurecht ange-

sprochen worden sind, nämlich den betroffenen Mitarbeitern in den ARGEN, nochmals sagen würde, die Angelegenheit werde erneut auf die lange Bank geschoben, es werde nochmals versucht, etwas Neues zu machen.

Darüber hinaus glaube ich, dass es unheimlich schwer ist - das haben auch die letzten Monate gezeigt -, eine Lösung zu finden, bei der wir alle unter ein Dach bekommen, seien es die Kommunen, seien es die Länder oder der Bund und alle, die dabei sind.

Deshalb, meine Damen und Herren, halte ich es für sinnvoll, dass wir jetzt an eine optimale Umsetzung dieser Beschlüsse gehen, dass wir versuchen, die getrennte Aufgabenwahrnehmung so gut wie möglich zu lösen, auch die Mitarbeiter bei diesen Fragen zu sehen und vor allem nach dem Grundsatz handeln: so viel Entflechtung wie verfassungsrechtlich geboten, so viel Zusammenarbeit wie möglich.

Wenn wir in den nächsten Monaten darangehen, nicht mehr über das Ob zu diskutieren, sondern intensiv über das Wie, dann ist das, glaube ich, der richtige Ansatz. Deshalb bitte ich auch, die Anträge abzulehnen, damit man in Berlin endlich an einer konkreten Lösung arbeiten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/2550 - das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion der SPD und die Fraktion Freie Wähler. Gegenstimmen? - FDP und CSU. Das ist meines Erachtens nicht strittig. Frau Kollegin Pauli hat wie die Freien Wähler gestimmt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag Drucksache 16/2560 - das ist der Antrag der SPD-Fraktion - seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Fraktion der SPD, Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Freie Wähler und Frau Kollegin Pauli. Gegenstimmen? - FDP- und CSU-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 16/2551 mit 16/2558 werden gemäß § 60 Absatz 2

der Geschäftsordnung in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Die als federführend angesehenen Ausschüsse können der vorliegenden Liste entnommen werden.

(Siehe Anlage 5)

Besteht damit Einverständnis? - Widerspruch? - Keiner. Dann ist es so beschlossen.

Ich gebe die Ergebnisse der vorher durchgeführten namentlichen Abstimmungen bekannt. Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Aiwanger und Fraktion (FW), Drucksache 16/2549. Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85, Enthaltungen keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Dringlichkeitsantrag des Abgeordneten Rinderspacher und Fraktion (SPD), "Starke Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei", Drucksache 16/2559. Mit Ja haben 60 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 85, Enthaltungen keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Daxenberger und Fraktion (GRÜNE) "Geschlossene Einheiten der Polizei entlasten", Drucksache 16/2561. Mit Ja haben 64 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84. Stimmenthaltungen keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Der Tagesordnungspunkt 2 ist damit erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

**Erste Lesungen
zu Gesetzentwürfen, die ohne Aussprache an die jeweils federführenden Ausschüsse überwiesen werden sollen:**

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (Drs. 16/2369)**

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Stefan Schuster, Christa Naaß u. a. und Fraktion (SPD)
zur Änderung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes (Drs. 16/2485)**

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes und des Transfusionsgesetzes (Drs. 16/2437)

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Dolmetschergesetzes und des Gesetzes zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes (Drs. 16/2438)

In der Tagesordnung sind die zur Überweisung anstehenden Gesetzentwürfe mit den als federführend angesehenen Ausschüssen aufgeführt. Gibt es noch Änderungswünsche? - Das ist nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Beschlussfassung über die Zuweisungen. Wer mit der Überweisung an die zur Federführung vorgeschlagenen Ausschüsse einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Die Gesetzentwürfe werden damit diesen Ausschüssen zugewiesen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen (Drs. 16/1517) - Zweite Lesung -

Eine Aussprache hierüber findet nicht statt. Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 16/1517 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie, Drucksache 16/2486, zugrunde.

Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz stimmt ebenfalls zu. Ergänzend schlägt er vor, in § 2 als Datum des Inkrafttretens den "1. Dezember 2009" einzufügen.

Wer dem Gesetzentwurf mit dieser Ergänzung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist einstimmig so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf in der Fassung des endberatenden Ausschusses seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Einstimmig, bin ich sicher. Oder möchte sich jemand für Nein erheben? - Ich glaube nicht. Das Gesetz ist damit angenommen. Es hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Zuständigkeiten im Verkehrswesen".

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung folgende Ausschussbesetzungen bekannt:

Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen: Herr Reinhold Strobl anstelle von Frau Adelheid Rupp.

Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz: Herr Prof. Dr. Peter Paul Gantzer anstelle von Herrn Markus Rinderspacher.

Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport: Frau Margit Wild anstelle von Herrn Reinhold Strobl.

Ausschuss für Umwelt und Gesundheit: Herr Harald Schneider anstelle von Frau Margit Wild und Frau Sylvia Stierstorfer anstelle von Herrn Albert Füracker.

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Adelheid Rupp anstelle von Frau Inge Aures.

Außerdem gebe ich gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen in seiner gestrigen Sitzung Herrn Kollegen Volkmar Halbleib zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat. Herzlichen Glückwunsch von mir. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Tagesordnung erledigt. Ich wünsche eine gute Heimreise und beende die Sitzung.

(Schluss: 20.47 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.11.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner u. a. und Fraktion SPD; Bayern, aber gerechter; Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern (Drucksache 16/2548)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter			X
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut		X	
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika			X

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes			X
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine			
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			X
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp			X
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter			X
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele			
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard			
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried			
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl			X
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			X
Weikert Angelika			
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	61	79	8

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.11.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Joachim Hanisch und Fraktion FW; Übermäßige Beanspruchung der Bereitschaftspolizei an Wochenenden (Drucksache 16/2549)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	64	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.11.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Helga Schmitt-Bussinger, Harald Schneider u. a. und Fraktion SPD; Starke Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei und Sondereinheiten an Wochenenden (Drucksache 16/2559)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig			
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl			
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Will Renate			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	60	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 11.11.2009 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Geschlossene Einheiten der Polizei entlasten; Verbindliche Dienst- und Freizeitplanung einhalten; Vorhandene Potenziale nutzen (Drucksache 16/2561)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate			
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. Barfuß Georg		X	
Prof. (Univ Lima) Dr. Bauer Peter	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. Beckstein Günther			
Dr. Bernhard Otmar			
Dr. Bertermann Otto		X	
Dr. Beyer Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. Bulfon Annette			
Daxenberger Sepp			
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dr. Dürr Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg			
Dr. Fahn Hans Jürgen	X		
Felbinger Günther			
Dr. Fischer Andreas		X	
Dr. Förster Linus			
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten	X		
Goderbauer Gertraud		X	
Görlitz Erika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Goppel Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva			
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine		X	
Halbleib Volkmar			
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim	X		
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. Heubisch Wolfgang			
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Hünnerkopf Otto			
Huml Melanie		X	
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia	X		
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Dr. Kirschner Franz Xaver		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad		X	
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Lorenz Andreas		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Männle Ursula		X	
Dr. Magerl Christian	X		
Maget Franz			
Matschl Christa		X	
Meißner Christian		X	
Dr. Merk Beate			
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. Pauli Gabriele	X		
Perlak Reinhold	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich			
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard	X		
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika		X	
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg			
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga			
Schneider Harald	X		
Schneider Siegfried		X	
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan			
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd			
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana			
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara			
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus		X	
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Dr. Strohmayr Simone			
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna	X		
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. Vetter Karl	X		
Wägemann Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Dr. Wengert Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta	X		
Wild Margit	X		
Will Renate			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig			
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin			
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	64	84	0

**Reihenfolge der Beratung der Plenar-Dringlichkeitsanträge
am 11. November 2009**

Rang- ziffer	Fraktion	Drs.-Nr.	Betreff	durch Beschluss des Plenums verabschiedet
1	SPD	16/2548	Bayern, aber gerechter Keine Aufweichung des Ladenschlussgesetzes in Bayern	Ablehnung Drs. 16/2571
2	FW	16/2549	Übermäßige Beanspruchung der Bereitschafts- polizei an Wochenenden	Ablehnung Drs. 16/2572
hierzu	SPD	162559	Starke Einsatzbelastung der Bereitschaftspolizei und Sondereinheiten an Wochenenden	Ablehnung Drs. 16/2573
hierzu	GRU	16/2561	Geschlossene Einheiten der Polizei entlasten; Verbindliche Dienst- und Freizeitplanung ein- halten; Vorhandene Potenziale nutzen	Ablehnung Drs. 16/2574
3	GRU	16/2550	Jobcenter retten! – Zentrale Anlaufstellen erhal- ten	Ablehnung Drs. 16/2575
hierzu	SPD	16/2560	Keine Zerschlagung der Job-Center! Hilfe aus einer Hand muss erhalten bleiben!	Ablehnung Drs. 16/2576
				in den federführenden Ausschuss verwiesen
4	FDP	16/2551	Benachteiligung von Biogas als Erneuerbare Energie im EEWärmeG beseitigen	Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
5	CSU/FDP	16/2552	Wettbewerbsfähigkeit von Biokraftstoffen wie- derherstellen	Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
6	SPD	16/2553	Umsetzung der Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und FDP in Bayern hier: Bildung	Bildung, Jugend und Sport
7	FW	16/2554	Auswirkung des Koalitionsvertrags beim Bund auf die Gemeindefinanzen	Staatshaushalt und Finanzfragen
8	GRU	16/2555	Kommunales Wahlrecht für Drittstaatsange- hörige	Kommunale Fragen und Innere Sicherheit
9	SPD	16/2556	Bayern, aber gerechter Gesetzlicher Mindestlohn für gute Arbeit	Soziales, Familie und Arbeit
10	FW	16/2557	Bestellung eines Generationsbeauftragten	Soziales, Familie und Arbeit
11	GRU	16/2558	Kultur- und Kreativwirtschaft fördern	Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie